

England und die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945/46

Die Jahre 1945 bis 1949, also die Zeit des eigentlichen militärischen Besatzungsregimes in Deutschland, sind für die außen- und innenpolitische Entwicklung der 1949 gegründeten beiden deutschen Staaten grundlegend und präjudizierend gewesen. Die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist mit den Umständen und Vorzeichen ihrer Entstehung fest definiert gewesen: Die Staatengründungen müssen als außenpolitische Option zugunsten des jeweiligen Blocks aufgefaßt werden.

Ähnliches gilt für die Innenpolitik; mit den Schritten, die zur Errichtung der beiden Staaten führten, und mit einer Reihe von Maßnahmen der Besatzungsmächte in ihren Zonen waren jeweils auch gesellschaftspolitische Vorentscheidungen verbunden, die die innere Ordnung der künftigen Teilstaaten nachhaltig beeinflußt und geprägt haben.

Dabei mußte auf dem Wege der Neuordnung Deutschlands – in welche Richtung diese auch immer gehen würde – politischen Parteien und Gewerkschaften notwendigerweise eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle zufallen – darin stimmten Sieger und Besiegte überein.

Die Geschichte des Wiederaufbaues der deutschen Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus ist daher in den letzten Jahren mehrfach Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen¹.

Abkürzungen

A.C.A.	Ministerial Committee on Armistice Terms and Civil Administration
A.C.A.O.	Official Committee on Armistice Terms and Civil Administration
A.P.W.	Armistice and Post-War Committee (of the War Cabinet)
C.I.	Central Intelligence
C.I.C.	Central Intelligence Centre
C.I.O.	Congress for Industrial Organization
E.A.C.	European Advisory Commission (Europäische Beratende Kommission)
E.I.P.S.	Economic and Industrial Planning Staff
FRUS	Foreign Relations of the United States, hrsg. v. U.S. Department of State, Diplomatic Papers, 1945, Vol. III, Washington 1968; 1946, Vol. II, Washington 1970
H.Q.	Headquarters
I.L.O.	International Labour Organisation
I.T.F.	International Transportworkers' Federation
M.G.	Military Government
M.P.	Member of Parliament
S.H.A.E.F.	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SFG	Sozialistische Freie Gewerkschaft (Hamburg)
T.U.C.	Trades Union Congress (brit. Gewerkschaftsdachverband)
U.K.	United Kingdom
WGB	Weltgewerkschaftsbund

¹ Vgl. u. a. August Enderle unter Mitarbeit von Bernt Heise, *Die Einheitsgewerkschaften*, 3 Bde., hektogr. (DGB-Archiv, Düsseldorf), 1959; Ute Schmidt / Tilman Fichter, *Der erzwungene Ka-*

Ein Schwerpunkt der Darstellungen war dabei die britische Besatzungszone, der aufgrund ihrer besonderen Struktur (Ruhrgebiet) für die Entstehung des DGB exemplarische Bedeutung zukommt. Grundlage aller dieser Arbeiten ist weitgehend nur deutsches Quellenmaterial gewesen; dies bedeutete zwar eine allzu verengte Betrachtungsweise der Ereignisse aus einseitiger deutscher Sicht, dennoch werden wir über die Vorstellungen der *Besiegten* relativ gut unterrichtet. Dagegen wissen wir bisher nur sehr wenig über die Haltung der *Sieger* – das gilt insbesondere für die Planungs- und entscheidende Konsolidierungsphase 1945/46. So ist z. B. die britische Seite in sämtlichen Darstellungen nahezu völlig unberücksichtigt geblieben; einzelne Komplexe dieses Themenbereichs konnten bisher überhaupt noch nicht bearbeitet werden.

Im folgenden wird daher der Versuch unternommen, anhand vorwiegend britischer, z. T. bisher nicht zugänglicher Quellen² einige Aspekte der englischen Politik im Hinblick auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung näher zu beleuchten.

Im einzelnen geht es um die britische Planung bis zur Konferenz von Potsdam, das Scheitern der Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat über ein gesamtdeutsches Gewerkschaftsgesetz, um die britische Gewerkschaftspolitik in der Praxis und insbesondere um den Besuch der T.U.C.-Delegation im November 1945 in der britischen Zone. Die Beschränkung auf die Ereignisse des Jahres 1945/Anfang 1946 ist zum einen bedingt durch die Quellenlage, zum anderen sind die Entscheidungen, die in diesem Zeitraum getroffen wurden, von grundsätzlicher und präjudizierender Bedeutung für die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen.

In dem mehr als 29 Druckseiten umfassenden »Abkommen von Potsdam« vom 2. August 1945 werden Gewerkschaften nur in einem kurzen Satz erwähnt. Im Abschnitt A über die politischen Grundsätze, die die Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode bestimmen sollten, heißt es unter Punkt 10 u. a.: »Ebenso wird unter Berücksichtigung der Aufrechterhaltung der militärischen Sicherheit die Bildung freier Gewerkschaften zugelassen«³.

pitalismus, Berlin 1971; *Holger Christier*, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und KPD in Hamburg 1945–1949, Hamburg 1975; *Theo Pirker*, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 1. Teil, 1945–1952, München 1960; *Johannes Kolb*, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit, Frankfurt 1970; *Eberhard Schmidt*, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952, Frankfurt 1970 (1975⁶); *Franz Hartmann*, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen, Hannover 1972; *Jürgen Klein*, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972; *Ulrich Borsdorf*, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: *Jürgen Reulecke* (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 385–413; *Gerhard Beier*, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. In Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt/Köln 1975; *Heinz O. Vetter* (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975; *Christoph Kleßmann* / *Peter Friedemann*, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948, Frankfurt / New York 1977.

2 Für diese Arbeit konnten Aktenbestände des Public Record Office, London (F.O. = Foreign Office, W.O. = War Office, PREM = Prime Minister's Office, CAB = Cabinet Office, LAB = Ministry of Labour and National Service) und des britischen Trades Union Congress (T.U.C.), London, eingesehen werden. An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeitern des P.R.O. und des T.U.C., insbesondere Mr. Murphy, für ihre Hilfsbereitschaft und Unterstützung sehr herzlich danken. Mein besonderer Dank gilt ferner Sir Vincent Tewson und Sir Ashley Bramall für zwei faszinierende Interviews, der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Finanzierung eines kurzen Studienaufenthaltes in London sowie dem Controller of H. M. Stationary Office für die Genehmigung zum Abdruck von Dokumenten aus dem Public Record Office, London.

3 Vgl. das Protokoll in: *Ernst Deuerlein*, Deklamation oder Ersatzfriede? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart 1970, S. 185.

Diese eher beiläufige Erwähnung erweckt den Eindruck, als ob die Alliierten den Gewerkschaften für die Behandlung Deutschlands nur geringe Bedeutung beigemessen hätten. Dieser Eindruck täuscht jedoch; das Thema Gewerkschaften hat, wie – insbesondere für die britische Seite – noch zu zeigen sein wird, eine ganz erhebliche Rolle in den internen Beratungen der Alliierten gespielt; in ihnen werden nicht nur, gleichsam wie in einem Brennglas, die unterschiedlichen Vorstellungen von Ost und West über den demokratischen Neuaufbau Deutschlands und die Funktion, die die Gewerkschaften – gemeinsam mit den politischen Parteien – dabei übernehmen sollten, deutlich, sie lassen auch erkennen, warum über dieses zum Zeitpunkt der Konferenz von Potsdam schon kontroverse Thema auf der Konferenz selbst nicht diskutiert worden ist.

I. DIE BRITISCHE PLANUNG BIS ZUR KONFERENZ VON POTSDAM

Der im Vergleich zum Kontinent besondere Charakter und die Geschichte der britischen Arbeiterbewegung mit der traditionell engen Bindung von Gewerkschaften und Labour Party führten dazu, daß in der britischen Deutschlandplanung während des Krieges und in den ersten Monaten nach Kriegsende das Thema Neuaufbau der Gewerkschaften einen besonderen Stellenwert dadurch erhielt, daß sich die Labour Party hier besonders engagierte. Die Voraussetzungen hierfür waren gegeben: Die Labour Party war an der Koalitionsregierung mit ihren hervorragendsten Repräsentanten beteiligt; neben dem Führer der Labour Party, Clement Attlee, Lord President of the Council und Stellvertreter Churchills, sind besonders der zu jener Zeit prominenteste Gewerkschafter Ernest Bevin als Minister of Labour and National Service zu nennen, außerdem Hugh Dalton als President of the Board of Trade und Herbert Morrison als Home Secretary and Minister of Home Security⁴. Dabei kam es zwar zwischen dem von einem Sozialisten geleiteten Arbeitsministerium und den von konservativen Politikern geleiteten War Office und Foreign Office zu Meinungsverschiedenheiten; diese führten aber, was angesichts des Krieges kaum verwundert, nicht in einem einzigen Fall von grundsätzlicher Bedeutung zu gegenseitiger Obstruktion.

Die Anfänge der britischen Deutschlandplanung gehen bis ins Frühjahr 1943 zurück; Außenminister Eden unterbreitete am 8. März dem Kriegskabinett den Vorschlag, vorbereitende Pläne für die vollständige Besetzung Deutschlands auszuarbeiten⁵.

Erst mit der Einrichtung eines Ausschusses für Fragen des Waffenstillstands und der zivilen Verwaltung (Ministerial Committee on Armistice Terms and Civil Administration, A.C.A.) am 4. August 1943 wurde die Nachkriegsplanung jedoch institutionalisiert. Vorsitzender dieses Ausschusses wurde Clement Attlee.

Am 19. April 1944 wurde dieser Ausschuß umbenannt in »Armistice and Post-War Committee« (A.P.W.); Attlee blieb Vorsitzender; Ernest Bevin gehörte zu den sieben Ministern,

⁴ Vgl. hierzu jetzt: T. D. Burridge, *British Labour and Hitler's War*. London 1976, der auf die bedeutende Rolle hinweist, die die Labour Party während des Krieges gespielt hat, sowie Paul Addison, *The Road to 1945. British Politics and the Second World War*, London 1975, der auf die innenpolitische Entwicklung in Großbritannien bis zum Wahlsieg der Labour Party im Juli 1945 eingeht; vgl. dort auch die Übersicht »Labour in the Coalition«, S. 279 f.

⁵ F.O. 371/34457. Vgl. demnächst die Studie von Lothar Kettenacker, *Friedenssicherung als Kriegsziel. Die britische Nachkriegsplanung für Deutschland während des Zweiten Weltkrieges*.

die jeweils zu den Sitzungen eingeladen werden mußten. Der A.P.W.-Ausschuß erhielt weitreichende Vollmachten; er war für sämtliche »politischen und militärischen Fragen im Hinblick auf die Zeit nach Kriegsende« und damit praktisch für die gesamte Nachkriegsplanung verantwortlich; er diente als Clearing-Stelle für das Foreign Office, die Stabschefs und die verschiedenen interministeriellen Ausschüsse; ihm legte William Strang, der britische Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission, seine Berichte vor⁶.

Am 5. März 1945 hatte dieser Ausschuß über ein Memorandum »German Labour« zu entscheiden, in dem es um Gewerkschaften, Löhne, Streiks und Aussperrungen in Deutschland nach dessen Niederlage ging und das, wie der Leiter der Deutschland-Abteilung des Foreign Office, John Troutbeck⁷, am 23. Februar 1945 formuliert hatte, mit »Blut und Schweiß« erarbeitet worden war⁸.

Die Vorarbeiten für dieses Memorandum gingen bis in den Sommer 1944 zurück. Fünf Tage vor der Landung alliierter Truppen in der Normandie hatte das »Official Committee on Armistice Terms and Civil Administration« (A.C.A.O., ein interministerieller Planungsausschuß unterhalb Ministerebene) das Foreign Office aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium für die Oberbefehlshaber eine Direktive auszuarbeiten im Hinblick auf mögliche Streiks und Aussperrungen in Deutschland nach dessen Niederlage. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch bereits zwischen dem Arbeitsministerium und dem »Economic and Industrial Planning Staff« (E.I.P.S., einem anderen Planungsgremium) erste Kontakte aufgenommen worden, die zur Erstellung eines Memorandums über das umfassende Thema »German Labour« führen sollten, in dem nicht nur Streiks und Aussperrungen, sondern auch die zukünftige Lohnpolitik und vor allen Dingen der Wiederaufbau der Gewerkschaften behandelt werden sollten.

Als das Foreign Office das A.C.A.O. wenig später auf diese Tatsache aufmerksam machte, kam man überein, daß E.I.P.S. gemeinsam mit dem Arbeitsministerium zunächst dieses Memorandum erarbeiten sollte; bei der weiteren Beratung sollte dann auch das Foreign Office konsultiert werden; nach Billigung durch den A.P.W.-Ausschuß war vorgesehen, dieses Memorandum dann in eine Direktive für die Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte umzuarbeiten und anschließend an die Europäische Beratende Kommission zur weiteren Behandlung zu leiten.

Nach einer ersten interministeriellen Beratung am 12. Dezember 1944 wurde das Memorandum am 1. Februar 1945 fertiggestellt und am 3. Februar dem »Official Committee on Armistice Terms and Civil Administration« zugeleitet.

Unter Hinweis auf das bereits akzeptierte Prinzip, daß »free Trade Union movements are to be encouraged«, hieß es darin u. a., die Umsetzung dieses »general principle into practice in the circumstances which are likely to exist in Germany raises important questions of interpretation«, und zwar »in regard to the freedom of action to be accorded

6 Vgl. CAB 87/67, 1, 19. 4. 1944.

7 Sir John Monroe Troutbeck (1894–1970); 3. Sekretär im Foreign Office 1920; Botschaft Konstantinopel 1927; Botschaft in Addis Abeba 1930; F.O. 1931; Botschaft in Rio de Janeiro 1933; F.O. 1934; Prag 1937; F.O. 1939; Acting Counsellor in the Diplomatic Service; Ministry of Economic Warfare 1939; F.O. 1940; Ministry of Economic Warfare 1940; Counsellor in the Diplomatic Service 9. 10. 1941; Acting Principal Assistant Secretary 19. 1. 1942; Assistant Under Secretary of State 3. 6. 1946; Foreign Service Officer, Grade 3; Leiter des British Middle East Office, Kairo, mit Botschafterrang 9. 11. 1947; F.O. 13. 11. 1950; Botschafter in Bagdad 1951–54; britisches Mitglied der Saar-Referendum-Kommission 1955; Ruhestand 1955; 1956–1962 Vorsitzender des »Save the Children Fund«.

8 F.O. 371/46827/C 648/156/18.

to workers' collective movements, the regulations of wages, and the treatment of strikes and lock-outs, having regard to other objectives of our policy«.

Das Memorandum sei erstellt worden, so hieß es, »for the purpose of seeking guidance on the policy which His Majesty's Government wish to see pursued in regard to German labour in the early stages of occupation«, in denen in Deutschland Bedingungen erwartet wurden, die es unmöglich erscheinen ließen, »to leave complete freedom to the sporadic labour movements«. Deutschland werde »very acute changes« erleben; unter diesen Umständen werde es die Hauptaufgabe der Alliierten sein, »to provide such direction as will [...] prevent chaos and famine, and a disintegration of the German economy to a degree which would postpone indefinitely the possibility of rendering assistance from German resources towards the rehabilitation of Allied countries«.

Die Auflösung der Deutschen Arbeitsfront werde die Arbeiter automatisch von bestehenden Bindungen befreien mit dem Ergebnis, daß »labour associations will start naturally to evolve«. Es sei jedoch auch klar, daß elf Jahre Nazi Herrschaft und der Krieg eine Situation geschaffen hätten, in der »a long preparatory period will be necessary before a free Trade Union movement, with reliable leaders able to assume responsibility, can be expected to become effective in Germany«.

Bevor jedoch diese Phase erreicht sei, müsse, insbesondere unmittelbar nach der Kapitulation, damit gerechnet werden, daß »some of the incipient movements will assume troublesome forms«. In diesem Zusammenhang gehe es um die Beantwortung von drei Fragen: »a) To what extent are Trade Union movements to be permitted and encouraged? b) Is centralised control of wages to continue, and if so, what form; or are wages to be settled by negotiation either between employers and workers or between their organisations? c) Are strikes and lock-outs to be permitted, or are they to be prohibited, and if so, to what extent?«

In der Frage der Gewerkschaften wurde zunächst auf den Entwurf der allgemeinen Direktive für die Behandlung Deutschlands nach der Kapitulation hingewiesen, in dem der Hinweis auf künftige Lohnpolitik fehlte und als eine der Aufgaben der Besatzung bezeichnet worden war, »to encourage individual and collective responsibility in Germans«, und hinzugefügt wurde: »Subject again to the necessity for maintaining military security and a smooth administration, you will, so far as possible, permit freedom of speech and freedom of the Press, and you will encourage the formation of free Trade Unions«. Den Alliierten war bei der Bildung freier Gewerkschaften als Hauptaufgabe zugewiesen worden die »direction to the German authorities to form consultative bodies of workers' and employers' representatives who have emerged as a result of the growth of collective organisations«.

Ergänzend hierzu, so hieß es nun in dem Memorandum, sollten die alliierten Befehlshaber instruiert werden, »to do nothing that would unnecessarily hamper the growth of free Trade Unions«.

Es bestehe die echte Gefahr, daß »unless this point is kept well to the fore in the mind of all concerned, the natural preoccupations of those responsible for the maintenance of law and order and of financial stability will lead to conditions of repression in which free Trade Unions which the Allies wish to encourage cannot develop«.

Aus diesem Grunde solle allen Verantwortlichen klargemacht werden – und das wurde dann später als Empfehlung ausgesprochen –, daß »there is to be no interference with free associations having the character of Trade Unions or employers' associations«, allerdings

nur, »so long as the activities of such bodies are not directed against the Allied authorities or detrimental to their control«.

Die Mitarbeiter des Economic and Industrial Planning Staff und des Arbeitsministeriums waren sogar davon überzeugt, daß bei einer solchen Politik die Alliierten »may expect to receive the cooperation of such organisations in the maintenance of order and the creation of a democratic form of government«. Man war sich allerdings auch im klaren darüber, daß eine solche Politik »will necessitate a considerable exercise of tolerance in the earlier stages when feelings may run high«, wobei unbedingt darauf zu achten war, daß »a developing Trade Union movement is not used as an instrument of a nationalist revival or as a cover for underground activities hostile to the occupying Powers«.

Im Abschnitt über die zukünftige Lohnpolitik wurden die Gewerkschaften noch einmal erwähnt. Die Fortsetzung der bestehenden Lohn- und Preiskontrollen in Deutschland wurde für einen längeren Zeitraum als notwendig erachtet. Während dieser Zeit sollten dann die Arbeiterorganisationen langsam Wissen und Erfahrung sammeln, um »in due course« die Aufgaben von freien und demokratischen Gewerkschaften zu übernehmen. Dabei wurde gewissen Industriezweigen, wie dem Bergbau und der Reichsbahn, zugebilligt, daß sie den Geist freien und gemeinsamen Handelns niemals vollständig verloren hätten; daher sollten in diesen Bereichen eher als in anderen freie Gewerkschaften errichtet werden können.

Im Abschnitt »Streiks und Aussperrungen« wurde noch einmal betont, welche Politik in Deutschland verfolgt werden sollte: Es sei wünschenswert, »to exercise great patience and tolerance in the disordered conditions which are likely to exist for some time in Germany«⁹. Gerade an dieser Formulierung entzündete sich die Kritik. Im Foreign Office war man der Ansicht, dies sei mit Sicherheit der schlechteste Weg, wie man die Deutschen behandeln solle¹⁰.

In der entscheidenden Sitzung des A.C.A.O. kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung. Der Vertreter des Arbeitsministeriums, Sir Frederick Leggett¹¹, bestand auf der Formulierung, gegenüber den Gewerkschaften müsse anfangs große Geduld und Toleranz gezeigt werden. Für das Foreign Office widersprach Troutbeck dem energisch mit dem Argument, dies sei nicht in Übereinstimmung zu bringen mit der »harten, aber gerechten« Haltung, die der Oberkommandierende gegenüber der Bevölkerung einzunehmen habe. Troutbeck erhielt in dieser Auseinandersetzung »starke Unterstützung« vom Vertreter des War Office; schließlich stimmte das Arbeitsministerium der Formulierung »careful handling« zu. Troutbeck gab sich damit zwar zufrieden, blieb aber dennoch skeptisch. Es habe zwar keinen Sinn, weiter über das Memorandum zu streiten, so meinte er am 24. Februar; aber »in many ways it seems to be based on a dream and written for Edwardian England rather than post-Hitler Germany. One feels certain that whatever does happen in Germany after the war, the one thing we shall *not* see is a situation in which employers' and workers' associations will be facing each other as equals, with a benevolent Government holding the ring«.

9 F.O. 371/46827/C 418/156/18. Copy No 30, Secret, German Labour, Report by E.I.P.S.

10 Handschriftliche Randbemerkung; F.O. 371/46827/C 403/156/18.

11 Sir Frederick Leggett, geb. 23. 12. 1884; Civil Service seit 1904; Ass.Secretary im Ministry of Labour 1917; Under-Secretary 1939; Deputy Secretary 1942–1945; Mitglied verschiedener Regierungskommissionen, u. a. Anglo-American Commission of Inquiry into Palestine 1946; Docks Emergency Commission 1949; Vors. der Commission on London Transport 1956/57.

Der Grund hierfür war für Troutbeck klar: Die gesamte Konzeption – auf der einen Seite Gewerkschaften, auf der anderen Seite Unternehmerverbände – sei sowohl von den Nazis als auch von den Russen hinweggefegt worden. Sollten Gewerkschaften¹² ein Machtfaktor in Deutschland werden – »and they very well may one day« –, dann als Teilhaber einer linksgerichteten Regierung, die nicht weniger diktatorisch als die Hitlers oder Stalins sei und in der Unternehmer keine Perspektive mehr hätten; denn Troutbeck war überzeugt, daß dann »the owners will be hanged«. Die Anfänge für diese Entwicklung sah er schon im Anhang des Memorandums vorgezeichnet¹³.

Nach seiner Meinung blieb den Gegnern dieser Politik nur ein Trost – zumindest noch zu diesem Zeitpunkt: Sollte Deutschland zerstückelt werden, sei damit die Frage gesamtdeutscher Gewerkschaften automatisch erledigt¹⁴.

Am 19. Februar wurde das Memorandum vom Vorsitzenden des A.C.A.O.-Ausschusses, Bovenschen, an den A.P.W.-Ausschuß zur abschließenden Beratung weitergeleitet. Bovenschen, Mitarbeiter des War Office, wies dabei noch einmal ausdrücklich auf die Formulierung »careful handling« hin, die er gemeinsam mit Troutbeck gegen die Ansicht des Arbeitsministeriums durchgesetzt hatte. Im Ausschuß sei man der Meinung gewesen, so Bovenschen, »that this warning may be useful to those who without previous experience in these matters may be called upon to deal with the complexities of industrial disputes under somewhat unusual circumstances«¹⁵.

Dieser zusätzliche Hinweis ging wiederum auf Drängen des Arbeitsministeriums zurück, wo man es offensichtlich gern gesehen hätte, wenn sich das Foreign Office an der Diskussion über die zukünftigen Gewerkschaften in Deutschland überhaupt nicht mehr beteiligt hätte. Diesen Eindruck gewann zumindest Troutbeck aus einem Brief Leggetts. Die Antwort war entsprechend deutlich: Er versicherte Leggett am 3. März, daß »this, of course, we could not do in view of the probable importance of the question in the whole future of Germany«. Darüber hinaus könnten im Parlament entsprechende Fragen gestellt werden, die der Außenminister dann zu beantworten habe¹⁶.

Zwei Tage später befaßte sich das »Armistice and Post-War Committee« mit dem Memorandum »German Labour«¹⁷. Es wurde ohne Abstriche gebilligt; lediglich Sir James Grigg machte eine Anmerkung. Er bezeichnete das Memorandum zwar als ausgewogen und vernünftig, betonte jedoch, für den Fall, daß irgendeine deutsche Gewerkschaft im Untergrund tätig werden würde, müsse in der zu erstellenden Direktive sichergestellt sein, daß die Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte jedes Mittel zur Sicherung der Truppe einsetzen dürften. Der Ausschuß stimmte dem zu und faßte einen dahingehenden Beschluß.

12 Ursprünglich »free trade unions«; das Adjektiv »free« hatte Troutbeck dann gestrichen.

13 In diesem Appendix waren die unterschiedlichen Vorstellungen der alliierten Gewerkschaften und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien über den Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland wiedergegeben worden.

14 F.O. 371/46827/C 648/156/18, Aufzeichnung Troutbeck vom 24. 2. 1945.

15 Secret, A.P.W. (45) 19. German Labour, Note by the Chairman of the A.C.A.O. Committee, 19. 2. 1945, CAB 87/69 u. F.O. 371/46827/C 648/156/18.

16 F.O. 371/46827/C 738/156/18.

17 Teilnehmer der Sitzung: Attlee, Eden, Bevin, Cranborne (Secretary of State for Dominion Affairs), Stanley (Secretary of State for the Colonies), Grigg (Secretary of State for War), Law (Minister of State), Anderson (Chancellor of the Exchequer), Lyttelton (Minister of Production), Amery (Secretary of State for India), Alexander (First Lord of the Admiralty), Sinclair (Secretary of State for Air), Cadogan (Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs).

Der A.C.A.O.-Ausschuß wurde beauftragt, eine Direktive unter besonderer Berücksichtigung der von Grigg vorgetragenen Bedenken auszuarbeiten. Entsprechend einem weiteren Vorschlag von Grigg wurde gleichzeitig E.I.P.S. aufgefordert, einen ergänzenden Bericht anzufertigen, der im Gegensatz zum vorliegenden Memorandum von der Annahme ausgehen sollte, daß bei Kriegsende in Deutschland, sei es aufgrund chaotischer Verhältnisse oder beabsichtigter Zerstückelung, keine zentralen Regierungsstellen mehr vorhanden seien¹⁸.

Am 3. April wurde dieser Bericht von E.I.P.S., wiederum in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium, fertiggestellt¹⁹. Er unterschied sich vom Memorandum »German Labour« lediglich dadurch, daß dessen Inhalt in die Form einer Direktive gebracht worden war²⁰. Diese war nicht nur als Grundlage für weitere Beratungen mit den übrigen Alliierten gedacht, an ihr sollte sich auch Feldmarschall Montgomery orientieren. Die Teile der endgültigen Fassung, die sich auf den Aufbau der Gewerkschaften bezogen, hatten folgenden Wortlaut:

»Trade Unions

5. It is Allied policy, subject to the necessity for maintaining military security and smooth administration, to encourage the formation of free Trade Unions (Reference should be made to the directive on the Treatment of Germany in the Post-Surrender Period)²¹. This policy will require careful handling in the earlier stages when feelings may run high.

6. You should therefore direct that there should be no interference with free associations having the character of Trade Unions or employers' associations so long as the activities of such bodies are not directed against the Allied authorities or detrimental to their control, and so long as they do not produce such disorder as to threaten the security of your forces or the accomplishment of the objects of the occupation.

7. Vigilant care will be required to ensure that such movements are not used as the instrument of military training or a nationalist revival or as cover for underground activities hostile to the occupying forces. Should you detect any such tendency you have full authority to take whatever steps appear to you to be necessary.

[...]

12. It is Allied policy ultimately to abolish controls over wages. In considering when any relaxation can be permitted you should have regard to two main factors, namely the progress of Trade Union movements towards suitable organisation and responsible leadership, and the progress of the general economic situation away from the risk of uncontrolled inflation. You should keep these and other relevant factors under observation and report when any substantial relaxation of the control is in your opinion justified«²².

18 CAB 87/69 u. F.O. 371/46827/C 648/156/18.

19 Draft Directive, Mitteilung vom 3. 4. 1945 sowie Mitteilung E.I.P.S. vom 6. 4. 1945 an Troutbeck, »Secret«; F.O. 371/46827/C 1482/156/18.

20 F.O. 371/46827/C 1351/156/18. Eine Zerstückelung Deutschlands wurde zu diesem Zeitpunkt von den Alliierten schon ernsthaft nicht mehr in Erwägung gezogen. Am Schluß dieser Direktive hieß es dann auch lediglich: Sollte bei Kriegsende eine zentrale deutsche Verwaltung fehlen, dann sollte auf die regionalen Organisationen zurückgegriffen werden, »use being made of such acceptable and experienced personnel as are available«.

21 Hier ist offensichtlich die »British Policy Directive No 1« gemeint, die folgende Passage enthielt: »Subject again to the necessity for maintaining military security and a smooth administration, you will, so far as possible, permit freedom of speech and freedom of press, and you will encourage the formation of free Trade Unions«. Vgl. F.O. 371/46868. »Brief for Big three Meetings« vom 7. 7. 1945.

22 »Directive on Trade Unions, Wages, and Strikes and Lock-outs«, F.O. 371/46827/C 2060/156/18.

Auf einer informellen Sitzung von E.I.P.S. am 5. April, auf der der Wortlaut der Direktive abschließend gebilligt wurde, wurde lediglich ein Einwand gemacht: Die Direktive sei zu ausführlich, und man solle besser das E.I.P.S.-Memorandum über »German Labour«, ergänzt durch eine kurzgefaßte Direktive, den Kontrollbehörden in Deutschland als Leitfaden überlassen. Dem wurde jedoch entgegengehalten, daß dann wahrscheinlich das Memorandum diejenigen nicht erreichen werde, die tatsächlich für die Durchführung der Politik verantwortlich seien. Außerdem eigne sich ein so umfangreiches Memorandum nicht zur Vorlage in der European Advisory Commission. Man beschloß, den Entwurf in der vorliegenden Form an den A.C.A.O.-Ausschuß weiterzuleiten²³, was am 30. April geschah²⁴. Am 7. Juni 1945 wurde diese Direktive, nach Billigung durch das A.C.A.O., in unveränderter Form der Europäischen Beratenden Kommission zur weiteren Behandlung vorgelegt²⁵.

Dieser Schritt überrascht um so mehr, als die Kommission zu diesem Zeitpunkt ihre Arbeit praktisch abgeschlossen hatte. Er läßt sich wohl nur mit dem ausgeprägten Interesse der britischen Regierung an einer für ganz Deutschland gültigen Regelung auch dieser Frage erklären. Es galt, neben Amerikanern und Franzosen in erster Linie die Sowjets in der Frage der zukünftigen Gewerkschaften auf eine einheitliche, »westlich« orientierte Linie festzulegen.

Offensichtlich ist der britische Vorschlag von der Europäischen Beratenden Kommission auch nicht mehr behandelt worden. Am 10. Juni veröffentlichte General Schukow – für Briten und Amerikaner gleichermaßen überraschend – den Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), in dem neben der Zulassung antifaschistischer Parteien der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen gewährt wurde²⁶.

Schon fünf Tage später veröffentlichte der »Vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin« einen Aufruf zur Schaffung freier Gewerkschaften²⁷. Dieser Aufruf wurde, wie Walter Ulbricht später richtig feststellte, »nicht nur in Berlin, sondern auch in den Provinzen und Ländern der sowjetischen Besatzungszone zur Grundlage der Schaffung der Gewerkschaftsbewegung«²⁸.

Dabei wurde das sowjetische Gewerkschaftskonzept immer deutlicher: unbedingte Förderung einer Zentralisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Schaffung einer Einheitsgewerkschaft mit scheindemokratischer paritätischer Besetzung (KPD, SPD, ehemals christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften) der Führungsgremien, in denen faktisch allerdings nur die Kommunisten von der SMAD massiv unterstützt wurden. Den Sowjets gelang es daher relativ schnell, in Groß-Berlin und in ihrer Zone von »oben nach unten« gewerkschaftliche Aktivitäten im zentralistisch und einheitlich ausgerichteten »Freien Deutschen Gewerkschaftsbund« (FDGB) zusammenzufassen. Dabei verstand sich

²³ Vgl. Protokoll der Sitzung am 5. 4. 1945, F.O. 371/46827/C 1471/156/18.

²⁴ F.O. 371/46827/C 2244/156/18, Copy No 13.

²⁵ Vgl. »Memorandum by the U.K. Delegation. Directive on Trade Unions, Wages, and Strikes and Lock-outs. Secret, Copy No 98«, F.O. 371/46827/C 2982/156/18.

²⁶ *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe III, Bd. 1, Mai 1945 bis April 1945, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin-DDR 1959, Dok.Nr. 4, S. 12 f.

²⁷ *Ebda.*, S. 32 ff.

²⁸ Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit*, Bd. 1, 1. Halbband, Berlin-DDR 1955, S. 147. Zur Vorgeschichte des Aufrufs vgl. Klein, S. 234.

der FDGB als ein ausgesprochen politisches Instrument zur Durchsetzung sowjetischer Politik in der SBZ²⁹.

Den Aktivitäten des FDGB wurde auf britischer Seite mit wachsendem Mißtrauen begegnet³⁰. Zum einen fühlte man sich durch das Vorgehen der Sowjets überrumpelt, zum anderen fehlten zunächst Informationen; außerdem sah man beim FDGB ein »essential« britischer Politik nicht erfüllt: freie, demokratische Wahl der Funktionäre durch die Mitglieder und Aufbau von unten nach oben, nicht umgekehrt. Am 26. Juni bat das Foreign Office, sämtliches erreichbare Material über die Struktur der Gewerkschaft in der Ostzone zu sammeln, damit sobald wie möglich ein detaillierter Vergleich mit dem russischen System angestellt werden könne³¹.

Das Mißtrauen wurde noch verstärkt durch ein anonymes, vier Seiten umfassendes Memorandum vom 2. Juli, das aus einer nicht näher bezeichneten »good source of ours who has had considerable experience of the matter in question« stammte. Der deutsche Autor setzte sich darin sehr kritisch mit der sowjetischen Gewerkschaftspolitik im allgemeinen und in Deutschland im besonderen auseinander. Die Russen, so hieß es da, verstünden es, die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaften als Massenorganisationen für ihre Zwecke in den von ihnen besetzten Gebieten auszunutzen: »Sie werden der Sicherung der Sowjetrussischen Politik dienen«. Zuerst würden ihre Leute in die Gewerkschaften hineingebracht und dann mit erheblicher Macht ausgestattet. Westlich ihrer Besatzungszone würden sie die Arbeiter durch Rundfunkpropaganda beeinflussen; und selbst den Weltgewerkschaftsbund versuchten sie zu kontrollieren, wobei die Russen allein schon durch die Teilnahme an dieser Neugründung einen »sehr großen Erfolg gebucht hätten«³².

Während nach Auffassung eines Referenten im Foreign Office dieses Memorandum »much food for thought« lieferte³³ und im Foreign Office zu einigen bemerkenswerten Überlegungen führte³⁴, hatte Sir Frederick Leggett am 7. Juli ein folgenschweres Memorandum über das Problem der Gewerkschaften in Deutschland erstellt.

Für Leggett stand fest, daß die russischen Gewerkschaften von der Regierung kontrolliert würden und daher nicht als »frei« im traditionellen Verständnis Großbritanniens und der USA bezeichnet werden könnten. Auf der anderen Seite seien die sowjetischen Gewerkschaften Mitglieder des neugeschaffenen Weltgewerkschaftsbundes geworden, in dem mit Ausnahme der American Federation of Labor sämtliche Gewerkschaften vertreten seien; die Sowjets würden daher nach Meinung Leggetts jeder Diskussion über die Frage, was eine

29 Zum FDGB vgl. Gewerkschaftlicher Neubeginn. Dokumente zur Gründung des FDGB und zu seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946, hrsg. und eingel. von Horst Bednareck, Berlin 1975.

30 Vgl. »Notes on the Berlin Trades Union-F.D.G.B.«, verfaßt von J. Foulds, Leiter der Manpower-Abteilung Nordrhein-Provinz, ohne Datum; sie wurden der T.U.C.-Delegation überreicht. T.U.C., London, 943/911.

31 Vgl. Anmerkung zu BBC-Monitordienst: »Broadcast talk by Hermann Schüller [gemeint ist H. Schlimme] on Berlin Radio«, 26. 6. 1945, F.O. 371/46828/C 3636/156/18.

32 »Die Russische Politik »ohne Komintern« in der Frage des Aufbaus der Deutschen Freien Gewerkschaften«. F.O. 371/46828/C 3646/156/18. Zur Gründung des Weltgewerkschaftsbundes vgl. Hans Gottfurcht, Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen. Geschichte, Probleme, Aufgaben, Köln 1962, S. 165 ff., und Margareta Bischoff, Probleme und Aspekte der Deutschlandpolitik des Weltgewerkschaftsbundes in den ersten Nachkriegsjahren 1945 bis Anfang 1949, Berlin – DDR, Diss. (Masch.) 1970. Vgl. auch die Studie von Horst Lademacher / Jürgen C. Heß / Herman J. Langeveld / Henk Reitsma, Der Weltgewerkschaftsbund im Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts, in diesem Band, S. 119 ff.

33 F.O. 371/46868/C 3646/156/18, Anmerkung vom 6. 7. 1945.

34 Vgl. hierzu unten, S. 64 und 75.

»freie« Gewerkschaft sei, mit Mißtrauen begegnen. Wenn aber auf der anderen Seite diese Frage nicht gestellt würde, würden die Sowjets, ohne zu zögern, der Errichtung freier Gewerkschaften in Deutschland zustimmen; das aber würde implizieren, daß man auf westlicher Seite stillschweigend die sowjetische Interpretation von einer »freien« Gewerkschaft akzeptieren würde. »To this«, so Leggett, »there appears to be no alternative except bitter and far-reaching controversy«.

Andererseits sei es genauso unerwünscht, über die sich in der britischen Zone entwickelnden Gewerkschaften mit den Sowjets zu sprechen, da auch das zu Streit führen könne. Leggett versprach sich mehr davon, den Demokratisierungseffekt, den die Verbindung der russischen Gewerkschaften mit den westlichen Gewerkschaften im Weltgewerkschaftsbund seiner Meinung nach langfristig haben werde, abzuwarten, als eine Diskussion über eine »freie« Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu beginnen, bei der man sich unmöglich einigen könne. Ein Trost, der diese Handlungsweise zu rechtfertigen schien, blieb jedoch: »All the organisations formed in the near future in the various zones of operation will tend to come together in due course and the greatest good can be done by taking care that in the British, American and French zones Nazi action and Nazi personalities are repressed«³⁵.

Diese Analyse Leggetts erhält dadurch große Bedeutung, daß auf ihrer Grundlage die Beratungen zum Thema Gewerkschaften in der unmittelbaren Vorbereitungsphase zur Konferenz von Potsdam geführt wurden. Obwohl Leggetts Schlußfolgerungen im Foreign Office zunächst auf Unverständnis stießen (»rather an obscure minute [...], which rather misses the point«³⁶), setzte sich das Arbeitsministerium im Kabinett durch. Die britische Regierung war zu diesem Zeitpunkt nahezu um jeden Preis darum bemüht, u. a. in den Fragen: 1. Einrichtung eines Alliierten Kontrollrats in Berlin, 2. Europäische Beratende Kommission, 3. a) deutsche Verwaltung, b) deutsche Regierung, c) Zerstückelung, d) »Political and Trade Union Activity« zu einer weitreichenden Übereinstimmung zwischen Churchill, Truman und Stalin zu gelangen³⁷. In den Richtlinien für die britische Delegation hieß es zum Punkt 3. d) u. a., die Frage der Gewerkschaften sei aufgrund der von Leggett genann-

35 F.O. 371/46828/C 3815/156/18.

36 Anmerkung F.O.; ebda.

37 Interessant ist, daß das War Office schon im April die Lage in Deutschland sehr nüchtern einschätzte; man werde mit einer *de-facto*-Zerstückelung Deutschlands rechnen müssen, ob das einem gefalle oder nicht. Vgl. W.O. 220/234. – Im Mai hatte Churchill daraufhin Feldmarschall Montgomery dringend aufgefordert, seine Vorstellungen über die Verwaltung Deutschlands darzulegen, was Anfang Juni geschah. Für Montgomery gab es demnach drei Möglichkeiten: 1. Einsetzen des Alliierten Kontrollrates in Berlin und Aufbau zentraler Verwaltungsstellen. 2. Sollte es mit den Russen Schwierigkeiten geben, dann sei »the next best alternative [...] for central administrations to be formed for the WEST of GERMANY, controlled by an Anglo-American-French Commission«. Was das bedeutete, war Montgomery klar: »This clearly would result in Germany being permanently divided into an Eastern and Western half, but failing Russian cooperation the proper control of Western Germany can only be ensured by this means«. 3. Aufbau von Ministerien auf Zonenebene, »which in fact means the adoption of a policy of dismemberment«. W.O. 220/234. – Das »Official Committee on Armistice Terms and Civil Administration« beriet am 20. 6. 1945 ausführlich über diese drei Vorschläge (siehe das Protokoll, ebda.). Man entschied sich für den ersten »als die bei weitem beste Lösung« zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Mit den beiden übrigen Vorschlägen war man überhaupt nicht einverstanden. Die Errichtung einer zentralen Verwaltung für die drei westlichen Zonen wäre zwar ökonomisch von Vorteil, aber »this appears to us to involve a final breach with the Russians on the control and administration of Germany and should therefore be regarded as an expedient only to be adopted in the last resort and after it had become obvious that the Russians were definitely not prepared to work on a Four Power basis«. (Vgl. den Bericht des Ausschußvorsitzenden Bovenschen vom 23. 6. 1945 an Churchill, F.O., 934/6.).

ten Gründe »a very delicate one politically«. Auf das Problem »freie« bzw. »unfreie« Gewerkschaften wurde zwar mit aller Deutlichkeit hingewiesen, aber: »We and the Russians will never agree on a definition of what constitutes legitimate trade union activity«.

Um Deutschland und der Welt ein Bild von der nach wie vor bestehenden Einheit der Alliierten zu demonstrieren, sollte dieses Thema daher um gar keinen Preis diskutiert werden: »It is clearly of the highest importance to avoid any discussion of this thorny subject. None the less there would be obvious advantage, in order to show Germany and the whole world that the three Powers are broadly in agreement, if acceptance of the following principle could be publicly announced in the course of the forthcoming meeting«, nämlich, daß es die Politik der Alliierten sei, die Bildung freier Gewerkschaften zu fördern, vorbehaltlich der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung militärischer Sicherheit und einer reibungslosen Verwaltung³⁸.

Der Vorschlag, den die amerikanische Delegation hinsichtlich der Behandlung Deutschlands am 17. Juli 1945 vorlegte³⁹, war daher für die Briten »broadly speaking, acceptable«, da er in zufriedenstellender Weise genau die Probleme behandelte, die man selbst hatte anschnitten wollen⁴⁰.

Offensichtlich dachten Amerikaner und Sowjets in dieser Angelegenheit ähnlich. In der ersten Sitzung der Außenminister am 18. Juli wurde der amerikanische Vorschlag diskutiert; zu Meinungsverschiedenheiten kam es dabei nicht, das Thema Gewerkschaften wurde nicht erwähnt⁴¹.

Nachdem noch einige redaktionelle Änderungen vorgenommen worden waren, billigten Truman, Churchill und Stalin dieses Dokument am Nachmittag des 19. Juli ohne Diskussion. Auf britischer Seite war man zufrieden. »We rather like the Political Section of the document«, hieß es in einem Schreiben vom gleichen Tag an Troutbeck⁴².

II. DIE VERHANDLUNGEN UM EIN GESAMTDEUTSCHES GEWERKSCHAFTSGESETZ

Schon sehr bald wurde jedoch deutlich, daß Potsdam nur eine Illusion gewesen war; was dort nicht ausgesprochen worden war, nannte der »Manchester Guardian« am 25. September beim Namen: »a fundamental difference of approach to the whole problem of building up democratic institutions in Germany«⁴³.

Ein zentrales Thema war nach wie vor – neben den Parteien – die Frage der Gewerkschaften. Dem in Berlin und in der sowjetischen Zone agierenden FDGB sprachen die westlichen Alliierten die demokratische Legitimation ab; das Mißtrauen wuchs.

38 »Brief for the United Kingdom Delegation to the Potsdam Conference« vom 9. 7. 1945, F.O. 934/6. Vgl. auch »An outline of our provisional views on problems of Germany for discussion at forthcoming meeting of three Heads of Governments [...] Top Secret and Personal, Following for Prime Minister« vom 13. 7. 1945.

39 Vgl. Ernst Deuerlein (Hrsg.), Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«, München 1963, S. 200 ff., und F.O. 934/4.

40 Vgl. den Kommentar des F.O. vom 17. 7. 1945, F.O. 934/4.

41 Vgl. Deuerlein, Potsdam, S. 204 ff. Das bei Deuerlein in deutscher Übersetzung wiedergegebene amerikanische Protokoll stimmt weitgehend mit dem britischen überein; vgl. F.O. 371/50863.

42 F.O. 934/4.

43 »German Trade Unions«, Manchester Guardian, Leitartikel vom 25. 9. 1945.

In einem vertraulichen Bericht Sir William Strangs⁴⁴ an Außenminister Bevin vom 26. Oktober hieß es, die FDGB-Führung habe eine Gewerkschaftsorganisation aufgebaut, in der sie die absolute Kontrolle ausübe und in der nicht eine Entscheidung aufgrund freier Wahlen der Mitglieder getroffen worden sei⁴⁵.

Auf ihrem Treffen am 17. September lag den Mitgliedern der Kommandatura ein Schreiben des FDGB zur Beratung vor, in dem um die Genehmigung gebeten wurde, für den 23. September eine für ganz Berlin zuständige Konferenz einzuberufen, auf der der provisorische FDGB-Gründungsausschuß durch einen offiziell gewählten Vorstand ersetzt und eine Satzung ausgearbeitet werden sollte. Die Delegierten sollten in geheimer Wahl bestimmt werden, und zwar für je 100 Mitglieder ein Delegierter.

Während sich der sowjetische Vertreter für die Durchführung der Konferenz aussprach, äußerten seine westlichen Kollegen Zweifel, inwieweit die Bedingungen, unter denen die Wahlen stattfinden sollten, demokratisch waren. In einem entsprechenden Schreiben wurde die FDGB-Führung um Klärung hinsichtlich des Wahlverfahrens und der Satzung der Gewerkschaften gebeten. Die Antwort fiel wiederum nicht zur Zufriedenheit der westlichen Alliierten aus. Es sei unmöglich, so hieß es, Informationen über die vorgesehene Satzung mitzuteilen; auf die Frage des Wahlverfahrens war gar nicht eingegangen worden. Dennoch setzte sich der sowjetische Vertreter in der Sitzung am 4. Oktober für die Konferenz ein und legte gleichzeitig ein Papier mit verschiedenen »vague proposals« vor, was jedoch ohne Eindruck auf seine westlichen Kollegen blieb.

Nach dreieinhalbstündiger Diskussion einigte man sich lediglich darauf, das sowjetische Papier an den Manpower-Ausschuß der Kommandatura weiterzuleiten; der FDGB wurde noch einmal nachdrücklich um eine Antwort gebeten, die jetzt allerdings vollständig sein sollte.

Zum erstenmal wurde am Schluß der Sitzung kein Kommuniqué veröffentlicht. Der Presse wurde lediglich mitgeteilt, der zuständige Redaktionsausschuß werde noch einmal zusammentreten. Als endlich am Vormittag des 5. Oktober eine Erklärung herausgegeben wurde, wurde das Thema Gewerkschaften mit keinem Wort erwähnt⁴⁶.

Das Widerstreben der FDGB-Führung, die gewünschten Einzelheiten mitzuteilen, führte auf britischer Seite zu erheblichen Spekulationen, die letztlich das latent vorhandene Mißtrauen gegen die Kommunisten als gerechtfertigt erscheinen ließen. In den Methoden sei offensichtlich etwas »undesirable«; darüber hinaus habe das Zentralkomitee das Wahlverfahren wohl schon festgelegt.

Die »real issues« lagen jedoch nach Meinung Strangs »in the balance of power in the central committee, where the Social and Christian Democrats contend that a democratic election would reveal a balance considerably in their favour. They maintain that this is why the Communists, relying on Soviet support, are not prepared to agree to [a] democratic system of election«.

44 Über die Ernennung Sir William Strangs zum politischen Berater Montgomerys vgl. PREM 3/194/3.

45 »Sir William Strang to Mr. Bevin, Germany, Confidential, Section 1, Copy No. 118«. F.O. 371/46829/C 7650/156/18. In den vertraulichen »Notes on the Berlin Trades Union. – F.D.G.B.«, die dem T.U.C. im Zusammenhang mit dessen Reise in die britische Zone (siehe unten, S. 69 ff.) überlassen wurden, lautet der Kernsatz, der dann im einzelnen erläutert wird: »the trouble arises from the fact that the F.D.G.B. is not a democratic organisation«. T.U.C., London, 943/911. Vgl. auch *Michael Balfour*, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959, S. 361 f.

46 Vgl. »The Times« vom 6. 10. 1945: »Berlin Trade Unions. Allied Differences on Rate of Growth« und F.O. 371/46829/C 6549/156/18.

Sozialdemokraten und christliche Demokraten hätten wissen lassen, daß sie das Gründungskomitee in dieser Frage öffentlich sprengen würden, und nur die Furcht vor einer sowjetischen Intervention halte sie zurück.

Auf der Sitzung der Kommandatura am 18. Oktober wurde deutlich, daß den Sowjets sehr viel am Zustandekommen der Konferenz lag. Der russische Vertreter war »ängstlich darum bemüht«, den Wünschen seiner Kollegen zu entsprechen; insbesondere erklärte er sich nun damit einverstanden, daß sieben Tage zwischen dem Ende der Nominierung der Kandidaten und der Wahl liegen sollten. Damit war jedoch eine andere Schwierigkeit nicht aus dem Weg geräumt: Der sowjetische Vertreter forderte, daß das Ergebnis der Wahlen, die vor Bildung der Kommandatura und des Alliierten Kontrollrats unter sowjetischer Ägide durchgeführt worden waren, auch von den westlichen Vertretern anerkannt würde, was diese entschieden ablehnten. Am 25. Oktober kam es zum Bruch: »continued disagreement on the point made further discussion on the whole question of trades union fruitless«, wie Strang nach London meldete.

Wie tiefgreifend die Differenzen waren, macht auch die Beratung dieser Frage im Koordinierungsausschuß des Kontrollrates deutlich. Dort beschuldigte General Sokolowsky am 3. Oktober seine drei Kollegen, sie hätten das Zusammentreten der Berliner Gewerkschaftskonferenz verhindert; diese Haltung stehe im Gegensatz zu den Beschlüssen von Potsdam.

In der nächsten Sitzung am 6. Oktober erhielt er vom britischen Vertreter die Antwort, die Genehmigung sei nur deshalb nicht erteilt worden, weil der Oberbürgermeister nicht in der Lage gewesen sei, Einzelheiten über das Verfahren bei der Wahl der Delegierten mitzuteilen. Es kam dann zu einer Auseinandersetzung (»a somewhat heated argument«) zwischen Sokolowsky und Clay über die genaue Bedeutung jener Passage des Potsdamer Abkommens, in der die Gewerkschaften erwähnt werden, über das Vorgehen der Sowjets und insbesondere über den Beschluß der Kommandatura, daß alle Anordnungen, die die sowjetischen Behörden noch vor Einsetzung der alliierten Stellen erlassen hatten, »including one permitting the forming of trades unions«, in Kraft bleiben sollten. Eine Lösung dieses Problems war nicht möglich; so einigte man sich schließlich darauf, »to postpone consideration of it indefinitely«⁴⁷.

Dieser Beschluß bedeutete jedoch keinesfalls, daß das Thema Gewerkschaften damit erledigt war: Das genaue Gegenteil war der Fall. Amerikaner und Briten auf der einen und die Sowjets auf der anderen Seite blieben weiter darum bemüht, daß der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht nur in der eigenen Zone, sondern auch in den übrigen Zonen nach den jeweils eigenen Vorstellungen von »freien« Gewerkschaften verlief. Die Realisierung dieses Konzepts wäre zweifelsohne mit Hilfe eines für ganz Deutschland gültigen Gesetzes des Alliierten Kontrollrates erleichtert worden.

An die Arbeit des Kontrollrates hatten die Briten auch in dieser Frage von Anfang an große Erwartungen geknüpft. Am 26. September konnte ein erster großer Erfolg verbucht werden. Das Direktorium der Manpower-Abteilung legte dem Koordinierungsausschuß den Entwurf einer Direktive zur »Bildung, Kontrolle und Funktion von Gewerkschaften« zur Billigung vor; gleichzeitig sollten die Oberbefehlshaber entsprechend instruiert werden, »to implement it by direct administrative action in their respective Zones«.

47 Sir William Strang am 26. 10. 1945 an Außenminister Bevin, F.O. 371/46829/C 7650/156/18. Vgl. auch »Notes on the Berlin Trades Union – F.D.G.B.« (Anm. 45).

Auf seiner elften Sitzung übernahm der Koordinierungsausschuß den Entwurf ohne Abstriche und leitete ihn an den Rechtsausschuß des Kontrollrats weiter, der die juristische Seite prüfen und den Entwurf in ein Gesetz umarbeiten sollte, was am 16. Oktober geschah. Das Alliierte Sekretariat teilte daraufhin am 17. Oktober mit, die Direktive sei nach geringfügigen Änderungen als Gesetzentwurf dem Kontrollrat zur Beratung übergeben worden⁴⁸.

Der Kontrollrat befaßte sich schon drei Tage später auf seiner neunten Sitzung am 20. Oktober 1945 mit diesem Gesetzentwurf⁴⁹. Schukow, Eisenhower und Montgomery war zu diesem Zeitpunkt bekannt, daß im Rechtsausschuß die französische Delegation schon am 16. Oktober Bedenken gegen Absatz 1 des Gesetzentwurfs geäußert hatte. In der Sitzung legte General Koenig, der auch den Vorsitz innehatte, die französischen Argumente dar: 1. Die französische Regierung sei für die Bildung von Gewerkschaften; in der französischen Zone würden Gewerkschaften aufgebaut. 2. Frankreich wolle den Zusammenschluß lokaler Gewerkschaften nur auf zentraler Ebene; für einen Zusammenschluß auf gesamtdeutscher Ebene müsse der Kontrollrat zustimmen. 3. Den Gewerkschaften solle jegliche politische Aktivität untersagt werden, die die Gewerkschaften von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenken würde⁵⁰.

Koenig bestand darauf, daß entweder am Ende des zweiten Satzes in Absatz 1 des Entwurfs der Zusatz »within each zone« eingefügt oder eine entsprechende Interpretation als Protokollnotiz aufgenommen werden müsse⁵¹.

Robert Murphy berichtete nach Washington, die übrigen drei Mitglieder des Kontrollrates seien »in strong disagreement« mit der französischen Position gewesen; Schukow habe argumentiert, es gebe bereits Gewerkschaften auf Zonenebene, der Hauptzweck des Gesetzes sei es, »to set unions up on a national scale«, während Eisenhower betont habe, daß es Aufgabe des Kontrollrats sei, »to run Germany as a unit«, und daß seine Mitglieder nur ihre Zeit verschwenden würden, bevor dieser Punkt nicht geregelt sei⁵².

Sir William Strang teilte ergänzend mit, Koenig sei darauf hingewiesen worden, daß die französische Position gewährleistet sei durch den Satz im Gesetzentwurf: »with the consent of Military Government«, aber die Franzosen hätten auf ihrer Position beharrt.

Strang schlug vor, daß Leggett Außenminister Bevin über die Entwicklung unterrichten solle, »who may wish to bring pressure on French to modify their attitude which is delaying passing of this important law and incidentally hampering negotiations concerning Berlin unions«⁵³. Am 26. Oktober beschäftigte sich der Koordinierungsausschuß erneut mit dem Gesetzentwurf. Der französische Vertreter, General Koeltz, schlug nun folgende Ergänzung am Schluß des ersten Absatzes vor: »The Federations or amalgamations of Trade Unions outside the limits of a Zone of occupation will be subject to authorization of the Allied Control Council«, worauf Robertson entgegnete, der Wortlaut dieses Zusatzes sei akzeptabel, nicht jedoch die von der französischen Delegation ausdrücklich formulierte Interpre-

48 Vgl. F.O. 371/46829/C 8006/156/18.

49 Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. Dokument 1, im Anhang, S. 91 ff.

50 Vgl. den Bericht des politischen Beraters, Murphy, vom 20. 10. 1945 in: *Foreign Relations of the United States*, hrsg. vom U.S. Department of State, Diplomatic Papers 1945, Vol. III, Washington 1968, S. 846 f.

51 Vgl. den Bericht Strangs, »Confidential«; im F.O. eingegangen am 24. 10. 1945, F.O. 371/46829/C 7348/156/18.

52 Vgl. Anm. 50.

53 Vgl. Anm. 51.

tation, daß General Koenig den Zusammenschluß der Gewerkschaften auf gesamtdeutscher Basis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnen würde. Clay, unterstützt von Briten und Sowjets, sprach sich noch einmal für einen Zusammenschluß zu einem möglichst frühen Zeitpunkt aus, und zwar »as offering useful initial basis for revival of political life of German people«. Der Sinn des Gesetzes liege darin, deutlich zu machen, daß der Kontrollrat prinzipiell für einen solchen Zusammenschluß sei, während der französische Zusatzantrag gerade diese Frage offen lasse und in jedem Einzelfall eine *Ad-hoc*-Entscheidung des Kontrollrats erfordere. Während die französische Delegation auf dem Zusatzantrag beharrte, wurde deutlich, daß »US and Soviet Delegations are very suspicious of French attitude« und entschlossen waren, dem Zusatz nicht zuzustimmen.

Eine Verhärtung der Standpunkte war offensichtlich. Man war sich am Schluß der Sitzung lediglich darin einig, »not to report lack of agreement to Control Council« und statt dessen vorzuschlagen, diese Frage den Regierungen zur Entscheidung vorzulegen. »We much hope«, so meldete Strang aus Berlin, daß Außenminister Bevin zustimmen werde, »to make representations to French Government«. Es handele sich um ein wichtiges Gesetz, und es sei schon ein bemerkenswerter Erfolg, darüber mit den Russen Übereinstimmung erlangt zu haben. Man könne auch nicht einsehen, daß das Gesetz »der französischen Sache⁵⁴ Abbruch tun würde«⁵⁵.

Als der Kontrollrat am 30. Oktober zu seiner zehnten Sitzung zusammentrat, war das Gewerkschaftsgesetz wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden. Während General Koenig auf dem im Koordinierungsausschuß vorgetragenen französischen Ergänzungsvorschlag bestand, legten Eisenhower und Montgomery noch einmal ihre ablehnende Meinung dar⁵⁶. Man war sich einig, daß nunmehr die Regierungen zu entscheiden hätten, worauf Schukow darauf drängte (»pressed«), daß die Ablehnung dieses Gesetzes durch Frankreich der Öffentlichkeit mitgeteilt werden sollte⁵⁷, womit Montgomery und Eisenhower wiederum nicht einverstanden waren. Schukow stimmte schließlich dem Vorschlag Eisenhowers zu, bis zur nächsten Sitzung des Kontrollrats zu warten; falls es dann wieder nicht zu einer Einigung kommen würde, sollte der Presse eine offizielle Erklärung übergeben werden⁵⁸.

Im Kontrollrat war – und das wurde von den Regierungen der vier beteiligten Mächte in gleicher Weise gesehen – eine kritische Situation entstanden; das Foreign Office sah sich daher zu einem Schritt veranlaßt, zu dem sich die USA, obwohl finanziell, ökonomisch und politisch in einer weitaus besseren Situation, auch dann noch nicht durchringen konnten, als offensichtlich wurde, daß Frankreich im Hinblick auf eine zentrale Verwaltung Deutschlands durch die vier Mächte ganz offen Obstruktion betrieb: Es intervenierte beim Quai d'Orsay und versuchte, Druck auszuüben.

Dieses ungewöhnliche Vorgehen läßt sich nur mit der außergewöhnlichen Bedeutung erklären, die die britische Regierung der Verabschiedung dieses Gesetzes beimaß: Der Gesetzentwurf war das Produkt britischer Vorüberlegungen, er entsprach nahezu vollständig den britischen Vorstellungen vom demokratischen Neuaufbau der deutschen

54 Gemeint ist die französische Deutschlandpolitik, insbes. die Vorschläge betr. Saar, Rheinland und Ruhrgebiet.

55 Vgl. Anm. 51.

56 Vgl. FRUS, 1945, Vol. III, S. 848.

57 So im Bericht Strangs; im Bericht Murphys heißt es dagegen: »Marshal Zhukov asked [...]«.

58 »Immediate, Cipher ARGUS 133; Secret«. Robertson am 1. 11. 1945, F.O. 371/46829/C 7731/156/18.

Gewerkschaften. Das einzige Zugeständnis, das man während der Beratungen im Koordinierungsausschuß gemacht hatte, hatte darin bestanden, den Gewerkschaften das Recht zuzugestehen, mit den Unternehmern Löhne, Arbeitszeit und -bedingungen auszuhandeln. Im ganzen war das Gesetz »a great deal more satisfactory from our point of view than we had thought it possible to agree on with the Russians«⁵⁹.

Immer wieder wurde auf britischer Seite Überraschung darüber ausgedrückt, daß die Sowjets diesem Entwurf ohne Abstriche zugestimmt hatten. Zweifelsohne war dieser Entwurf jedoch auch für die Sowjets von herausragender Bedeutung. So wie die Briten hofften, mit Hilfe dieses Gesetzes, das möglicherweise die Funktion einer gesamtdeutschen Klammer übernommen hätte, ihre Vorstellungen vom Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften über die westlichen Zonen hinaus sowohl in ganz Berlin als auch in der sowjetischen Zone realisieren zu können, so müssen die Sowjets davon ausgegangen sein, damit ihr Gewerkschaftsmodell in die westlichen Zonen exportieren zu können. Auf britischer Seite war man zu diesem Zeitpunkt offensichtlich der Meinung, eine mögliche Herausforderung erfolgreich bestehen zu können.

Für die USA lag die Bedeutung des Gesetzes zweifelsohne in erster Linie darin, daß dies ein wesentlicher Schritt auf dem Wege war, »to run Germany as a unit«, wie es Eisenhower am 20. Oktober formuliert hatte⁶⁰.

Genau das aber wollte die französische Regierung mit der Ablehnung des Gesetzentwurfs verhindern. Sie war gegen jede Form zentraler Verwaltungseinrichtungen, in der sie eine Stärkung Deutschlands sah. Couve de Murville machte dies am 29. Oktober in einem Gespräch mit einem Vertreter des Foreign Office deutlich. Die französische Regierung lehnte demnach gesamtdeutsche Gewerkschaften ab, da sie diese als »strong centralising influences« betrachtete, »which would encourage the evolution of German thought in the direction of a powerful centralised State as opposed to any separatist tendencies which might emerge if such influences as the Trades Unions and political parties organised to cover the whole of Germany were not allowed to exist«⁶¹.

Auf britischer Seite bestand von Anfang an kein Zweifel darüber, daß es schwierig werden würde, auf die französische Regierung Druck auszuüben, um sie zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen. Das Ergebnis der Überlegungen war schließlich eine geschickt formulierte Note, die dem Vertreter von Botschafter Massigli in London, Emile Paris, am 2. November übergeben wurde⁶².

Betrachtet man lediglich diese Note, so ist wenig von direktem Druck zu finden; im Gegenteil, der französischen Regierung wird britische Unterstützung in den Fragen der Ruhr, des Rheinlandes und der zentralen Verwaltungsstellen zugesagt. Dennoch ist es der britischen Regierung in dieser Frage außerordentlich ernst gewesen. Der britische Vertreter »pressed [Paris] very strongly« bei der Übergabe der Note und drückte noch einmal den ernststen Wunsch der britischen Regierung nach schneller Zustimmung Frankreichs zu diesem Gesetz aus; es sei ein »most desirable« Dokument und werde sicherstellen, daß in

59 Aktennotiz im Foreign Office vom 29. 10. 1945, F.O. 371/46829/C 7348/156/18.

60 Vgl. oben, S. 55.

61 Aufzeichnung Foreign Office vom 29. 10. 1945, F.O. 371/4682/C 7348/156/18.

62 F.O. 371/46829/C 8006/156/18. In der Note hieß es u. a., dieses Gesetz werde die Gründung von Gewerkschaften ermöglichen, »under very satisfactory conditions in accordance with the traditions of trade union organisation in the United Kingdom and France«. In den Entwürfen hatte es auch geheißen: »in conformity with Western ideas« bzw. »Western form of trade unionism«.

Deutschland die Gewerkschaften nach Prinzipien aufgebaut würden, die für die Westmächte völlig zufriedenstellend seien, und das sei mehr, als man überhaupt hätte erwarten können. »That«, so der britische Vertreter, »I felt was a very strong argument«. E. Paris wurde außerdem vom Vertreter des Foreign Office darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich in eine sehr schwierige Lage gerate, falls es zum obstruktiven Element in der Vier-Mächte-Verwaltung werde und wenn diese Tatsache dann publik würde.

Noch ein weiteres, schwerwiegendes Argument, das die Befürchtungen der Briten deutlich machte, kam hinzu, nämlich die offensichtliche Entschlossenheit der Amerikaner (ganz im Gegensatz zu den Russen), »to get their way over this, or to clear out altogether«⁶³.

Mit Spannung wurde die nächste Sitzung des Kontrollrates am 10. November erwartet – die dann jedoch außerordentlich enttäuschend verlief. Was General Koenig mitteilte, lief darauf hinaus, daß sich die Haltung der französischen Regierung im Grunde nicht verändert hatte, wie Robert Murphy nach Washington berichtete⁶⁴. Koenig versuchte nun, seine drei Kollegen davon zu überzeugen, daß zunächst einmal der Besuch einer Delegation des Weltgewerkschaftsbundes⁶⁵ abgewartet werden solle. Während dem Bericht Murphys nicht zu entnehmen ist, wer mit welchen Argumenten Koenig antwortete⁶⁶, wird aus dem Bericht Sir William Strangs deutlich, daß Schukow und Eisenhower die Wortführer waren. Schukow, so heißt es dort, »vertrat den Standpunkt, daß ein solcher Besuch ganz und gar eine Angelegenheit des jeweiligen Oberbefehlshabers in dessen Zone sei und mit der Unterzeichnung dieses Gesetzes nichts zu tun habe«⁶⁷.

Eisenhower und Montgomery stimmten dem zu, aber die Franzosen gaben nicht nach. Als Koenig dann betonte, die französische Regierung sei nur zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen gesamtdeutsche Gewerkschaften, später könne man dem zustimmen, in der Hoffnung, daß sich in der Zwischenzeit in den Gewerkschaften auf Zonenebene Führer finden würden, die für den Zusammenschluß der Gewerkschaften auf nationaler Ebene geeignet seien, wiesen Eisenhower und Schukow darauf hin, daß sie keine weiteren Instruktionen für den Aufbau von Gewerkschaften auf Zonenebene benötigten. Beide erklärten noch einmal »that they were being caused embarrassment«. Für Schukow war klar, daß die Angelegenheit nun »full publicity« erhalten müsse; Montgomery und Eisenhower stimmten dem zu⁶⁸.

Mit dieser Entscheidung war, wie im Foreign Office am 13. November festgestellt wurde, ein neues Stadium »in the Berlin Control Council deadlock« erreicht. Erwartet wurden nun Mißfallenskundgebungen gegenüber Frankreich, da es öffentlich für den Fehlschlag verantwortlich gemacht worden war. Die britische Regierung stand vor einer schwierigen Entscheidung. Sollte man erneut Druck auf Frankreich ausüben oder sollte man das Angebot Eisenhowers akzeptieren, gemeinsam mit Sowjets und Amerikanern eine Drei-Mächte-Organisation in Deutschland aufzubauen⁶⁹?

63 An anderer Stelle heißt es: »to get their way over this, failing which they might be more inclined to withdraw altogether from participation in the control of Germany«. Vgl. F.O. 371/46829/C 8006/156/18.

64 FRUS, 1945, Vol. III, S. 851.

65 Vgl. hierzu unten, S. 82.

66 Es heißt dort lediglich: »The other members answered [...]«.

67 Vgl. Bericht Sir W. Strang vom 11. 11. 1945; »Immediate«, »Secret«; mit Auszug aus Presse-kommuniqué, in dem es u. a. heißt, der Kontrollrat »[...] could not reach full agreement on the question of the acceptance of the law [...], because of the position taken for the moment by the French delegation«. F.O. 371/46829/C 7431/156/18.

68 Vgl. FRUS 1945, Vol. III, S. 851.

69 Aktennotiz Foreign Office vom 13. 11. 1945. F.O. 371/46829/C 8248/156/18.

In London erkannte man zunächst nicht, daß die Entscheidung der französischen Regierung der Beginn der französischen Obstruktionspolitik im Kontrollrat war, denn es wurde von Frankreich immer noch eine »befriedigende Kompromißformel« erwartet. Es wurde als unglücklicher Präzedenzfall betrachtet, falls London gezwungen werde, »to go ahead on a tripartite basis«⁷⁰.

Unter Hinweis auf die Note vom 2. November wurde noch am 13. November eine zweite Note für dringend erforderlich gehalten (»seems urgently called for«), es sei denn die Verhandlungen Frankreichs in Washington würden »produce a change of heart in State Dept. policy on centralisation«⁷¹.

Offensichtlich sollten zunächst diese Verhandlungen abgewartet werden. Aus einer weiteren Aktennotiz, ebenfalls vom 13. November, geht hervor, daß man sich von weiterem Druck auf Frankreich, der aufgrund der eigenen finanziellen und ökonomischen Schwäche in jedem Fall wiederum nur appellativen Charakter hätte haben können, keinen Erfolg versprach, »insbesondere, wenn sie [die Franzosen] keine Regierung haben«⁷².

Frankreich, so lautete die Analyse, habe in der Frage der gesamtdeutschen Gewerkschaften offensichtlich die gleiche Haltung eingenommen wie in der Frage der zentralen Verwaltungsstellen, nämlich »they hope to be able to avoid making any concession until they have got some support from the other three powers for their Ruhr proposals«⁷³.

Ein Problem war damit noch nicht gelöst: nämlich die Bitte Montgomerys um entsprechende Vollmachten, »mit den Amerikanern und Russen zusammenzugehen«, wie es Eisenhower vorgeschlagen hatte⁷⁴. Dieses Problem, dem, wie Troutbeck am 29. November im Foreign Office notierte, beträchtliche politische Bedeutung beigemessen wurde⁷⁵, löste in London eine Diskussion aus, in der Meinungsunterschiede über das weitere Vorgehen in Deutschland deutlich wurden.

Montgomery hatte sich für Annahme des amerikanischen Vorschlages ausgesprochen mit dem Argument, es würde lange Zeit dauern, bis es zu Zusammenschlüssen auf Zonenebene kommen würde. Dieses Argument wurde in London jedoch als »wenig brauchbar« zurückgewiesen. Von den Sowjets wurde nämlich erwartet, daß sie in jedem Fall den FDGB dazu auffordern würden, auf einen schnellen Zusammenschluß mit den Gewerkschaften in den Westzonen zu drängen, und weder Amerikaner noch Briten könnten dann einen solchen Vorschlag zurückweisen, »if at all, on the grounds of immaturity of the movement«.

70 Ebda. Zu diesem Problem vgl. auch *Thilo Vogelsang*, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18, 1970, S. 510–528, insb. S. 515 f.

71 Aktennotiz Foreign Office vom 13. 11. 1945. F.O. 371/46829/C 8248/156/18.

72 General de Gaulle war nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung als Chef der provisorischen Regierung am 6. 11. 1945 zurückgetreten; am 13. 11. 1945 wurde er von der Konstituante einstimmig zum Chef der neuen Regierung gewählt.

73 Aktennotiz Foreign Office v. 13. 11. 1945. F.O. 371/46829/C 8248/156/18. Kopien an Paris, Washington, Moskau, Ministry of Labour, Kontrollkommission in Berlin. – Die französischen Überlegungen waren in dem berühmten Memorandum vom 13. 9. 1945 zusammengefaßt worden, das Außenminister Bidault am 14. 9. 1945 auf der Außenministerkonferenz in London (11. 9. bis 2. 10. 1945) vorgelegt hatte. Darin hatte es u. a. geheißen, Frankreich betrachte die Abtrennung des Rheinlandes und Westfalens, einschließlich des Ruhrgebietes, vom Deutschen Reich als »unerlässlich für den Schutz der französischen Grenze und als wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit Europas und der Welt«. Abgedruckt in *Documents Français relatifs à l'Allemagne*, Paris 1947, S. 13 f. Vgl. auch das Memorandum der französischen Regierung vom 22. 10. 1945, Annex B zu Gen 121/1/C.P. (46) 156. CAB 129/9.

74 Vgl. oben, S. 58.

75 F. O. 371/46829/C 8744/156/18.

Außerdem sei es nachgerade absurd, die Gewerkschaftsbewegung von politischen Angelegenheiten fernzuhalten. Ein früher Zusammenschluß auf Zonenebene würde daher logischerweise auch politische Entwicklungen auf gesamtdeutscher Ebene mit sich bringen. Das aber würde Konsequenzen haben: Zum einen würden die liberalen und katholischen Bewegungen gegenüber SPD und KPD benachteiligt, zum anderen würde ein schneller Aufbau der deutschen Parteien zu deren gemeinsamen Opposition hinsichtlich der französischen Vorschläge für das Ruhrgebiet und das Rheinland führen ⁷⁶.

Am 28. November befand sich General Robertson zur Berichterstattung in London. Das Ergebnis der Beratungen war die Zustimmung zum amerikanischen Vorschlag. Man war der Meinung, daß das Vorgehen auf trizonaler Basis das Prinzip der Zentralverwaltung nicht berühren würde. Deutschlandminister Lynd gab Robertson die Genehmigung, »to proceed on this basis« ⁷⁷.

Mit dieser Entscheidung wäre ohne Zweifel ein weitreichendes Präjudiz im Hinblick auf die weitere Besatzungspolitik in Deutschland geschaffen worden, wenn der Vorschlag, den General Eisenhower wohl mehr aus einer momentanen Verärgerung über die starre französische Haltung heraus gemacht hatte, von Washington aufgegriffen worden wäre.

Die Entwicklung lief in den folgenden Monaten jedoch in eine ganz andere Richtung – zum Zusammenschluß von amerikanischer und britischer Zone zur Bizone. Das Angebot, das der amerikanische Außenminister am 11. Juli seinen Kollegen in Paris machte, nämlich ihre jeweilige Zone mit der amerikanischen Zone zu verschmelzen ⁷⁸, hatte Bevin als einziger der so Angesprochenen akzeptiert. Noch in Paris hatte er zugesichert, seine Regierung werde den Vorschlag »urgently and sympathetically« prüfen ⁷⁹.

Nicht nur ökonomische Notwendigkeiten führten zur Annahme des amerikanischen Vorschlages ⁸⁰ – die politische Gesamtlage hatte sich entscheidend verändert: Das Verhalten der Sowjets in Deutschland hatte im Foreign Office zu der Überzeugung geführt, daß »the danger of Russia has become certainly as great as, and possibly even greater than, that of a revived Germany« ⁸¹.

Unter diesen Umständen war an effektive Vereinbarungen des Kontrollrates kaum noch zu denken. Das betraf auch das weitere Vorgehen in der Frage der Gewerkschaften. Am 3. Juni 1946 einigte man sich nach mühseligen Verhandlungen auf die Direktive Nr. 31 betr. »Grundsätze für die Errichtung von Gewerkschaftsverbänden« ⁸².

Es wäre jedoch verfehlt, hier von einem »gesamtdeutschen« Gewerkschaftsgesetz zu sprechen ⁸³. Diese Direktive sollte den Industriegewerkschaften den Zusammenschluß auf zentraler Ebene freimachen – vorbehaltlich der Zustimmung des jeweiligen Militärgouverneurs; sie war, wie das auf britischer Seite schon frühzeitig sehr deutlich erkannt wurde,

76 Aktennotiz vom 27. 11. 1945, ebenda.

77 Aktennotiz Foreign Office vom 28. 11. 1945 und 29. 11. 1945, ebenda.

78 FRUS, 1946, II, S. 897. In der 34. Sitzung des Kontrollrates am 20. Juli wiederholte General McNarney dieses Angebot. Vgl. u. a. F.O. 371/55700/ C 8314/383/14.

79 FRUS, 1946, II, S. 909.

80 Die britische Zone wurde mehr und mehr zu einer finanziellen Belastung; vgl. das Memorandum des Chancellor of the Exchequer, Hugh Dalton, vom 4. 6. 1946: »The Cost of the British Zone in Germany«, Secret, C.P. (46) 218. CAB 129/10.

81 Vgl. Kabinettsvorlage v. 3. 5. 1945, C.P. (46) 186. CAB 129/9 sowie Kabinettsitzung v. 7. 5. 1946. CAB 128/7.

82 Text in: »Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland. Communiqués, Gesetze, Direktiven, Befehle, Anordnungen«. Sammelheft Nr. 7, Januar bis Juni 1946, S. 142 leicht zugänglich in *Ursachen und Folgen*, Bd. XXIII, S. 370.

83 Vgl. *Beier*, S. 18, Anm. 27.

lediglich »an anodyne formula [...], which safeguarded, more or less inadequately, the rights of individual zone Commanders to veto such affiliations«⁸⁴.

Die Direktive Nr. 31 blieb die einzige Vier-Mächte-Vereinbarung hinsichtlich Gewerkschaften in Deutschland. Weitergehende Bemühungen um eine gesamtdeutsche Regelung scheiterten⁸⁵.

Die Sowjets wollten nun um jeden Preis den Zusammenschluß der Gewerkschaften auf bizonaler Ebene verhindern und dem FDGB einen Startvorteil verschaffen, während die Briten ihrerseits nicht bereit waren, die Gewerkschaften in ihrer Zone der »shock tactics of the FDGB as the spearhead of the SED« auszusetzen; sie befanden sich damit in völliger Übereinstimmung mit den Gewerkschaftsführern in ihrer Zone. Ein Vier-Mächte-Gesetz, so die Militärregierung im Herbst 1946, sei zwar wünschenswert, aber nicht »essential«⁸⁶.

III. BRITISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DER PRAXIS

Vom ersten Tag ihrer Zulassung an entfalteten in der Ostzone Gewerkschaften und Parteien – mit massiver Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration – eine außerordentliche Aktivität im »antifaschistischen« Kampf und der Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Gegensatz dazu wurde von den westlichen Militärregierungen in ihren jeweiligen Besatzungszonen eine Art »politischer Quarantäne«⁸⁷ verhängt.

Harold Zink, der »Chief historian« beim U. S. High Commissioner for Germany war, hat im Jahre 1957 für die USA darauf hingewiesen, daß ein Teil des Zögerns im Zusammenhang mit den Arbeiterorganisationen zweifellos von der Sorge herrührte, die sich in manchen amerikanischen Abteilungen gezeigt habe, »daß die Kommunisten einen Vorteil aus der Situation ziehen könnten, derart, daß sie die Kontrolle über solche Organisationen wie Gewerkschaften, politische Parteien oder ähnliches erlangen könnten«. Man wollte bei der Wiedererrichtung von Arbeiterorganisationen langsam vorgehen, um so »das bedeutende Risiko, daß solche Organisationen von den Kommunisten erobert würden, merklich zu verringern, wenn nicht ganz auszuschalten«⁸⁸.

Ähnliche Befürchtungen hegte die britische Militärregierung, die nur wenig für Arbeiterorganisationen, welcher Art auch immer, übrig hatte.

Vergessen war die Ankündigung General Eisenhowers vom 14. 12. 1944⁸⁹, daß in dem von S.H.A.E.F. kontrollierten Bereich so bald wie möglich Gewerkschaften zugelassen würden, denen u. a. das essentielle Recht zugestanden werden sollte, mit den Arbeitgebern Kollektivverträge abzuschließen. Vergessen war auch, daß noch wenige Tage vor der Besetzung von Bremen und Hamburg durch britische Truppen den deutschen Seeleuten und

84 Bericht Steel (Kontrollkommission) vom 18. 5. 1946 an Foreign Office. F.O. 371/55507/C 5722/51/18.

85 Vgl. »Draft Law on the Formation and the Activities of Trade Unions« vom 14. 10. 1946. F.O. 371/55509/C 11460/12812/51/18.

86 Kontrollkommission am 22. 9. 1946. Control Office for Germany and Austria, F.O. 371/55508/C 11460/51/18.

87 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 6, Berlin-DDR 1966, S. 91.

88 *Harold Zink, The United States in Germany 1945–1955*, Princeton 1957, S. 281 f. (Hervorhebung i. O.).

89 Dt. Übersetzung in »Die Zeitung« vom 22. 12. 1944; abgedruckt bei Klein, S. 153 f.

Hafenarbeitern in einer besonderen Proklamation dieses Recht für den Fall einer Gewerkschaftsgründung nachdrücklich bestätigt worden war⁹⁰.

Der Umschwung kam Ende Mai 1945, als die amerikanische Militärregierung den Beschluß faßte, vom 1. Juli an für einen Zeitraum von drei Monaten keinerlei Gewerkschaften in der amerikanischen Zone zuzulassen, und die Briten aufforderte, sich dieser Maßnahme anzuschließen. Die britische Kontrollkommission geriet mit dieser Entscheidung in eine schwierige Situation. Anfang Mai, zu einem Zeitpunkt, als sie sich noch in London befand und keinerlei Weisungsbefugnis hinsichtlich der 21. Armeegruppe besaß, hatte sie nämlich einen Vertreter nach Brüssel entsandt mit dem Auftrag, eine von britischen und amerikanischen Militärs gemeinsam akzeptierte Gewerkschaftsdirektive auszuarbeiten. Als Ergebnis dieses Treffens hatte General Templer der Manpower-Abteilung der Kontrollkommission freie Hand im Hinblick auf Gewerkschaften gelassen, allerdings unter der entscheidenden Bedingung, daß »we could assure him that our policy was identical with that of the Americans«⁹¹.

Der britischen Militärregierung kam dieser Umschwung dagegen sehr gelegen. Unter Führung Montgomerys verfolgte sie eine ausgeprägt restriktive Politik. Es ging darum, die Gewerkschaften langsam aufzubauen, denn, so Montgomery, »gingen wir zu schnell vor, so bestand die Gefahr, daß die Gewerkschaften in falsche Hände gerieten und daraus Schwierigkeiten entstanden«⁹², wobei er in erster Linie an Kommunisten im Solde der Sowjets dachte: »In einigen Gegenden der englischen Zone gab es deutliche Anzeichen für die Wühlarbeit russischer Kommunisten, und in allen von den Westalliierten besetzten Gebieten bildeten sich kommunistische Zellen«⁹³.

Wo solche Zellen vermutet wurden, sprach die Militärregierung ein sofortiges Verbot aus, d. h. bis Ende Juni 1945 waren die meisten der spontan entstandenen Gewerkschaftsorganisationen wieder verboten worden. Sie waren, wie am 4. 11. 1945 dann auch der Chef der Manpower Division, Robert Luce, in einem Memorandum feststellte, »on the wrong lines« gebildet worden. Ihren Führern habe die Unterstützung der Arbeiter gefehlt, und die Organisationen seien nicht demokratisch gewesen; die Militärregierung habe daher von »Grund auf« neu beginnen müssen⁹⁴.

Das bekannteste Beispiel für diese Politik der Militärregierung in der Anfangsphase der britischen Besatzung ist die »Sozialistische Freie Gewerkschaft« (SFG) in Hamburg. Die SFG war als zentralisierte Einheitsorganisation konzipiert, der Vorstand setzte sich aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen⁹⁵. Die SFG »came to grief«⁹⁶; am 20. Juni

90 Hierauf weist der Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, J. H. Oldenbroek, in dem unten (Anm. 160) erwähnten Memorandum vom 18. 8. 1945 hin, LAB 13/165.

91 Vgl. die entsprechende »Note on Mr. Oldenbroek's Memorandum of 18th August on the Trade Union Situation in the British Zone« von Robert Luce, dem Leiter der britischen Manpower-Abteilung, vom 3. 9. 1945, LAB 13/165.

92 *Marshall Montgomery*, Memoiren, dt., München 1958, S. 428.

93 *Ebda.*, S. 427.

94 »Confidential. Please, do not circulate«. Dieses Memorandum hatte der Leiter der Abteilung Zivilangelegenheiten der Militärregierung, Generalmajor Templer, im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch der T.U.C.-Delegation in der britischen Zone angefordert. Im Main Headquarters in Lübeck wurde dieses Memorandum der T.U.C.-Delegation übergeben. Das Kapitel über die Gewerkschaften ist in vier Abschnitte unterteilt: 1. What we found. 2. What we are getting at. 3. The present situation. 4. Difficulties. T.U.C., London, 943/911.

95 Vgl. *Klein*, S. 193 f., *Christier*, Sozialdemokratie, S. 59–78 sowie *ders.*, in: *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, hrsg. von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt, Wuppertal 1976, S. 305–329.

1945 wurde sie von der britischen Militärregierung mit der Begründung verboten, sie sei »zu politisch« geworden⁹⁷. Die BBC wurde überdies gebeten, »to soft pedal« Nachrichten hinsichtlich der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland⁹⁸.

Zweifelloos ging einigen Stellen in London diese Politik zu weit; man erkannte dort sehr wohl, daß die amerikanische Entscheidung vom War Office und der Militärregierung als willkommener Anlaß zur Durchführung dieser Politik betrachtet wurde. Nach Rücksprache mit Sir Frederick Leggett wurden daher Vertreter der britischen Manpower-Abteilung zu Konsultationen mit Amerikanern und Franzosen nach Frankfurt entsandt, um die Amerikaner zu einer Revision ihrer Haltung zu bewegen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein Abkommen, das am 5. Juli 1945 von den drei westlichen Militärregierungen unterzeichnet wurde⁹⁹.

Dieses Abkommen, das bis in Einzelheiten das Verfahren für die Gründung von Gewerkschaften regelte, bedeutete zwar ein Einlenken der Amerikaner in dem Sinne, daß überhaupt wieder Gewerkschaften zugelassen werden konnten, tatsächlich aber ließ es jeder der drei Militärregierungen nach wie vor genügend Spielraum, jegliche gewerkschaftliche Aktivität unter Hinweis auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung oder die militärische Sicherheit im Keim zu ersticken.

Der restriktive Charakter dieser Vereinbarung, die zur Direktive Nr. 1 umbenannt wurde, war so eindeutig, daß sie selbst im Foreign Office, das ja noch zu Beginn des Jahres 1945 gemeinsam mit dem War Office ähnlich zurückhaltend taktiert hatte, nicht mit Wohlwollen aufgenommen wurde¹⁰⁰. Sie wurde dort als »wenig befriedigendes Dokument« bezeichnet; die deutschen Gewerkschaften seien traditionell politisch, und es sei nicht möglich, von ihnen völlige politische Enthaltensamkeit zu erwarten. Während von »Terminal« auch in dieser Frage eine Klärung erwartet wurde¹⁰¹, wurde im Foreign Office vereinzelt

96 Vgl. Intelligence Bulletin No. 3, Control Commission for Germany (British Element), vom 20. 9. 1945, »Secret«, F.O. 371/46828/C 8256/156/18.

97 Vgl. F.O. 371/26828/C 3569/156/18 (Extract from P[olitical] I[n]telligence] D[e]partment], Daily German Digest), und »The Times« vom 28. 6. 1945: »Political Unions in Germany. Allies' Different Treatment«; F.O. 371/26828/C 2569/156/18. – Was mit dieser Begründung gemeint war, wird aus einem Bericht des zuständigen britischen Offiziers, Captain Dwyer, deutlich, den dieser später dem stellvertr. Generalsekretär des britischen T.U.C., Tewson, gab. Demnach war der erste Versuch zur Gewerkschaftsgründung in Hamburg von Kommunisten unternommen worden, »to secure a single organisation operating in the district to which all organised workers should contribute. The officer informed me that it was clear that the intention of the Communists was to get a mass organisation which, in practice, would be more concerned with political than with industrial matters. The officer in question said he was satisfied that emissaries of the Communist Party in Hamburg had been to Berlin (whilst Russia was the only power interested there) for consultation. He had therefore started to build from the bottom upwards and consolidate organisation factory by factory in order to determine later the best way in which there could be a link up between the workers in the various industries«.

Vgl. Schreiben H. V. Tewson vom 4. 10. 1945 an T.U.C.-Generalsekretär Sir Walter Citrine. T.U.C., London, 943/911; vgl. auch unten, S. 77 f. (Harold) Vincent Tewson (Sir, 1975); geb. 4. 2. 1898; Leiter der Organisationsabteilung des T.U.C. 1925–1931; stellvertr. Generalsekretär des T.U.C. 1931–1946; Generalsekretär des T.U.C. 1946–1960; Mitglied des Economic Planning Board 1947–1960; Präsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften 1953–1955.

98 Vgl. Anm. 91.

99 Vgl. Dokument 2, im Anhang, S. 92 ff.

100 Robert Luce, der Leiter der Manpower Division der Kontrollkommission für Deutschland, hatte Troutbeck noch am 5. Juli ein Exemplar der Vereinbarung »regarding the procedure for giving immediate effect to the Directive on trade unions« zukommen lassen.

101 F.O. 371/46828/C 3827/156/18.

Kritik an der Politik der Militärregierung geäußert. In einem Kommentar zu dem oben erwähnten Memorandum über »Die Russische Politik [...] in der Frage des Aufbaus der Deutschen Freien Gewerkschaften«¹⁰² hieß es am 6. Juli, die Militärregierung sei offensichtlich »terrified that the Communists will capture the Trade Unions«. Noch einmal wurde darauf hingewiesen, daß die Antwort sicherlich nicht sein könne, jede politische Aktivität zu unterdrücken – zumal die Kommunisten es verstünden, dort, wo sie unterdrückt würden, im geheimen zu arbeiten. Die Antwort müsse vielmehr lauten, »to support and encourage the Social-democrats and Catholic elements in our zones«¹⁰³.

Bei der britischen Militärregierung war zu diesem Zeitpunkt eine gewisse Unsicherheit über den zukünftigen Kurs in der Frage der Gewerkschaften und politischen Parteien unverkennbar. Das wird besonders deutlich an einem Schreiben, das Montgomery am 7. Juli an das War Office richtete. Er bat darin um Instruktionen zu verschiedenen Punkten, »insbesondere jedoch in der Frage, wie er sich gegenüber Gewerkschaften und politischen Parteien verhalten sollte«¹⁰⁴.

Offensichtlich war auch Montgomery nicht unbemerkt geblieben, daß, wie es wenig später in den Richtlinien der britischen Delegation für Potsdam hieß, »ein ungünstiger Eindruck« innerhalb und außerhalb Deutschlands dadurch entstanden war, daß die Bildung von Gewerkschaften und Parteien in der sowjetischen Zone gefördert, in den westlichen Zonen jedoch verhindert wurde. Unter Hinweis auf Marshall Schukows Proklamation vom 10. Juni wurde im Foreign Office mit Bedauern vermerkt, daß es auf britischer Seite eine gleichwertige Erklärung nicht gebe¹⁰⁵.

Das War Office ließ sich jedoch nicht beirren; es setzte sich mit seiner Meinung in London durch. Am 11. Juli erhielt der Feldmarschall die beruhigende Antwort, bis zur Konferenz in Potsdam und dem Zusammentreten des Kontrollrates solle er in seiner Zone gemäß den britischen Direktiven handeln¹⁰⁶.

Diese Antwort bedeutete nichts anderes, als daß die Politik Montgomerys in dieser Frage vom War Office gebilligt wurde. Was für ihn beim Aufbau der Verwaltung galt, galt auch beim Aufbau der Gewerkschaften: »[...] to start from the bottom and work upwards«¹⁰⁷. In seinen Memoiren beschreibt er, wie sich für ihn dieses Problem darstellte: »Die Russen unterstützten die Gewerkschaften. Ich beschloß, das nicht zu tun; ich war zwar sehr dafür, daß sie langsam den Verhältnissen entsprechend wachsen sollten, aber dagegen, daß sie »forciert« wurden«¹⁰⁸.

Diese Haltung Montgomerys war bedingt durch seine Furcht vor kommunistischer Wühlarbeit und sein tiefes Mißtrauen gegenüber den Deutschen, von denen seiner Meinung nach noch Anfang 1946 mit Sicherheit 60 %, möglicherweise sogar 75 % überzeugte Nazis waren (»real out and out Nazis«), wie er in einem Memorandum vom 1. 2. 1946 feststellte. Als Ziel der britischen Politik in Deutschland nannte er darin »to change the heart, and the way of life, of the German people«; diese Aufgabe werde zehn oder mehr Jahre in An-

102 Siehe oben, S. 50.

103 F.O. 371/46828/C 3646/156/18. Hervorhebung i. O.

104 Vgl. Schreiben F. Bovenschen, War Office, vom 10. 7. 1945 an Foreign Office, »Top Secret«, F.O. 371/46828/C 3845/156/18.

105 Vgl. »Brief for the United Kingdom Delegation to the Potsdam Conference«, Foreign Office, 9. 7. 1945, F.O. 934/6, und Schreiben F.O. vom 13. 7. 1945 an Churchill, »Top Secret and Personal«.

106 Vgl. S. 48.

107 Vgl. oben, S. 48, Anm. 37.

108 Montgomery, S. 428.

spruch nehmen; falls man sie nicht erfolgreich löse, dann »everything else we are doing will be of no avail«¹⁰⁹.

Gewerkschaften und politische Parteien wurden in diesem Memorandum nicht erwähnt. Montgomerys Auffassung in dieser Frage deckte sich offensichtlich mit der Meinung des britischen Kabinetts. In der Sitzung am 3. 1. 1946, zu der der Feldmarschall hinzugezogen worden war, nannte er jedenfalls zwei Schlußfolgerungen, die sich für ihn aus der Analyse der deutschen Situation ergeben hatten und die unwidersprochen blieben: 1. Die britischen Besatzungstruppen dürften nicht zu sehr reduziert werden, und 2. »we should avoid undue haste in developing Trade Unions and political parties in Germany; the seeds of a healthy development had been sown, but it was desirable that they should be allowed to grow naturally and to produce the right type of leaders«¹¹⁰.

Das Ergebnis einer solchen Politik war, daß 1945 bis weit in das Jahr 1946 hinein überhaupt keine Gewerkschaftsarbeit im eigentlichen Sinne möglich war. Die Bildung der Gewerkschaften mußte nach Meinung der Militärregierung ein Prozeß »of democratic self-expression and initiative« sein; in den Fabriken mußte mit der erklärten Absicht begonnen werden, daß »die Arbeiter auf der untersten Ebene« den Charakter einer Gewerkschaft bestimmen sollten; eine »Diktatur von oben«, wie es hieß, würde um jeden Preis verhindert werden¹¹¹.

Unter diesen Umständen lag eine der Hauptschwierigkeiten darin, die erwähnten »responsible leaders of the right type«¹¹² zu finden, die bereit waren, im Sinne der Militärregierung zu arbeiten, zumal die Gewerkschaftsführer aus der Weimarer Zeit als »old and broken men« bezeichnet wurden¹¹³, gegen die außerdem ein Mißtrauen vorhanden war, das sogar von höchsten Regierungsstellen in London geteilt wurde und selbst vor Sozialdemokraten nicht Halt machte, wie folgender Vorgang verdeutlicht: Am 23. September 1945 hatte Sir William Strang nach London berichtet, Karl Severing, »the old Social Democrat leader«, ehemals Preußischer Innenminister und alter Gewerkschafter, habe mehr und mehr die Funktion eines »Elder Statesman« angenommen, worauf Ernest Bevin in einer Randbemerkung am 27. September – an diesem Tag ging der Bericht im Foreign Office ein – feststellte: »We must be careful about these old leaders; better watch for new men«¹¹⁴.

Mit gleichem Mißtrauen wurden auch die emigrierten Gewerkschafter betrachtet. War Office, Foreign Office und Arbeitsministerium waren sich schon im Frühjahr 1945 darin einig, daß es unerwünscht (»undesirable«) sei, »to allow refugee trade unionists to take charge of the reconstruction of trade unions in Germany«¹¹⁵.

Jetzt kam noch hinzu, daß ein Teil der nach Deutschland zurückgekehrten Emigranten feststellen mußte, daß sie den Kontakt mit ihren Landsleuten verloren hatten und daß sie von ihnen sogar mit Mißtrauen betrachtet wurden. Es blieben die jüngeren Arbeiter, die

109 »The Problem in Germany: February 1946. Memorandum by Field Marshall Montgomery. Top Secret«, PREM 8/219.

110 C.M. 2 (46), CAB 128/15.

111 Vgl. das in Anm. 94 erwähnte Memorandum, Abschnitt 2: »What we are getting at«.

112 Ebda.

113 Ebda.

114 Political Summary No 6 vom 23. 9. 1945. Dieser Bericht erhielt in London »General Distribution«. Über diese Randbemerkung wurde Strang später von Troutbeck unterrichtet. F.O. 371/46969/C 6220/4757/18.

115 Sir F. Leggett am 26. 2. 1945 an Troutbeck, der am 3. 3. 1945 antwortete: »We fully agree«. F.O. 371/26827/C 738/156/18.

aber »know nothing of free trade unionism as that term is understood by the Western democracies«, da sie nur die Deutsche Arbeitsfront kennengelernt hätten. Es werde Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Deutschen zu erziehen, aber man müsse zunächst einmal die Gewerkschaften erziehen. Die Entwicklung werde nur langsam voranschreiten, »but this need not worry us providing that the resulting growth is healthy and sturdy«¹¹⁶.

Die Wirklichkeit sah freilich zu diesem Zeitpunkt schon ganz anders aus. Überall in der britischen Zone waren die alten Gewerkschaftsführer wieder aktiv geworden, allen voran so bemerkenswerte Männer wie Hans Böckler¹¹⁷ in der Nordrhein-Provinz und Albin Karl¹¹⁸ in Hannover und im gesamten niedersächsischen Raum.

War der »normale« Neubeginn deutscher Gewerkschaftsarbeit in der britischen Zone schon mühsam genug, so ergaben sich für Böckler und Karl noch besondere Schwierigkeiten. Beim Wiederaufbau der Gewerkschaften verfolgten sie das Konzept einer Einheitsgewerkschaft, die als einzige, straff zentralisierte Organisation sämtliche Arbeitnehmer – Arbeiter, Angestellte und Beamte – umfassen sollte.

Ob diese Konzeption tatsächlich dem Wunsch der Mehrheit der Arbeitnehmer in der britischen Zone entsprach, kann heute wohl kaum mehr schlüssig beantwortet werden; jedenfalls – und das war zunächst entscheidend – waren Böckler, Karl und andere führende Gewerkschafter der Überzeugung, daß nur auf diese Weise die für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands notwendige Zusammenfassung aller Kräfte möglich war.

Schon sehr bald wurde jedoch deutlich, daß dieses Konzept nicht zu realisieren war: Die Militärregierung lehnte den Plan einer Einheitsgewerkschaft als »zu ehrgeizig« ab, wie es der für die Nordrhein-Provinz zuständige Industrial-Relations-Offizier J. Foulds formulierte¹¹⁹. Bei der Militärregierung überwogen das Mißtrauen und die Furcht, eine solche Gewerkschaft könne zu einer politischen Waffe von erheblicher Stärke werden, durch Auswechseln der Führer besonders leicht in die Hände von Kommunisten fallen und überhaupt unkontrollierbar werden; sie wurde daher als undemokratisch und als typisches Beispiel einer »Diktatur von oben« betrachtet, die an die Deutsche Arbeitsfront erinnere und keine Gewähr für einen demokratischen Neuaufbau biete. Nur in einem Fall wurde dem Willen der Mehrheit der Arbeitnehmer entsprochen: In Niedersachsen existierte für einige Zeit eine Einheitsgewerkschaft. Das war in erster Linie Albin Karl und dem Industrial-Relations-Offizier, Major Ashley Bramall¹²⁰, zu verdanken.

Von Bramall besitzen wir einen Brief, den er am 15. 9. 1945 an Herbert Tracey, den Leiter der Öffentlichkeitsarbeit beim T.U.C. und guten Bekannten der Familie, geschickt hat und

116 Vgl. das in Anm. 94 erwähnte Memorandum; Abschnitt 4: »Difficulties«.

117 Hans Böckler, 1875 (Fürth) bis 1951 (Düsseldorf), erlernte das Silber- und Goldschlägerhandwerk; seit 1912 Mitarbeiter in der Zentrale des Deutschen Metallarbeiterverbandes; ab 1920 Bevollmächtigter des Ortsverbandes in Köln; 1927 Bezirksleiter des DMV Rheinland und Westfalen; 1947 1. Vors. des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Britische Zone; 1. 1. 1949 Vors. des DGB. Vgl. die biographische Skizze von Ulrich Borsdorf, Hans Böckler – Repräsentant eines Jahrhunderts gewerkschaftlicher Politik, in: Vetter (Hrsg.), S. 15–58.

118 Albin Karl, 1889–1976; 1919 im Hauptvorstand der Porzellanarbeitergewerkschaft; 1928 stellvertr. Vorsitzender des Fabrikarbeiter-Verbandes; »Schutzhaf«, KZ, Gestapoaufsicht; Mitglied des ernannten Landtages von Hannover; vgl. Hartmann, S. 35 f.

119 Vgl. dessen »Note on the formation of Trade Unions in the North-Rhine Province« vom 11. 12. 1945, T.U.C., London, 943/911.

120 (Ernest) Ashley Bramall (Sir, 1975), geb. 16. 1. 1916; 1940–1946 Britische Armee, Major; 1946–1950 MP, Labour, for Bexley; Barrister at Law, Inner Temple; Greater London Council 1959–1968; Chairman: Inner London Education Authority, 1965–1967; seit 1970 Leiter der Inner London Education Authority.

in dem er seine Eindrücke über die Entwicklung in Niedersachsen wiedergibt¹²¹. Dieses Schreiben eines unmittelbar am Geschehen beteiligten britischen Offiziers, das zweifelsohne eines der interessantesten Dokumente über die britische Gewerkschaftspolitik in jenen Monaten ist, zeigt noch einmal deutlich, wie sehr Vorurteile, Ignoranz und Gewerkschaftsfeindlichkeit in Kreisen der Militärregierung vorherrschten, wo Gewerkschaften als »sinister force« betrachtet wurden.

Auch nach der Potsdamer Konferenz änderte sich nichts an der Politik der Militärregierung¹²². Unmittelbar nach der Konferenz wurde die BBC aufgefordert, »not to overstress the trade union issue«¹²³. Nachdem die Manpower-Abteilung ihre Tätigkeit in der britischen Zone aufgenommen hatte, wurde am 8. August 1945 die Industrial-Relations-Direktive Nr. 1 noch einmal bestätigt; gleichzeitig wurden Ausführungsbestimmungen zur Wahl von Betriebsräten erlassen, »als zeitweilige Maßnahmen, bis regulär aufgestellte Gewerkschaften die Aufgabe der Organisation der Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitsangelegenheiten übernehmen können«¹²⁴.

Wenig später folgte die erste, an die Adresse der Deutschen gerichtete, sehr allgemein gehaltene Mitteilung über die Gründung von Gewerkschaften in Deutschland¹²⁵, die in ihren Kernpunkten dem Entwurf für ein gesamtdeutsches Gewerkschaftsgesetz entsprach, das die Briten wenig später im Kontrollrat vorlegten.

Am 10. September äußerte sich die Militärregierung in einer 15 Punkte umfassenden Bekanntmachung zum Vorgehen bei der Bildung von Gewerkschaften in der britischen Zone¹²⁶. Diese Bekanntmachung war in einem wichtigen Punkt in sich widersprüchlich. Während es in Punkt 1 hieß, die Militärregierung wünsche, daß das deutsche Volk selbst entscheiden solle, welche Form von Gewerkschaften es haben wolle, hieß es in Punkt 15, die Militärregierung wünsche eine feste und repräsentative Gewerkschaftsbewegung. Das könne nicht über Nacht geschehen. Das deutsche Volk solle im eigenen Interesse »seek a firm foundation for their trade unions, they should build slowly and well«¹²⁷.

Die Militärregierung war nicht gewillt, sich die Initiative aus der Hand nehmen zu lassen. In einer internen Anweisung hieß es, die Bekanntmachung solle weder in Leitartikeln erläutert noch in ausführlichen Berichten behandelt werden; die Militärregierung war lediglich bereit, die Bestimmung, nach der es verboten war, über Gewerkschaftstreffen zu berichten, aufzuheben.

Es wurde außerdem ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich lediglich um eine Bekanntmachung und nicht etwa um eine Verordnung der Militärregierung handele. Die Gründe

121 Vgl. Dokument 3, im Anhang, S. 95 ff. Zur allgemeinen Einschätzung der Lage betr. Gewerkschaften vgl. auch den Bericht der britischen Kontrollkommission über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften vom 20. 9. 1945 (Dokument 4, im Anhang, S. 98 ff.).

122 »Policy of discouragement«, wie es der Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Oldenbroek, zutreffend bezeichnete; vgl. Anm. 160.

123 Ebda.

124 Industrial Relations Direktive Nr. 2, abgedruckt in: *Jahrbuch 1948/49*, hrsg. vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, Bochum 1950, S. 488 ff.

125 Vgl. den deutschen Text in: *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone*. Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (britische Besatzungszone) 1947–1949, Köln o. J., S. 12 f. Es handelt sich hier nicht etwa um eine Instruktion an die Militärregierung.

126 Vgl. den englischen Text u. a. in F.O. 371/55506/C 2877/51/18; deutsche Übersetzung u. a. in: *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone*, S. 14 f.; zum dort angegebenen Datum ist anzumerken, daß diese Bekanntmachung zwar vom 30. 8. 1945 datiert, aber erst am 10. 9. 1945 veröffentlicht wurde.

127 F.O. 371/46828/C 5866/156/18.

hierfür liegen auf der Hand: Zum einen blieben damit die Direktiven 1 und 2 weiter in Kraft, zum anderen sollte das im Alliierten Kontrollrat zu verhandelnde gesamtdeutsche Gewerkschaftsgesetz nicht öffentlich präjudiziert werden.

Im Oktober wurden die Direktiven 1 und 2 in Erwartung des gesamtdeutschen Gewerkschaftsgesetzes¹²⁸ durch eine neue Instruktion abgelöst¹²⁹, in der für die Gründung von Gewerkschaften ein 3-Phasen-Modell (Phase I – The initial phase, Phase II – Development, Phase III – The Established Union) entwickelt wurde¹³⁰. Diese Instruktion, die zunächst nicht veröffentlicht wurde, wurde nunmehr, unbeschadet des Scheiterns der Verhandlungen im Kontrollrat, allein maßgebend für die weitere Gewerkschaftsarbeit in der britischen Zone¹³¹. Sie war das Instrument, mit dem die Militärregierung seit Oktober 1945 den Neuaufbau in ihrem Sinne steuerte; mit ihr konnte auch die Einheitsgewerkschaft verhindert werden¹³².

Die Frage der zukünftigen Struktur der deutschen Gewerkschaften spielte zweifelsohne auch eine wichtige Rolle bei den Überlegungen hinsichtlich des gesamtdeutschen Gewerkschaftsgesetzes und der ablehnenden Haltung der Militärregierung gegenüber der Bildung einer Einheitsgewerkschaft. Die Einheitsgewerkschaft FDGB in der sowjetischen Zone lehnte sie als undemokratisch¹³³ und – wie es später einmal im Foreign Office hieß – »a Russian organised body since the earliest days«¹³⁴ ab; ihre Hoffnung auf Änderung setzte sie auf das auszuhandelnde Gesetz; man konnte demnach schwerlich eine Einheitsgewerkschaft in der eigenen Zone zulassen.

Auf der anderen Seite war die Militärregierung gezwungenermaßen an – von ihr in jeder Phase kontrollierbaren – Gewerkschaften interessiert: Ohne sie war eine Reihe von Arbeiten wie z. B. Entnazifizierung, Entflechtung, Demontage, Erhöhung der Produktion etc. unter Vermeidung von Unruhen unter den Arbeitern gar nicht durchführbar.

Sie setzte daher dem Modell der Einheitsgewerkschaft das Industrieverbandsprinzip als äußersten Kompromiß gegenüber. Die einzelnen, autonomen Industriegewerkschaften sollten dann in einem Dachverband zusammengefaßt werden dürfen. Dieses Modell entsprach auch den Vorstellungen der deutschen Exilgewerkschafter in den USA, England und der Schweiz. Franz Spliedt hatte es in Hamburg mit Unterstützung der Militärregierung nach Auflösung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft erfolgreich durchgesetzt. Wo auch nur das geringste Anzeichen dieses »Hamburger Modells« in Niedersachsen und in der Nordrhein-Provinz festzustellen war, griff die Militärregierung ein, um so Böckler und Karl zu schwächen¹³⁵.

Diese Bemühungen blieben jedoch weitgehend ohne Erfolg. Gleichzeitig verweigerte die Militärregierung Böckler und seinen Freunden die Genehmigung zum Aufbau der Gewerk-

128 Vgl. das Schreiben von R. Luce vom 4. 2. 1946 an W. Citrine, F.O. 371/55506/C 2877/51/18.

129 Mit Ausnahme der Anordnung betr. Betriebsratswahlen.

130 Vgl. F.O. 371/55506/C 2877/51/18.

131 Am 12. 4. 1946 wurde sie daher folgerichtig in den Rang einer Direktive erhoben: Industrial Relations Directive No 16 – mit geringfügigen Änderungen gegenüber der Oktober-Fassung; deutscher Text in: *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone*, S. 15–22.

132 Bis Januar 1946 waren der Militärregierung 197 Anträge auf Bildung einer Gewerkschaft vorgelegt worden, von denen 146 Phase I und 51 (12 »Allgemeine«, 39 Industrie-Gewerkschaften) Phase II erreicht hatten. Vgl. das Schreiben von R. Luce vom 4. 2. 1946 an W. Citrine, F.O. 371/55506/C 2877/51/18.

133 »Notes on the Berlin Trades Union – F.D.G.B.«, vgl. oben, Anm. 45.

134 Aktennotiz vom 30. 10. 1946, F. O. 371/55509/C 13225/51/18.

135 Vgl. Anm. 94, Abschnitt 3.

schaft. Im Herbst 1945, so läßt sich mit Schmidt feststellen, »stagnierte die Gewerkschaftsarbeit [...] in der Nordrhein-Provinz«¹³⁶, dem wichtigsten Gebiet der britischen Zone.

Am 4. November kam Böckler der Militärregierung einen weiteren Schritt entgegen. »In order to come at length, after endeavours of nearly seven months, to an active formation of the Trade Unions«, so Böckler, »we will try to find a compromise, making future corrections possible«¹³⁷. Böckler schlug vor, die Militärregierung sollte zunächst einmal die Einheitsgewerkschaft auf lokaler und Bezirksebene genehmigen. Nach Bildung von Betriebsräten sollten diese dann entscheiden, nach welchem Modell weiter aufgebaut werden sollte. Gleichzeitig war er bereit, von bisher vorgeschlagenen fünf Bezirken abzugehen und die Provinz statt dessen in acht Bezirke aufzuteilen. Einer beiliegenden Statistik war zu entnehmen, daß von den 1 128 950 Arbeitnehmern 195 200 für die Einheitsgewerkschaft waren, was nur bedeuten konnte, daß das Modell der Militärregierung bei einer Abstimmung eine gute Chance gehabt hätte¹³⁸.

Ausdrücklich wies Böckler darauf hin, daß er und seine Freunde nicht so anmaßend seien zu behaupten, die alleinigen Gewerkschaftsführer in der Nordrhein-Provinz zu sein.

Sollten andere Arbeitnehmerorganisationen oder politische Gruppierungen zugelassen werden, dann werde sich im Laufe der Zeit in fairer Diskussion herausstellen, welche Gewerkschaft lebensfähig und in der Lage sei, die anliegenden Probleme zu lösen. Böckler schloß mit einer Warnung: »Auf eine Gefahr glauben wir hier freilich hinweisen zu müssen. Auf die große Wahrscheinlichkeit nämlich, daß, wenn nicht bald Gewerkschaften unter maßgeblichem Einfluß der vor 1933 bereits organisierten Arbeitnehmer zustandekommen, mit der Bildung politischer Bewegungen¹³⁹ zu rechnen ist, die einen wesentlich radikaleren Charakter tragen. Sollte dieser Fall eintreten, sehen sich der Unterzeichnete und alle seine Mitarbeiter außerstande, irgendeine Verantwortung zu übernehmen«¹⁴⁰. Die Militärregierung schien offensichtlich von dieser Warnung nicht unbeeindruckt zu sein; Böckler und seine Freunde wurden für den 28. November 1945 nach Düsseldorf eingeladen, wo über diesen Plan beraten werden sollte¹⁴¹. Der Schein trog jedoch. In Wirklichkeit hatte die Militärregierung in der Zwischenzeit beschlossen, auf andere Weise ihre Vorstellungen durchzusetzen, die eine Diskussion dieses Plans überflüssig machen sollte: Der britische Gewerkschaftsbund T. U. C. sollte intervenieren.

IV. DER BESUCH DER T. U. C.-DELEGATION IN DER BRITISCHEN ZONE

Am 7. 12. 1945 fiel eine Entscheidung, die wegen ihres grundsätzlichen Charakters für die weitere Entwicklung der deutschen Gewerkschaften von historischer Bedeutung ist. An diesem Tag beschlossen die Gewerkschaftsdelegierten der Nordrhein-Provinz unter Führung Böcklers in Düsseldorf, das Modell der zentralistischen Einheitsgewerkschaft aufzu-

136 Schmidt, S. 40.

137 »Why Central Trade Unions?« Denkschrift vom 4. 11. 1945. Abschrift in T.U.C., London, 943/911.

138 Ebda.

139 Im deutschen Entwurf: »mit Bildungen zu rechnen«.

140 Ebda. Vgl. Borsdorf, a. a. O., S. 406, der aus dem deutschen Entwurf zitiert. Die der Militärregierung überreichte Denkschrift ist in englischer Sprache abgefaßt; an einigen Stellen weicht die Übersetzung vom deutschen Entwurf ab.

141 Vgl. S. 85.

geben und statt dessen das von der Militärregierung geforderte Industrieverbandsprinzip zu übernehmen. Francis Kenny von der Manpower Division der britischen Militärregierung notierte an jenem Tag in sein Tagebuch: »An historic day«¹⁴².

In den bislang vorliegenden Darstellungen¹⁴³ wird in diesem Zusammenhang zwar übereinstimmend und zutreffend auf die bedeutende Rolle verwiesen, die der Besuch der T.U.C.-Delegation bei dieser Entscheidung gespielt hat. Mehr als die einfache Tatsache dieser Reise ist jedoch bisher nicht bekannt geworden; aufgrund fehlender Quellen konnten die näheren Umstände dieser Mission nicht untersucht werden. Deren Kenntnis macht aber erst verständlich, warum sich die britischen Gewerkschafter so bedingungslos auf die Seite der Militärregierung stellten. Erst damit war ja sichergestellt, daß dieser »diplomatische Trick« der Militärregierung, wie Schmidt den Besuch der Delegation genannt hat¹⁴⁴, auch im Sinne der Militärregierung funktionierte.

Im folgenden wird daher der Versuch unternommen, einige Aspekte der T.U.C.-Politik näher zu beleuchten, wobei insbesondere auf die Haltung des britischen Gewerkschaftsdachverbandes gegenüber der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1945 eingegangen wird.

Auf seinem Jahreskongreß in Southport im September 1943 befaßte sich der T.U.C. zum erstenmal öffentlich mit dem Thema »Treatment of Post-War Germany«. Dem Kongreß lag ein Antrag vor, in dem 1. die Fortsetzung des Kampfes bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans und 2. die Bestrafung all jener, die für die im Krieg stattgefundenen Greuelthaten verantwortlich waren, gefordert wurde; 3. sollten die Deutschen dafür zur Verantwortung gezogen werden, daß sie den Krieg begonnen hätten; die deutsche Armee sollte für die von ihr begangenen Verbrechen bestraft werden; 4. sollte Deutschland für eine lange Zeit nach dem Krieg besetzt bleiben, bis das deutsche Volk durch Entmilitarisierung und Umerziehung gelernt habe, unter einer demokratischen Regierung mit den freien Völkern Europas wieder zusammenzuarbeiten; 5. sollte der internationalen Gewerkschaftsbewegung als erste Pflicht auferlegt werden, dafür Sorge zu tragen, daß in den besetzten Ländern die Gewerkschaften in völliger Unabhängigkeit und Freiheit wiederhergestellt würden; das gleiche sollte für die Gewerkschaften in Deutschland, Italien und Japan gelten, »so that the last vestiges of Nacism and Fascism can be more quickly obliterated and genuinely democratic regimes established«. Nach einer kurzen, aber leidenschaftlich geführten Debatte wurde ein Änderungsantrag, wonach die Worte »deutsche Nation« durch »Nazis« ersetzt und die Abschnitte 3 und 4 gestrichen werden sollten, mit Mehrheit angenommen¹⁴⁵.

Das Präsidium des Kongresses hatte nur vier Redner für dieses Thema zugelassen; die Abstimmung war dann sofort erfolgt, obwohl einflußreiche Mitglieder des General Council und des Kongresses die Diskussion fortführen wollten. Der Kongreß war jedoch – zumindest war das der Eindruck eines leitenden T.U.C.-Funktionärs – von dem Wunsch beseelt gewesen, »to avoid discussion of subjects that would divide the Movement«¹⁴⁶.

Die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege war in der Tat ein Thema, an dem sich auch in der englischen Arbeiterbewegung die Geister schieden. Gab es 1943 noch eine Mehrheit, die bereit war, zwischen deutschem Volk und Nazis zu differenzieren, so änderte sich das

142 Vgl. Schmidt, S. 41.

143 Vgl. Anm. 1.

144 Schmidt, S. 40.

145 Vgl. T.U.C. Report 1943, S. 329–333.

146 Schreiben v. H. Tracey vom 4. 10. 1943, T.U.C., London, 943/505.

mit fortschreitender Dauer des Krieges. Auf der Jahreskonferenz der Gewerkschaften in Blackpool 1944 sprach sich eine überwältigende Mehrheit dafür aus, Reparationen von Deutschland zu fordern; das, so hieß es, widerspreche nicht dem sozialistischen Glauben¹⁴⁷; im übrigen wurde bei der Frage »Zukunft der deutschen Gewerkschaften« erneut darauf verwiesen, daß man bereit, willens und bemüht sei, die Arbeiterbewegung in Deutschland, wie in jedem anderen Land auch, beim Wiederaufbau nach freien und demokratischen Prinzipien zu unterstützen¹⁴⁸.

Unklar blieb, wie dies im einzelnen geschehen sollte. Die Haltung der T.U.C.-Führung in dieser Frage ist, zumindest zu diesem Zeitpunkt, nicht ganz eindeutig zu bestimmen. Es gibt zwei Zeugnisse, die darüber Aufschluß geben, die aber in sich nicht ganz schlüssig sind.

Zum einen befaßte sich der Vorstand des T.U.C. im Zusammenhang mit der Errichtung des Weltgewerkschaftsbundes Ende Oktober mit dieser Frage. Man war der Meinung, daß dabei der Wiederaufbau freier und demokratischer Gewerkschaften in Deutschland zu den Problemen gehöre, »which call for immediate consideration«, und entwickelte gleichzeitig eigene Vorstellungen, die der Generalsekretär des T.U.C., Sir Walter Citrine¹⁴⁹, in einem Schreiben vom 2. November dem sowjetischen Vertreter im Anglo-Sowjetischen Gewerkschaftskomitee, Kuznetzov, mitteilte. Demnach sollte ein Vertreter der Vereinten Nationen als Beauftragter für Arbeitsfragen ernannt und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet werden.

So sollte er z. B. bestehende Gesetze und Verordnungen in Deutschland ändern dürfen; unter der Voraussetzung, daß alle notwendigen Sicherungen zur vollständigen Auslöschung des Nationalsozialismus getroffen würden, sollte die Wiederherstellung freier und *Bona-fide*-Gewerkschaften gefördert und unterstützt werden.

Die Deutsche Arbeitsfront sollte selbstverständlich liquidiert werden, zum frühest möglichen Zeitpunkt sollte allerdings auch die Tarifhoheit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen wiederhergestellt werden. Es war weiter vorgesehen, daß diesem »United Nations Labour Commissioner« ein Gremium, bestehend aus Vertretern der führenden Gewerkschaften und – erstaunlich genug – Vertretern der deutschen Arbeiter, beratend zur Seite stehen sollte.

Citrine wies ausdrücklich darauf hin, daß es sich hierbei um ganz allgemeine Vorstellungen handele; es bedürfe noch sehr viel Arbeit, um daraus ein konkretes Programm zu entwickeln; der T.U.C. habe die Diskussion darüber jedoch vertagt, da man zunächst einmal die Vorstellungen des sowjetischen Gewerkschaftsrats kennenlernen müsse. Die Angelegenheit sei jedoch angesichts der bevorstehenden Besetzung großer Teile Deutschlands ziemlich dringlich; er hoffe daher auf eine Antwort »with as little delay as possible«¹⁵⁰.

Ob diese von Citrine gezeigte Eile hinsichtlich des Neuaufbaus der deutschen Gewerkschaften wirklich zutrifft, läßt sich zumindest bezweifeln. Es gibt ein weiteres Dokument, das

147 T.U.C. Report, Blackpool 16.–20. 10. 1944, S. 12. Es gab allerdings auch hier rühmliche Ausnahmen. So distanzierte sich z. B. der Edmonton Trades Council, der wiederum dem London Trades Council angeschlossen war, von der »Vansittart« policy« des T.U.C. Vgl. Schreiben vom 16. 12. 1944 an Sir W. Citrine. T.U.C., London, 943/505.

148 Ebda.

149 Lord (1946) Walter Citrine, geb. 22. 8. 1887 (Liverpool), seit 1914 Gewerkschaftssekretär (1914–1920 Sekretär der Electrical Trades Union), 1926–1946 Generalsekretär des T.U.C., 1928–1945 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1945/46 Präsident des Weltgewerkschaftsbundes, 1946/47 National Coal Board, 1947–1958 Central Electricity Generating Board; lebt in South-Devon.

150 Schreiben W. Citrine vom 2. 11. 1944 an V. Kuznetzov, T.U.C., London, 943/505.

darüber Aufschluß gibt. Am 5. Dezember 1944 führte E. P. Harris, der Leiter der Organisationsabteilung des T.U.C., nämlich ein Gespräch mit Sir Percy Mills, dem späteren Leiter der Wirtschaftsabteilung der britischen Militärregierung, über dieses Thema. Als er nach der Meinung Citrines gefragt wurde, antwortete Harris, »that we were quite satisfied there was no trustworthy underground movement on which we could build and that, up to the present at any rate, there was no feeling we should rush the organisation of the Trade Unions in Germany«¹⁵¹.

Es besteht kein Grund, am Wahrheitsgehalt dieser in einem vertraulichen Gespräch gemachten Äußerung zu zweifeln, deren erster Teil auch insofern interessant ist, als sich die Frage nach dem »anderen Deutschland«¹⁵², die den Emigranten in England jahrelang mit wachsender Intensität auch von seiten der Gewerkschaften gestellt worden war und die, da es keine Widerstandsbewegung gab, stets verneint worden war, als Scheinfrage herausstellt. Man war jetzt in britischen Gewerkschaftskreisen geradezu erleichtert, daß es eine solche Organisation nicht gab, auf die man in Zukunft hätte Rücksicht nehmen müssen; es erschien daher unnötig, in bezug auf den Wiederaufbau der Gewerkschaften überstürzt zu handeln. Bis zur »Weltkonferenz der Gewerkschaften« im Februar 1945 in London legten weder der T.U.C. noch der sowjetische Gewerkschaftsverband einen Plan zur Wiederaufrichtung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland vor. Dennoch fiel auf dieser Konferenz eine wichtige Entscheidung in diesem Zusammenhang: Der Aufbau der deutschen Gewerkschaften wurde zur Aufgabe des zu gründenden Weltgewerkschaftsbundes erklärt; er sollte so schnell wie möglich unter internationaler Gewerkschaftsüberwachung durchgeführt werden. Über Einzelheiten und das weitere Vorgehen sollte auf dem offiziellen Gründungskongreß im September/Oktober in Paris beraten werden¹⁵³. Dieser Beschluß bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als daß für die nationalen Gewerkschaftsverbände, also auch für den T.U.C., in dieser Frage zunächst ein separates Vorgehen nicht mehr zur Debatte stand.

Für die Führung des T.U.C. ließ sich diese Selbstbeschränkung jedoch nicht durchhalten; der T.U.C. wurde frühzeitig zur Aktion gedrängt. Ein Industrial-Relations-Offizier der Manpower-Abteilung der US-Armee hatte schon während der »Weltkonferenz« in London den Sekretär der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Edwards, in dessen Büro aufgesucht und ihm vorgeschlagen, mit den verschiedenen Bergarbeitergewerkschaften Kontakt aufzunehmen, um herauszufinden, wie die Chancen stünden, eine internationale Delegation ins Ruhrgebiet zu schicken. Die zu lösenden Probleme lägen auf der Hand: »shortage of coal; distrust of the workmen of German mine managers; labour organisation at the mines unable to function etc.« Dabei hatte er ausdrücklich betont, es handele sich um einen privaten

151 Mitteilung Harris vom 6. 12. 1944 an Sir Walter Citrine, ebda.

152 Vgl. hierzu *Lothar Kettenacker* (Hrsg.), *Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive*, Stuttgart 1977, insbes. S. 124 ff.

153 Die Beratungen und Resolutionen dieser Konferenz enthüllen im übrigen eine erschreckende Unversöhnlichkeit gegenüber Deutschland und der deutschen Arbeiterbewegung. Eine Differenzierung zwischen Nationalsozialismus und dem deutschen Volk bzw. deutscher Arbeiterklasse findet nicht mehr statt. Siehe *Report of the World Trade Union Conference, February 6th to 17th 1945, County Hall London*, London 1945; *Gottfurcht*, S. 169–180; *Klaus Misgeld*, *Die »Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten« in Stockholm 1942 bis 1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges*, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 126 f.; *Bischoff*, S. 35 ff.; vgl. auch FO 371/46865/C 949/267/18 (Treffen am 23. 2. 1945 zwischen Außenminister Eden und Vertretern der Weltgewerkschaftsbewegung). – Die gleiche Unversöhnlichkeit ist auch bei den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien (z. B. auf der Konferenz im März in London) festzustellen.

Besuch; er mache einen solchen Vorschlag lediglich als Mitglied der American Federation of Labor »with labour sympathies«¹⁵⁴.

Edwards hatte zugesagt, die Angelegenheit auf der Tagung der Internationalen Bergarbeiter-Föderation Anfang August in Paris vorzutragen; eine Vorentscheidung fiel jedoch schon vorher innerhalb der britischen Bergarbeitergewerkschaft. Ende Juli stand fest, daß ein entsprechender Beschluß Anfang August gefaßt werden würde.

Am 30. Juli erfuhr Citrine zum erstenmal vom Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft, Lawther¹⁵⁵, von deren Absicht, eine Delegation nach Deutschland zu schicken. Beunruhigt über den Alleingang der Bergarbeiter, bat er Edwards noch am selben Tag, angesichts »our interest in the matter«, um Auskunft über die Hintergründe dieser Initiative, um Mitteilung, ob diese Frage innerhalb der Internationalen Bergarbeiter-Föderation erörtert worden sei, und um einen Hinweis darauf, welchem Zweck diese Reise dienen solle¹⁵⁶. Einen Tag später unterrichtete Edwards Citrine; er wies dabei mit Nachdruck darauf hin, die Bergarbeiter-Föderation habe schon lange vor dem Ende des Krieges als Zeichen internationaler gewerkschaftlicher Solidarität beschlossen, den Bergarbeitern in anderen Ländern jede nur mögliche Hilfe beim Wiederaufbau ihrer Gewerkschaften zu gewähren¹⁵⁷. Citrine und Lawther haben noch einmal mündlich über diese Reise gesprochen, das Ergebnis ist nicht bekannt, eine Aufzeichnung über dieses Gespräch existiert nicht¹⁵⁸.

Anfang August wurde dann auf dem Kongreß der Internationalen Bergarbeiter-Föderation (IBF) in Paris der Beschluß gefaßt, eine Delegation, bestehend aus je einem Repräsentanten der Bergarbeitergewerkschaften aus Großbritannien, Frankreich und Belgien, in das Ruhrgebiet und das Saarland zu entsenden, um, wie Edwards am 13. August Kriegsminister Lawson mitteilte, die Bedingungen für die Bildung freier, demokratischer Bergarbeitergewerkschaften zu untersuchen. Er sei, so fuhr Edwards fort, außerordentlich dankbar, wenn die Delegation die Reise unverzüglich antreten könne und sie in jeder Hinsicht von der britischen Militärregierung unterstützt würde, zumal Gegenstand der Reise auch die niedrige Kohlenproduktion sei, »of which unsatisfactory reports have been received«¹⁵⁹.

Zwei Tage vorher hatte der Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I.T.F.), Oldenbroek, einen ähnlichen Antrag gestellt. Seine Organisation wollte ebenfalls eine Delegation an die Ruhr entsenden, um mit Vertretern der deutschen Arbeiter

154 Vgl. Schreiben Edwards vom 31. 7. 1945 an Citrine, T.U.C., London, 943/910.

155 William (Sir, 1949) *Lawther*, 1889–1976, Mitglied des Labour Party National Executive Committee 1913–1926; MP (Labour) 1929–1931; Mitglied des T.U.C. General Council 1935–1954; Präsident der National Union of Mineworkers; Präsident des T.U.C.-Kongresses 1949; Sekretär der Miners' International Federation.

156 Schreiben Citrine vom 30. 7. 1945 an Edwards, Abschrift, T.U.C., London, 943/910.

157 Vgl. Anm. 154. Edwards erwähnt in diesem Zusammenhang auch erste Hilfsaktionen beim Aufbau der Gewerkschaften in Belgien und Frankreich. Es war nicht mehr festzustellen, wovon es sich hierbei im einzelnen gehandelt hat. Die britische »National Union of Mineworkers« besitzt bedauerlicherweise kein Archiv, das evtl. Aufschluß über die Politik der Gewerkschaft in dieser weltpolitisch so wichtigen Phase hätte geben können.

158 Vgl. T.U.C., London, 943/910.

159 F.O. 371/46829/C 5856/156/18. Am 18. 8. 1945 schrieb Edwards auch an das Arbeitsministerium, ebda., C 5031. Im Gespräch mit Albert E. Carthy, dem Leiter der Internationalen Abteilung des T.U.C. (1957–1969 Sekretär der Sozialistischen Internationale), behauptete allerdings Karl Becker (ehem. kommunistischer Reichstagsabgeordneter, Gewerkschaftsleiter der KPD-Leitung in Großbritannien und dort Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter), der Beschluß der IBF gehe auf ein Memorandum von ihm zurück, das er selbst der Föderation vorgelegt habe. Mitteilung Carthy an Citrine vom 1. 8. 1945, T.U.C., London, 943/910.

Wege und Mittel zu erörtern, die Kohlenförderung und das Transportsystem zu verbessern¹⁶⁰.

Citrine wurde nun seinerseits aktiv. Ein Alleingang einer einzelnen Gewerkschaft bzw. Föderation unter Umgehung des T.U.C. bzw. des kurz vor der Gründung stehenden Weltgewerkschaftsbundes sollte verhindert werden, da er dies als ein schlechtes Omen für die von ihm beschworene internationale Gewerkschaftssolidarität betrachtete. Zunächst ging es ihm darum, Einzelheiten über die Politik der britischen Regierung hinsichtlich der deutschen Gewerkschaften zu erfahren. Er teilte seinem Freund Isaacs, inzwischen Minister für Labour and National Service¹⁶¹, daher am 13. August mit, der Vorstand des T.U.C. sei »as you will be aware [...] deeply concerned with the future treatment of Germany by the Allied Nations, with particular regard to the reconstruction of the German free trade union movement«. Unter Hinweis auf den entsprechenden Passus im Potsdamer Abkommen bat er um Mitteilung über »any policy which has been agreed by the Government to deal with this question«¹⁶². Am 31. August wiederholte Citrine seine Bitte¹⁶³. Statt einer Antwort des Arbeitsministeriums bat das Political Intelligence Department (P. I. D.) des Foreign Office (German and Austrian Division) die Internationale Abteilung des T.U.C. um die Nennung von Personen, die für vier bis sechs Wochen nach Deutschland geschickt werden sollten, »to talk to the new generation of German Trade Union leaders and get an idea of the way their minds are moving«¹⁶⁴.

Dieses Schreiben hat zweifelsohne mit dazu beigetragen, daß der T.U.C. verstärkt auf Unterrichtung durch die Regierung hinsichtlich deren Gewerkschaftspolitik in Deutschland

160 Schreiben vom 11. 8. 1945 an F.O. Gleichlautendes Schreiben an LAB. Vgl. dortiges Schreiben vom 4. 9. 1945 an das War Office, F.O. 371/46828/C 5031/156/18. Zweifellos wollte die I.T.F. ihre Tätigkeit nicht auf die Steigerung der Kohlenproduktion beschränken. Schon im Februar hatte sie dem Foreign Office weiterreichende Pläne vorgelegt, die darauf hinausliefen, ein I.T.F.-Büro in Deutschland einzurichten, mit dessen Hilfe so schnell wie möglich Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaften aufgebaut werden sollten; nur so könne die Entnazifizierung vollständig durchgeführt und Sabotageakten vorgebeugt werden. Schreiben I.T.F. (Hans Jahn) mit Zustimmung J. H. Oldenbroeks vom 7. 2. 1945, F.O. 371/46827/C 480/156/18. – Die Transportarbeiter-Föderation war im übrigen über die Situation in der britischen Zone ausgezeichnet unterrichtet, wie ein 8 Seiten umfassendes Memorandum deutlich macht, das Oldenbroek Minister Isaacs am 18. 8. 1945 überreichte (»Trade union situation in British zone of occupation in Germany«). Als Ziel der Gewerkschafts-Internationale wurde darin u. a. genannt, »to give German workers the chance to show themselves worthy of readmission to the international community. They wish to rouse the masses of the workers from their hopelessness to constructive work«. Erste Voraussetzung für Neubeginn und Wiederaufbau sei jedoch »clarity in the position of trade unions in occupied Germany«. LAB 13/165.

161 George Isaacs, geb. 1883, Labour MP 1923–1959, Präsident der Printing and Kindred Trades Federation, 1945 Mitglied des T.U.C. General Council.

162 Kopie des Schreibens u. a. im F.O. 371/46828/C 5295/156/18.

163 T.U.C., London, 943/200. Am 21. August hatte der Vorstand des T.U.C. noch einmal seinen Beschluß bekräftigt, »that the enquiry should be pursued to elicit the necessary information about the policy of the Government on the formation of trade unions in Germany, and the methods of formulating that policy«. Vgl. General Council, T.U.C. Minutes, »Private and Confidential«, T.U.C., London. E. Bell hatte Citrine am 28. 8. 1945 die beruhigende Mitteilung gemacht, soweit er erfahren habe, wolle die I.B.F. nur die Kohlengruben besuchen, »but not to enter into any arrangements for the reconstruction of the German miners' union«, wobei jedoch »the result of their investigation will probably have some bearing upon this latter point«. Immerhin werde die Delegation zunächst der Führung der I.B.F. berichten, »before any definite steps are taken for such reconstruction«. T.U.C., London, 943/910.

164 Schreiben vom 31. 8. 1945 an den Leiter der Internationalen Abteilung des T.U.C., Ernest Bell. T.U.C., London, 943/200.

drängte¹⁶⁵, ohne zu ahnen, daß auf Regierungsseite inzwischen eine wichtige Entscheidung gefallen war. Noch am 29. August war im Arbeitsministerium eine Antwort an Citrine im Entwurf fertiggestellt worden, in dem es u. a. hieß, es gehe der britischen Regierung in erster Linie darum, die mit der Besetzung verbundenen Ziele zu erreichen und für die Sicherheit der Streitkräfte zu sorgen. Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen wolle man Bedingungen schaffen, in der sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen nach demokratischen Grundsätzen entwickeln könnten. Das langfristige Ziel sei es, die Tarifautonomie wiederherzustellen; das aber werde noch etliche Zeit in Anspruch nehmen; die bestehenden Lohnkontrollen müßten daher als Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik noch beibehalten werden¹⁶⁶. Diese Antwort wäre nicht sehr aufschlußreich gewesen; im Foreign Office, das um eine Stellungnahme gebeten worden war, erkannte man richtig, daß jeder Hinweis auf die schwierige Frage (*»rather vexed question«*) der »politischen« Gewerkschaften, *»which still appear to be banned«*, vermieden worden war. Dennoch hielt man es nicht für nötig, der Antwort etwas hinzuzufügen; sie sollte in der vorliegenden Form abgeschickt werden¹⁶⁷. Wenige Tage später bat Leggett J. Troutbeck, das Schreiben an Citrine zurückzuhalten; die ganze Angelegenheit werde im Zusammenhang mit dem Besuch einer T. U. C.-Delegation in Deutschland geklärt¹⁶⁸.

Mit diesem Besuch der T. U. C.-Delegation war eine Idee aufgegriffen worden, die im Zusammenhang mit der Diskussion des schon erwähnten Memorandums über »Die russische Politik [...]«¹⁶⁹ im Foreign Office geboren worden war¹⁷⁰. Schon am 6. Juli war dort vorgeschlagen worden, eine starke Delegation des T. U. C. einzuladen, die britische Zone zu besichtigen, die Verhältnisse dort zu untersuchen, die Militärregierung zu beraten und einen Bericht mit Empfehlungen zu erstellen. Der Acting First Secretary hatte am 6. Juli entschieden, dieser Vorschlag solle nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses wieder aufgegriffen werden¹⁷¹. Das Wahlergebnis änderte nichts an den Schwierigkeiten der Militärregierung mit der aufkommenden Gewerkschaftsbewegung in der britischen Zone.

Der unmittelbare Anstoß, der dann zur Wiederaufnahme dieses Vorschlages führte, waren die Anträge der Internationalen Bergarbeiter-Föderation und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation. Das mit diesen Anträgen aufgeworfene Problem wurde für so gravierend gehalten, daß sich auf Wunsch des Vorsitzenden des Lenkungsausschusses, Generalmajor Anderson¹⁷², der in der Zwischenzeit für Angelegenheiten betr. Deutschland und Österreich gebildete Interministerielle Ausschuß auf seiner ersten Sitzung am 8. September mit dieser Frage beschäftigte¹⁷³.

165 Vgl. etwa das Antwortschreiben Bells vom 4. 9. 1945, ebda.

166 F.O. 371/46828/C 5295/156/18.

167 Aktennotiz vom 2. 9. 1945, ebda.

168 Aktennotiz Troutbeck vom 13. 9. 1945, ebda.

169 Siehe oben, S. 50.

170 Wahrscheinlich in Erinnerung an eine ähnliche Mission des T.U.C. in Griechenland Januar/Februar 1945. Vgl. »Private and Confidential. Trades Union Congress. Interim Report of Delegation appointed to investigate matters relative to the position of the Greek Trade Union Movement 22. 1. 1945 – 3. 2. 1945«, F.O. 943/1.

171 Aktennotiz vom 6. 7. 1945, ebda. Das Ergebnis der Unterhauswahlen wurde am 26. 7. 1945 verkündet.

172 Anderson war Leiter der für zivile Angelegenheiten zuständigen Abteilung im War Office.

173 Mitglieder dieses Ausschusses waren: J. M. Troutbeck (Vorsitzender), Foreign Office; C. G. Dennys, Ministry of Labour and National Service; R. Goodison, Ministry of War Transport; C. A. de Linde, War Office; P. M. D. Roberts, Ministry of Fuel and Power; A. A. E. Franklin, Foreign Office.

In der allgemeinen Diskussion wurde zunächst positiv vermerkt, daß beide Gewerkschaftsverbände vor und während des Krieges die deutschen Arbeiter zum Widerstand gegen das Nazi-Regime ermutigt hätten, obwohl die Bedeutung dieser Bemühungen nur schwer zu beurteilen sei. Unklar war den Mitgliedern des Ausschusses, wie die geplanten Besuche die Kohlenförderung erhöhen oder die Transportmöglichkeiten verbessern sollten; dennoch wurde eingeräumt, daß sie beim Aufbau der deutschen Gewerkschaften nützlich sein könnten. Letztlich überwogen jedoch die Bedenken: Die Gewerkschaftsarbeit unterliege in Deutschland unter den gegenwärtigen Bedingungen starken Beschränkungen. Wenn nun diese Delegation den größten Teil ihrer Zeit damit verbringen würde, mit den Bergleuten zu reden – was zweifelsohne der Fall sein würde –, könne dies zu Unruhe unter den Bergarbeitern führen, denn die Ansichten, die die Gewerkschafter vertreten würden, würden sicherlich nicht mit der Politik übereinstimmen, die gegenwärtig verfolgt werde, etwa im Hinblick auf die deutschen Syndikate oder auf das Verbot für Gewerkschaften, Lohn- und Arbeitszeitfragen zu erörtern.

Ziel der britischen Politik sei es, die Deutschen zu ermutigen, Gewerkschaften »von innen« aufzubauen, wobei Einflüsse von außen nicht immer wünschenswert seien. Eine weitere Überlegung kam hinzu: ein Besuch der Delegation, »whose outlook is in line with the Second International«, könnte zu ähnlichen Anfragen von sowjetisch beeinflussten Gewerkschaften führen; das jedoch wäre weniger willkommen. Darüber hinaus könnte es als Affront gegenüber den Amerikanern, die selbst »großes Interesse« am Ruhrgebiet zeigten, aufgefaßt werden, würden diese Besuche genehmigt, während offizielle US-Repräsentanten von der Mitarbeit an dem zu errichtenden Technical Coal Committee ausgeschlossen würden.

Man hielt es für ratsam, Besuche der britischen Zone auf Vertreter der britischen Gewerkschaften zu beschränken, wobei man sich im klaren war, daß es in jedem Fall schwierig sein würde, die Genehmigung für die beantragten Besuche zu verweigern. Das Kriegsministerium wurde daher gebeten, den Gewerkschaftsverbänden einen Zwischenbescheid zu geben, daß sich die Kontrollkommission mit der Angelegenheit befasse, eine Antwort aber nicht so rechtzeitig zu erwarten sei, daß die Reise – wie von den Gewerkschaften geplant – noch am 19. September hätte begonnen werden können. Den Teilnehmern in der Runde wurde es freigestellt, die Angelegenheit noch einmal mit dem jeweiligen Minister zu erörtern¹⁷⁴.

Vor dem nächsten Schritt wurde die Militärregierung konsultiert, die sich vorbehaltlos der Meinung des Ausschusses anschloß und »expressed the strong view that the T. U. C. should send out a delegation first«¹⁷⁵.

Daraufhin fiel am 22. September die Entscheidung im Kriegsministerium. Noch am selben Tag wurde der britischen Militärregierung von Anderson mitgeteilt, der T. U. C. werde eingeladen, eine Delegation zu entsenden; die Mitteilung war verbunden mit der Anweisung: »Pending their visit no, repeat: no arrangements will be made as regards International TU visits«¹⁷⁶.

Auf dem Jahreskongreß des T. U. C. in Blackpool (10.–14. 9. 1945) deutete Arbeitsminister Isaacs zum erstenmal auf die bevorstehende Mission hin. Die Militärregierung in Deutsch-

174 »Confidential.Cabinet, Official Committee on Armistice Terms and Civil Administration. Interdepartmental Political Working Party on Germany and Austria. Minutes of the first meeting of the Political Working Party held in Room 25 at the Foreign Office on Saturday, 8th September, 11 a.m.«, F.O. 371/46828/C 5857/156/18.

175 Vgl. die Aktennotiz Troutbeck vom 2. 11. 1945, F.O. 371/46829/C 7636/18.

176 Teleprint Message, »Secret«, »Immediate«, vom 22. 9. 1945, F.O. 371/46828/C 6204/156/18.

land, so wußte er mitzuteilen, sehe sich mit schwierigen und komplexen »labour problems« konfrontiert und sei froh, in dieser Frage den Rat der britischen Gewerkschaften zu hören¹⁷⁷.

Am 26. September traf dann die offizielle Einladung des War Office im Transport House ein. Generalmajor Anderson schlug vor, eine Delegation des T. U. C. solle eine Reise durch die britische Zone unternehmen, »in order that they may be in a position to give advice on the basis of a first-hand knowledge of the situation«. Gleichzeitig wies er darauf hin, falls die Einladung angenommen werde, wolle die Kontrollkommission mit der T. U. C.-Delegation auch die Frage erörtern, wieweit es wünschenswert sei, zu einem späteren Zeitpunkt Delegationen aus anderen Ländern oder verschiedenen internationalen Gewerkschaftsföderationen zu ähnlichen Besuchen einzuladen¹⁷⁸.

Nunmehr kam alles darauf an, sicherzustellen, daß dieser Rat der T. U. C.-Delegation auch entsprechend den Vorstellungen der Militärregierung ausfiel. Die Voraussetzungen hierfür waren günstig; denn – und das ist das Erstaunliche an der Situation im Herbst 1945 – die Führung des T. U. C. besaß keine Konzeption im Hinblick auf den Neuaufbau einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Das wird nirgends so deutlich wie in einer umfangreichen, persönlichen Aufzeichnung, die Tewson, der stellvertretende Generalsekretär, am 4. Oktober 1945 für Citrine anfertigte.

Tewson ging darin zunächst auf die Beschlüsse ein, die auf den T. U. C.-Kongressen 1943 und 1944 gefaßt worden waren, um resignierend festzustellen, für den Aufbau der deutschen Gewerkschaften »there is little guidance from that source«¹⁷⁹. Außerdem wisse man nicht, nach welchen Richtlinien die Gewerkschaften in den verschiedenen Zonen aufgebaut werden sollten. Über die Methoden der Russen seien Zweifel geäußert worden, die Haltung der Amerikaner und Franzosen sei nicht klar, »and, so far as our own Government is concerned, we have not yet been able to get information as to any directive which has been sent to the military authorities in the British zone«.

Tewson ging dann auf die Entwicklung in Hamburg ein¹⁸⁰, erwähnte den Brief Bramalls¹⁸¹, aus dem hervorgehe, daß »there appears to be a drive for what is termed a ›General Workers' Union‹ in each locality with provision for separate industrial groups. Meetings are being

177 *T.U.C. Report 1945*, S. 378 f.

178 Schreiben War Office vom 25. 9. 1945 an Sekretär T.U.C., T.U.C., London, 943/911.

179 Erstaunlich ist, daß Tewson den wenige Tage vorher zu Ende gegangenen T.U.C.-Kongreß in Blackpool nicht erwähnte. F. B. Copeman von der Constructional Engineering Union hatte dort folgenden Antrag gestellt: »This Congress instructs the General Council to use its full powers, in conjunction with the National Council of Labour, to ensure for the German people the elimination of all Nazi-Fascist elements; the organisation of the German working-class in Free Trade Unions with the right of collective bargaining; a standard of living not less favourable than other European countries and the organisation and support of a truly democratic form of Government«. In seiner Begründung hatte er die britische Militärregierung scharf kritisiert; sie solle offensichtlich nicht dafür, daß »true Socialists and true trade unionists obtain the leadership of the German working-class movement«. Citrine hatte die Rede als »sentimental« zurückgewiesen und auf die Bedeutung der von Deutschland zu erwartenden Reparationen hingewiesen. Ein paar Phrasen über Opfer, die Sozialisten und Kommunisten während der Nazizeit gebracht hätten, »do not exonerate, and have not in the judgement of this Congress exonerated, the German nation from all right to make just and proper reparation for the harm she has done«. Und an anderer Stelle: »We have to keep our heads clear while our hearts go out to these people. At the same time we have to remember some of the suffering that was caused during the five years of war«. Der Antrag wurde an den General Council überwiesen. *T.U.C. Report 1945*, S. 413–417.

180 Siehe hierzu oben, S. 62 f.

181 Vgl. Dokument 3, im Anhang, S. 95 ff.

held in the various factories and this appears to be the overwhelming desire of the Germans themselves«, und fuhr dann fort:

»When our representatives go to Germany they will be asked for their comments on what is being done and their advice as to what should be done. Under present circumstances I think they will be in a very difficult position.

I have a feeling that if I were a German worker and was asked as to how I would like to reconstruct the German Trade Union Movement, I would take the line which the workers in the Hanover region are adopting. There is no doubt that on that basis a very powerful mass movement can be built up which, whilst ostensibly organised for industrial purposes, can very readily be switched to political action. If the Social Democrats can secure power in such a mass movement they may think in terms, quite rightly¹⁸², of rebuilding Germany as an independent and *perhaps*¹⁸³ peace loving nation. If the Communists get control, as they may be likely to do in view of the vast area of the Russian zone, their policy may still be the rebuilding of Germany, but their policy would be determined very much under Soviet tutelage.

The point is as to whether at this stage we desire to foster a great mass movement which would be more likely to function as an all powerful National centre than it would as a Trade Union Movement built on the principle of helping to deal with the problems of individual members in the particular industries.

In the case of the German nation, with their subservience to national leadership and being told what to think and what to do, I think a very powerful organisation may result from an all-powerful national centre.

Whether that power would be used to co-operate with the Allied nations, or to re-build a nationalist Germany, or to result in Germany becoming a Soviet satellite, is something which only time will prove. I think that in Germany, less than in any other country, because of their subservience to authority, the third alternative above is pronounced¹⁸⁴.

We come back then to the policy which should be adopted in the British zone in regard to Trade Union organisation and as to what advice the British representatives should give. *There is no T.U.C. policy and the I.F.T.U. policy is vague*¹⁸⁵. We have therefore to determine our policy beforehand because matters are proceeding at such a rate that it seems impracticable merely to go to Germany to see what is happening and then to come back and, in the light of the information which has been secured, attempt to work out a policy«¹⁸⁶.

Das Eingeständnis, daß es keine T. U. C.-Politik gebe, überrascht auf dem Hintergrund der Tatsache, daß der General Council des T. U. C. an der Entwicklung in Deutschland zunehmendes Interesse gezeigt hatte, daß der T. U. C. über die Verbindung des National Council of Labour zwar nicht an der Nachkriegsplanung der Koalitionsregierung direkt beteiligt, aber doch über diese Planung unterrichtet war. Es läßt sich möglicherweise damit erklären, daß zum einen die T. U. C.-Führung durch den Aufbau des Weltgewerkschaftsbundes

182 Im Orig. »quite rightly« von Sir Walter Citrine gestrichen.

183 Hervorhebung i. O.

184 Citrine war in diesem Punkt nur wenig anderer Meinung; er änderte diesen Satz folgendermaßen: »I think that in Germany, as much as in any other country, because of their subservience to authority, the likelihood of the third alternative above is pronounced«.

185 Hervorhebung von mir. I.F.T.U. = International Federation of Trade Unions.

186 T.U.C., London, 943/911.

außerordentlich stark in Anspruch genommen worden ist¹⁸⁷, zum anderen der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften zur Angelegenheit dieser neuen Arbeiterinternationale gemacht worden war, wobei man aber über Grundsatzserklärungen noch nicht hinausgekommen war. Man war sich zwar einig, daß die Gewerkschaften nach »freien und demokratischen« Prinzipien aufgebaut werden sollten, war aber einer Diskussion, was das im einzelnen bedeutete, aus dem Wege gegangen. Zu unterschiedlich waren hier die Anschauungen zwischen Ost und West. Es ging um das große Ziel, »that after such a holocaust as the 1939–1945 World War, we must make an earnest attempt to bring the workers of all countries together«¹⁸⁸. Und dieses Ziel sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Tewson bewegte sich genau auf dieser Linie; er war davon überzeugt, daß der Aufbau der Gewerkschaften in Deutschland keine nationale, sondern eine internationale Aufgabe sei¹⁸⁹, und reagierte entsprechend auf das Ansinnen des War Office.

Am 2. Oktober hatte er Citrine, der sich anlässlich der Gründungskonferenz des WGB in Paris aufhielt, telegraphisch von der offiziellen Bitte des War Office unterrichtet und ihn gebeten, er möge prüfen, falls er nicht schon selbst daran gedacht habe, ob man nicht ein Gremium von Gewerkschaftern aus England, Frankreich, den USA und der Sowjetunion bilden solle, um in diesem Kreis über den Aufbau der deutschen Gewerkschaften zu beraten¹⁹⁰.

Zwei Tage später erläuterte er diese Haltung gegenüber Citrine. Es erscheine sinnlos, so meinte er in dem schon erwähnten Schreiben¹⁹¹, »merely to determine a policy for the British zone. It would be unfortunate if Trade Union organisation in two or more of the other zones were on a different basis from ours, but that might have to be a solution for the time being. We have also to watch that there do not arise two warring principles of organisation in Germany which might produce Soviet and Anti-Soviet blocs. If Trade Union representatives from the four countries could arrive at an agreement they may become a force in securing some uniformity between the Governments of the four countries and the policy of rehabilitating or resuscitating the German Trade Union Movement on approved lines«.

An einem solchen internationalen Gremium, in dem auch Sowjets saßen, war die britische Militärregierung zu diesem Zeitpunkt aber nicht interessiert. Es ging zunächst einmal darum, mit Hilfe der nationalen Gewerkschaften das gewünschte Gewerkschaftsmodell in der eigenen Zone durchzusetzen, bevor internationale Organisationen einen Rat erteilten, der möglicherweise mit den eigenen Vorstellungen nicht in Übereinstimmung zu bringen war¹⁹².

187 Citrine hielt sich z. B. in dieser Zeit mehrfach außerhalb Londons auf. Schreiben Lord Citrine vom 16. 8. 1976 an den Verfasser.

188 Ebda.

189 Schon Ende Juli hatten T.U.C. und die Führung der französischen Gewerkschaften (die während des Krieges im »Anglo-French-Committee« in London zusammengearbeitet hatten) in Paris erklärt, der Aufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung könne von den Militärs nicht in angemessener Weise durchgeführt werden; die Gewerkschaftsführer aus den direkt betroffenen Ländern sollten daher mithelfen, eine zentrale Kontrolle aufzubauen, um so eine gemeinsame, für ganz Deutschland gültige Politik durchzuführen, unabhängig von den einzelnen Besatzungszonen. Vgl. »Daily Telegraph« vom 28. 7. 1945.

190 Abschrift Telegramm vom 2. 10. 1945, T.U.C., London, 943/200.

191 Vgl. Anm. 186.

192 Die Militärregierung wurde wenig später in dieser Annahme bestätigt. Eine Delegation des WGB besuchte Deutschland vom 30. 1. bis 19. 2. 1946; Citrine, der Mitglied dieser Delegation war, mußte frühzeitig nach London zurückkehren und konnte nur die britische und die

Erstaunlich schnell akzeptierte der T.U.C. die ihm zugeordnete Rolle. An nationaler Zuverlässigkeit sollte es nicht mangeln. Man war nicht bereit, die von Tewson angedeutete Möglichkeit, die Entwicklung einer großen Massenbewegung in Deutschland zu unterstützen, weiterzuverfolgen. Offenbar nicht willens, darüber hinaus eigene Vorstellungen für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften zu entwickeln, ließ sich die T.U.C.-Führung allzu bereitwillig zum Instrument der Militärregierung degradieren. Neben der eigenen Konzeptionslosigkeit kommt als Motiv hinzu, daß nicht alle Labour-Vertreter – seien es Gewerkschafter, Mitglieder der Partei oder der Regierung – freundliche Gefühle für die geschlagenen Deutschen empfanden. Den Führern der Arbeiterbewegung in Deutschland konnte und wollte man so schnell nicht vergeben, daß sie im Jahre 1933 Hitler die Macht kampflos überlassen hatten.

Die bis zum Beginn der Reise stattfindenden Gespräche und der Briefwechsel zwischen T.U.C.-Führung und Regierungsmitgliedern lassen deutlich erkennen, wie auf Gewerkschaftsseite mehr und mehr die Überzeugung wuchs, daß das von der Militärregierung angewandte Prinzip beim Aufbau der Gewerkschaften das richtige war.

Bemerkenswert ist zunächst ein Schreiben von Walter Loeb an seinen Freund Herbert Tracey. Loeb, der sich schon während des Krieges durch blinden Deutschenhaß hervorgetan hatte¹⁹³, blieb sich auch nach dem Kriege treu. In einer umfangreichen Stellungnahme zu dem Bericht Major Bramalls¹⁹⁴ kam er zu dem Schluß, daß die von der Militärregierung verfolgte Politik richtig sei; der Bericht Bramalls habe alle seine Befürchtungen gegenüber den alten Gewerkschaftsführern vollständig bestätigt. Der Wunsch nach einer Einheitsgewerkschaft bedeute im Grunde nämlich die Übernahme der Deutschen Arbeitsfront, wobei lediglich die Führer ausgetauscht würden; die neuen Führer aber seien ihrerseits Nationalsozialisten und Anhänger Hitlers gewesen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Konstruktion der Arbeitsfront genau dem deutschen Charakter nach Zentralisation, Militarismus und Diktatur von oben entsprochen habe. Den alten Gewerkschaftern die Führung der neuen Gewerkschaftsbewegung zu überlassen, würde ein so ungeheurer Vorgang sein, daß man es sich kaum vorstellen könne. Er hoffe, daß die Delegation bei ihrem Besuch in Deutschland stets an seine Warnungen denken werde¹⁹⁵.

Es läßt sich natürlich nur schwer ausmachen, inwieweit ein solches Schreiben, das zusammen mit dem Bericht Bramalls den britischen Gewerkschaftsführern wenig später von Tracey vorgelegt wurde¹⁹⁶, deren Haltung beeinflußt hat; zweifelsohne hat es nicht dazu beigetragen, vorhandene Vorurteile abzubauen; im Gegenteil, in den späteren Diskussionen und vor allem in den zwei berühmten Briefen vom 27. November 1945 und 10. Januar 1946¹⁹⁷ tauchen die gleichen Argumente wieder auf.

Die Führung des T.U.C. war trotz allem zunächst einmal darum bemüht, Informationen

russische Zone besuchen; er war an der Abfassung des Berichts nicht beteiligt. Über diesen »provisional interim report« kam es am 27. 2. 1946 im Vorstand des T.U.C. zu einer langen Diskussion; denn er stand, wie das Protokoll vermerkt, »in conflict with that of the British delegation who were in favour of local industrial unions«. Die Delegation des WGB dagegen war der Meinung, »that the industrial unions should be built up on a »zonal« basis with the central Federation in Berlin«. Vgl. T.U.C. General Council, Minutes 1945–1946. »Private and Confidential«, Sitzung am 27. 2. 1946, T.U.C., London.

193 Vgl. Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973², S. 146 ff.

194 Vgl. Dokument 3, im Anhang, S. 95 ff.

195 Schreiben vom 21. 9. 1945, T.U.C., London, 943/200.

196 Ebda.

197 Vgl. Dokumente 9 und 11, im Anhang, S. 113 und 117 f.

über die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland zu erhalten. Ein erstes Gespräch fand am 8. Oktober zwischen Tewson und Sir Frederick Leggett statt¹⁹⁸; ihm folgte ein vertrauliches Schreiben von Leggett am 16. Oktober, in dem dieser nicht nur auf die Schwierigkeiten im Kontrollrat, sondern auch auf den ganz dringenden Wunsch der Militärregierung hinwies, so schnell wie möglich mit der T. U. C.-Führung die Lage in der britischen Zone zu beraten, bevor möglicherweise internationale Gewerkschaftsgremien eingeschaltet würden¹⁹⁹.

Die Angelegenheit schien um so drängender, als die Franzosen, offensichtlich im Zusammenhang mit den Beratungen um ein gesamtdeutsches Gewerkschaftsgesetz²⁰⁰, einer internationalen Aktion den Vorzug gaben. Zu diesem Zweck hatten sie ohne Vorankündigung den Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes C. I. O. und stellvertretenden Präsidenten des WGB, Sidney Hillman, in einer, wie es Leggett empfand, »peculiar« und »embarrassing and undignified method« zu einer Sitzung der Direktoren der Manpower-Abteilungen des Kontrollrates eingeladen. Als Briten und Amerikaner daraufhin protestierten, wurde die Sitzung vertagt; Hillman wurde lediglich erlaubt, einige Bemerkungen über die Gewerkschaftskonferenz in Paris zu machen²⁰¹.

Am 17. Oktober erläuterte Arbeitsminister Isaacs in einem Schreiben an Citrine die Haltung der Regierung in dieser Frage. Darin wird deutlich, daß die Militärregierung in Deutschland in völliger Übereinstimmung mit der Labour-Regierung handelte. Die Regierung, so hieß es dort u. a., »attach importance to trade unions being formed by the spontaneous desire of workpeople concerned in particular industries and to the officials being elected by the members and not otherwise appointed«. Und unter Hinweis auf die bevorstehende Reise und die Erkenntnis, wie die ganze Angelegenheit behandelt werden müsse, hieß es, die Regierung sei außerdem der Meinung, »that only a movement in which the workers in the various industries will have a live interest and sense of individual responsibility will provide a sound and lasting democratic foundation«. Das »Hamburger Modell« wurde ausdrücklich erwähnt. Daß in den übrigen Gebieten der britischen Zone bisher nur wenig Fortschritt auf gewerkschaftlichem Gebiet erzielt worden war, wurde mit den besonderen Verhältnissen in Deutschland erklärt; die Deutschen hätten andere Dinge im Kopf; ein Hinweis auf die Probleme in der Nordrhein-Provinz oder Niedersachsen fehlte. Dafür hatte Isaacs eine Kopie der Bekanntmachung der Militärregierung vom 10. 9. 1945²⁰² beigelegt mit der Bemerkung, man müsse bei dieser Bekanntmachung natürlich bedenken, daß Versammlungen von mehr als nur einigen wenigen Personen normalerweise von der Militärregierung verboten würden²⁰³.

Schon am nächsten Tag bedankte sich Citrine bei Isaacs über die in dem Brief und in der Anlage enthaltenen Informationen; eine Entscheidung des Vorstandes werde in den nächsten Tagen fallen²⁰⁴.

Am 22. Oktober befaßte sich der T. U. C.-Ausschuß für Finanzen und allgemeine Angelegenheiten mit der Einladung. Ohne Aussprache wurde dem Vorstand empfohlen, eine

198 Vgl. Dokument 5, im Anhang, S. 100 f.

199 T. U. C., London, 943/200.

200 Vgl. hierzu oben, S. 58.

201 Vgl. Anm. 199.

202 Vgl. oben, S. 67.

203 Schreiben G. Isaacs, Minister of Labour and National Service, vom 17. 10. 1945 an Citrine, T. U. C., London, 943/200.

204 Schreiben vom 18. 10. 1945, ebda.

aus drei Mitgliedern bestehende Delegation nach Deutschland zu schicken²⁰⁵. Ein entsprechender Beschluß wurde am 24. 10. 1945 gefaßt, ebenfalls ohne Aussprache²⁰⁶. Ausgewählt wurden H. L. Bullock²⁰⁷, W. Lawther²⁰⁸ und J. Tanner²⁰⁹. Sie sollten begleitet werden von E. P. Harries²¹⁰ und Albert E. Carthy²¹¹; Citrine gehörte der Delegation nicht an, er war nicht verfügbar²¹².

Dies hing offensichtlich damit zusammen, daß er Anfang Oktober in Paris zum Präsidenten des Weltgewerkschaftsbundes gewählt worden war. In dieser Funktion unterrichtete er Außenminister Bevin am 29. Oktober über zwei in Paris gefaßte Beschlüsse des WGB: 1. war eine Kommission eingesetzt worden²¹³, die Deutschland besuchen sollte, um in allen vier Zonen die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und den Fortschritt bei der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse zu untersuchen, besonders im Hinblick auf die Entwicklung der Gewerkschaften; 2. war die Exekutive des WGB beauftragt worden, entsprechende Schritte zu unternehmen, um beim Alliierten Kontrollrat in beratender Funktion tätig werden zu können²¹⁴. Citrine bat Bevin um dessen Unterstützung, damit der Delegation jede Gelegenheit gegeben werde, ihre Aufgabe auch in der britischen Zone durchführen zu können²¹⁵.

Citrine hatte sich mit diesem Schreiben seiner Pflicht als Präsident des neugegründeten WGB erst drei Wochen nach Beendigung des WGB-Kongresses in Paris entledigt, zu einem Zeitpunkt, als bereits feststand, daß der T.U.C. als erster Gewerkschaftsverband eine Delegation nach Deutschland schicken würde.

Dennoch überraschte dieses Schreiben zunächst im Foreign Office insofern, als die WGB-Kommission als »bigger issue« angesehen wurde, als es die Bergarbeiter- und Transportarbeitergewerkschaften gewesen waren. Die Diskussion innerhalb des Foreign Office macht deutlich, daß in einem Punkt Einigkeit herrschte: Es wurde als »völlig inakzeptabel« betrachtet, dem WGB eine offizielle Beraterfunktion beim Kontrollrat zuzugestehen. Wenn überhaupt irgendeine Organisation eine solche Funktion übernehmen sollte, dann würde

205 Vgl. Minutes of Finance and General Purposes Committee, 22. 10. 1945, T.U.C., London, 943/911.

206 Vgl. Extract from Minutes of the General Council, 24. 10. 1945, ebda.

207 H. L. Bullock, 24. 1. 1885 bis 6. 9. 1967; seit 1917 Gewerkschaftsmitglied, 1929–1935 im Generalrat und Exekutivausschuß der National Union of General and Municipal Workers, im Vorstand für die Bauindustrie verantwortlich; 1937–1950 im T.U.C. General Council, Präsident 1949/50. – Er gehörte nicht etwa der Transportarbeitergewerkschaft an, wie Schmidt, S. 40, als erster behauptet hat und von ihm alle anderen Autoren, offensichtlich unbesehen, übernommen haben, z. B. Klein, S. 309; Borsdorf, in: Reulecke (Hrsg.), S. 407; Borsdorf, in: Vetter (Hrsg.), S. 50; Hartmann, S. 66.

208 Vgl. Anm. 155.

209 Jack Tanner, 28. 4. 1889 bis 3. 3. 1965; 1939–1954 Präsident der Amalgamated Engineering Union; 1943 Mitglied des T.U.C. General Council, 1953/54 Präsident, Commander of the British Empire 1954.

210 E. P. Harries, Leiter der Organisationsabteilung des T.U.C., gest. 1963.

211 Albert E. Carthy, Assistant, Internationale Abteilung des T.U.C.; 1957–1969 Sekretär der Sozialistischen Internationale.

212 Schreiben Lord Citrine vom 16. 8. 1976 an den Verfasser.

213 Mitglieder: S. Hillman (USA), M. P. Tarasov (UdSSR), L. Jouhaux (Frankreich), E. Kupers (Holland), Zapototsky (Tschechoslowakei), Sir Walter Citrine (Großbritannien).

214 Zu den Beschlüssen in Paris vgl. Gottfurcht, S. 180 ff., Bischoff, S. 70 ff., sowie »Report of the Commission of the World Federation of Trade Unions to investigate Conditions in Germany. Adopted by the Executive Bureau in Moscow, 17–20th June 1946«, S. 4 f., T.U.C., London, 943/912.

215 F.O. 371/46829/C 7636/156/18.

man auf britischer Seite mit Sicherheit die I.L.O. unterstützen²¹⁶. Im übrigen setzte sich dann die Meinung durch, die WGB-Kommission sei ein »zahmer Haufen«, dessen Besuch sogar von Vorteil sein könnte, insofern, als man Einzelheiten über die Entwicklung der Gewerkschaften in der sowjetischen Zone erfahren könne. Man sah jedoch keinen Grund, in dieser Frage, die alle vier Mächte betraf, die Initiative im Kontrollrat zu ergreifen.

Im Vordergrund stand nach wie vor die Reise des T.U.C., die ausdrücklich als »rein britische Angelegenheit« bezeichnet wurde; man war jetzt im Foreign Office »ganz wild« darauf, daß die Delegation ihre Reise antrat²¹⁷.

Die letzten Vorbereitungen für diese Reise wurden inzwischen mit Nachdruck betrieben. Am 31. Oktober unterrichtete Citrine Außenminister Bevin von der Entscheidung des T.U.C.-Vorstandes und der Möglichkeit, die Reise auf Polen, die Tschechoslowakei, Österreich und Italien auszudehnen. Entsprechende Einladungen der jeweiligen Gewerkschaftsorganisationen lagen vor²¹⁸. Dieser Vorschlag wurde von Bevin sofort aufgegriffen (»[...] is receiving urgent attention«)²¹⁹.

Am 6. November hatte die Militärregierung einen ersten Plan übermittelt, wie ihrer Meinung nach die Reise in der britischen Zone organisiert werden sollte: Ein Besuch in Hannover, wo Major Bramall einen Tag später die Einheitsgewerkschaft offiziell genehmigte, war nicht vorgesehen. Während der gesamten Reise sollten die britischen Gewerkschafter von Vertretern der Manpower-Abteilung unter Leitung von R. Luce begleitet werden. Besonders bemerkenswert ist jedoch, daß die Delegation erst am dritten Tag ihres Aufenthaltes in Deutschland – nach entsprechenden Gesprächen mit Offizieren der Militärregierung, die im Hauptquartier in Lübbecke stattfinden sollten – mit deutschen Gewerkschaftsvertretern in Düsseldorf zusammentreffen sollte²²⁰.

Soviel Vorsicht schien aber offensichtlich nicht mehr nötig, wie eine Besprechung am 12. November zwischen Vertretern der T.U.C.-Führung und dem ehemaligen Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Schevenels, und Hans Gottfurcht²²¹ deutlich machte. Gottfurcht, der von seiner ersten Deutschlandreise, die er nach dem Kriege unternommen hatte, zurückgekehrt war, sollte Gelegenheit gegeben werden, seine Eindrücke von der Situation in Deutschland wiederzugeben. Unverständlich bleibt, daß Gottfurcht erklärte, der Wunsch nach einer einzigen, alle Arbeiter umfassenden Gewerkschaft, also der Einheitsgewerkschaft, wie sie Böckler ja noch einmal am 4. November gefordert hatte, existiere nicht mehr. In einem anderen Punkt hatte er sicher recht: Mit Nachdruck hob er hervor, daß unbedingt darauf hingearbeitet werden müsse, demokratische Gewerkschaften aufzubauen, die auch funktionieren und Ergebnisse produzieren müßten. Wenn das nämlich noch weiter hinausgezögert werde, könne es geschehen, daß dem Modell der Überzentralisierung in der russischen Zone von den Gewerkschaftern in den westlichen Zonen nicht mehr widerstanden werden könne.

Bezeichnend war die Bemerkung, die E. P. Harris daraufhin machte. Er wies darauf hin, daß man die ganze Angelegenheit langsam angehen müsse (»we had to go slow over the job«).

216 Zur International Labour Organisation vgl. *Gottfurcht*, S. 56–61.

217 Vgl. die verschiedenen Aufzeichnungen und Anmerkungen vom 31. 10. 1945, 1., 2., 6. und 7. 11. 1945, F. O. 317/46829/C 7636/156/18.

218 Schreiben vom 31. 10. 1945, T.U.C., London, 943/911.

219 Schreiben Foreign Office vom 1. 11. 1945, ebda.

220 Vgl. Schreiben War Office vom 6. 11. 1945 an T.U.C., mit Anlage, ebda.

221 Hans *Gottfurcht*, geb. 1896; 1919–1933 Tätigkeit im Zentralverband der Angestellten; 1938 Flucht nach England, dort Leiter der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter und gleichzeitig Mitglied des T.U.C.-Vorstandes; britischer Delegierter beim WGB.

Der T.U.C. könne nicht mit *einer* Reise eine vollständige, funktionierende Gewerkschaftsbewegung aufbauen. Im übrigen, so notierte er am nächsten Tag, sei man nicht bereit, »to over-sentimentalise about the German people, whether Trade Unionists or otherwise«; er sei der Meinung, daß die Delegation und der Vorstand des T.U.C. »would feel that they would have to prove their worthiness before they were fully accredited as Trade Union representatives«²²².

Ähnlich muß wohl ein Gespräch verlaufen sein, zu dem Citrine die Mitglieder der Delegation wenige Tage vor ihrer Abreise eingeladen hatte und in dem die Probleme diskutiert wurden, mit denen sie auf ihrer Reise konfrontiert werden würden²²³. Jedenfalls ist von der »Herzenswärme«, die nach Aussage Böcklers auf der Konferenz in Düsseldorf am 23. November 1945²²⁴ »herüber und hinüber« flutete²²⁵, bei der Lektüre des Protokolls kaum etwas zu spüren²²⁶. Auf der anderen Seite wurde die ablehnende Haltung der britischen Gewerkschaften noch nicht so deutlich artikuliert, wie das dann einige Tage später geschah. Zwar wurde gleich zu Beginn von ihnen darauf hingewiesen, daß die gewünschte Einheitsgewerkschaft zu zentralistisch sei²²⁷, aber offensichtlich blieben die Ausführungen der deutschen Gewerkschafter, allen voran die Böcklers, doch nicht ganz ohne Eindruck auf sie. »Herzenswärme« kam jedoch erst in Hamburg auf²²⁸, wo Franz Spliedt im Sinne der Militärregierung die Gewerkschaftsbewegung organisiert hatte.

Sollten die Briten während ihrer Deutschland-Reise je in ihrer Meinung über deutsche Gewerkschafter schwankend geworden sein, so änderte sich das gründlich auf der letzten Station ihrer Reise, in Berlin²²⁹. Die Gewerkschaftsführer dort schlugen mit den Fäusten auf den Tisch und schrien wie SA-Leute – so empfanden es zumindest die Briten²³⁰.

Offensichtlich noch unter dem unmittelbaren Eindruck dieses Vorfalls verfaßten sie am 27. November in Berlin²³¹ den berühmt-berüchtigten Brief an Böckler, in dem sie sich der Haltung der Militärregierung anschlossen und mit aller Schärfe gegen die Einheitsgewerkschaft und für die Bildung einer kleinen Anzahl von Gewerkschaften, die die völlig selb-

222 Vgl. Protokoll von E. P. Harris vom 13. 11. 1945 über »German Trade Union Movement, Informal Conference, Transport House, S.W.1., November 12, 1945«, T.U.C., London, 943/200.

223 Das Gespräch, über das es keine Aufzeichnungen gibt, fand am 16. 11. 1945 statt; die Einladungen waren am 9. 11. 1945 ergangen. T.U.C., London, 943/911. Citrine war jedenfalls der Meinung, daß »Certainly I never thought at any time a one big union was either practicable or desirable«. Schreiben vom 16. 8. 1976 an den Verfasser.

224 Die Delegation war schon zwei Tage vorher in Deutschland eingetroffen. Die Angabe bei Borsdorf, in: Reulecke, S. 407, ist irreführend.

225 Zitiert nach Klein, S. 310.

226 Vgl. Dokument 6, im Anhang, S. 102 ff.

227 Ein Exemplar des Organisationsplans für die Einheitsgewerkschaft, das Böckler der Militärregierung mit Datum vom 10. 9. 1945 überreicht hatte, befindet sich in englischer Übersetzung bei den Akten des T.U.C.; auf der Rückseite hatte Citrine noch vor Beginn der Reise die Fragen notiert, die dann in Deutschland gestellt wurden: »1. How many T.U. members have you? 2. Is it not the first job to make members? 3. Is it not better to build from the bottom? 4. Is it not fatal to build from the top? 5. Have there been any consultation with each category of workers?« Ergänzend zwei Anmerkungen: »1. Agree that there should be no religious, racial or political divisions in the German T. U. movement. 2. In our view the suggested scheme does not give sufficient control by the rank and file members and has a tendency towards over-centralisation. It is built from the top instead of from the bottom up«. Vgl. T.U.C., London, 943/911.

228 Vgl. Dokument 8, im Anhang, S. 108 ff.

229 Die bei Klein, S. 310, angegebene Reiseroute ist inkorrekt.

230 Vgl. unten, S. 118, Anm. 306.

231 Die Angaben bei Hartmann, S. 67, sind nicht korrekt.

ständige Verantwortung für die betrieblichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder haben sollten, aussprachen²³².

Für die Tschechoslowakei und Österreich²³³ empfahlen sie dagegen nach ihrer Rückkehr nach London das genaue Gegenteil, nämlich die Einheitsgewerkschaft. In ihrem Bericht, der am 19. 12. 1945 vom Vorstand gebilligt wurde²³⁴, gaben sie die Gründe für diesen »scheinbaren Widerspruch« an: Wirkliche und effektive Demokratie hänge mehr von der Geisteshaltung und der Kraft eines Volkes als von Organisationsstrukturen ab. Persönliche Gespräche mit Gewerkschaftsführern hätten sie, was die Zukunft dieser Länder angehe, mit Zuversicht erfüllt. Diese Zuversicht könnten sie jedoch nicht auf Deutschland im Hinblick auf dessen Vergangenheit übertragen. Von den Leuten, die man dort getroffen habe, seien zwar die meisten überzeugte und mutige Gegner Hitlers gewesen und hätten für ihre Überzeugung Gefängnis und Exil erdulden müssen, aber, so fuhren sie fort, »we could not guarantee that this applied to all of the Trade Unionists they had recruited or to the officers who will subsequently come to the top in Germany«²³⁵.

Der Besuch der Briten zeigte die gewünschte Wirkung. Am 28. November 1945 trafen auf Einladung der Militärregierung der vorläufige Gewerkschaftsausschuß der Nordrhein-Provinz und je ein Vertreter aus den Kreisen (zusammen etwa 40 Personen) in Düsseldorf erneut mit den zuständigen britischen Offizieren zusammen²³⁶. Der Brief der T.U.C.-Delegation war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in den Händen Böcklers²³⁷, die Offiziere waren allerdings in der Lage – und das überraschte niemanden mehr –, »to indicate the nature of the advice«, was sie dann auch ausführlich taten. Danach sah die Versammlung keinen Sinn mehr darin, über den Plan Böcklers zu sprechen. Man war sich einig, daß dieser »Ratschlag« nicht ignoriert werden konnte, wollte es aber einer für den 7. Dezember einzu-berufenden repräsentativen Versammlung überlassen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen²³⁸. Auf dieser Konferenz, an der mehr als 100 Delegierte teilnahmen, fiel die Entscheidung gegen die Einheitsgewerkschaft; der Beschluß für das Industrieverbandsprinzip wurde einstimmig gefaßt. Wie Böckler dachte die Mehrheit der Delegierten: »Wir müssen endlich zur Anerkennung und zur Arbeit kommen. Wie können wir das erreichen? Es wird möglich sein, wenn wir unsere Pläne ändern. Das heißt, daß wir zunächst autonome Gewerkschaften aufzubauen haben, ohne unsere weitergehenden und zusammenfassenden Pläne aus den Augen zu verlieren«²³⁹.

Die Hoffnung, daß diese Pläne noch unter der Militärregierung zu verwirklichen waren, war Illusion. Die Grundsatzentscheidung war gefallen, die Einheitsgewerkschaft war nicht mehr zu realisieren. Der zuständige Offizier hatte denn auch die Delegierten noch einmal warnend auf die Gefahr möglicher Mißverständnisse bei der Zulassung von Gewerkschaft-

232 Vgl. Dokument 9, im Anhang, S. 113.

233 Außerdem wurde noch Italien besucht; Polen war aus dem Programm gestrichen worden.

234 Vgl. Extract from Minutes of the General Council, T.U.C., London, 943/911.

235 Vgl. »Trades Union Congress. Report of T.U.C. Delegation to Europe«. 10. 1. 1946. T.U.C., London, 943/911. Dort auch die Entwürfe für den Bericht, der wenig später als Broschüre verbreitet wurde.

236 Die Einladung zu diesem Termin war nach der Übergabe des Kompromißvorschlages von Böckler am 4. 11. 1945 (siehe oben, S. 69) erfolgt. Über diesen Plan – und nicht über den Rat der T.U.C.-Delegation! – sollte eigentlich am 28. 11. 1945 beraten werden.

237 Die Darstellung bei Schmidt, S. 41 und Hartmann, S. 68, ist nicht korrekt.

238 Vgl. »Note on the formation of Trade Unions in the North-Rhine Province«, vom 11. 12. 1945, T.U.C., London, 943/911 und Klein, S. 311.

239 Vgl. Die Bezirke des DGB, Sonderdruck aus: *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone*, S. 658.

ten für den Fall hingewiesen, daß die Entwicklung nun nicht im Sinne der Militärregierung verlaufen würde. Für den Leiter der zuständigen Manpower-Abteilung, Foulds, war die Auseinandersetzung um die Frage, wie die Gewerkschaften aufgebaut werden sollten, damit jedenfalls beendet. Unter völlig richtiger Einschätzung der Lage notierte er am 11. 12. 1945: »This file should now be regarded as closed«²⁴⁰.

Die Militärregierung konnte mit dem Besuch der T.U.C.-Delegation mehr als zufrieden sein, und die britischen Gewerkschafter waren überzeugt, einer »sehr nützlichen Sache« gedient zu haben²⁴¹. Die T.U.C.-Delegierten gingen in der Unterstützung der Militärregierung aber noch einen Schritt weiter. Am 18. Dezember erläuterte Harries Citrine, man habe zwar in dem Bericht über die Reise empfohlen, Gewerkschaftsdelegationen nach Deutschland zu schicken²⁴², »but this is more to break down the overcentralised block in the Ruhr«²⁴³ – nicht etwa zur Unterstützung der dortigen Gewerkschafter. Der Leiter der Manpower-Abteilung in Deutschland, Luce, war sogar so von der Haltung des T.U.C. beeindruckt, daß er bei der Ausarbeitung eines »Trade Union paper started on the right lines« nun nicht mehr auf dessen Mitarbeit verzichten wollte. Er bat darum, Herbert Tracey als Berater nach Hamburg zu schicken²⁴⁴.

Im Zusammenhang mit der Wertung der T.U.C.-Mission ist eine heftige Kontroverse zwischen Gerhard Beier und Jürgen Klein entbrannt²⁴⁵. Im wesentlichen geht es darum, ob Böckler und seine Freunde gezwungen wurden, von ihrer Konzeption abzugehen, und ob die Reise der Briten als »antikommunistischer Eingriff« geplant war. Zum ersten ist zu sagen, daß Vertreter der britischen Gewerkschaften auch heute noch darauf bestehen, daß die T.U.C.-Delegation lediglich einen Ratschlag erteilt habe²⁴⁶. Tatsächlich handelte es sich jedoch um einen Rat, der auf deutscher Seite nicht abgelehnt werden konnte, wollte man nicht alles aufs Spiel setzen. Eine Alternative gab es jedenfalls nicht. Zum zweiten ist festzustellen, daß die Mission zweifelsohne aus der Sicht der Militärregierung auch als ein solcher Eingriff gedacht war. Neben dem mehrfach bezeugten Antikommunismus der Militärregierung spielten allerdings auch die übrigen oben genannten Gründe eine erhebliche Rolle bei der Ablehnung der Einheitsgewerkschaft, die sich wiederum die britischen Gewerkschafter zu eigen machten. Das antikommunistische Kalkül wird dabei lediglich einmal von Citrine angedeutet; auf die potentielle Gefahr ist allerdings von Tewson hingewiesen worden²⁴⁷; sie wird später jedoch nicht mehr erwähnt. Bemerkenswert ist bei der gesamten Mission das Maß an Übereinstimmung zwischen T.U.C.-Delegation und Militärregierung bei der Beurteilung der Situation in der britischen Zone.

Erstaunen wurde darüber auch im Foreign Office geäußert. In einer Stellungnahme zu dem Brief an Böckler meinte ein Referent, er sei nicht sehr davon überzeugt, daß der T.U.C. mit den Problemen der deutschen Arbeiter besonders vertraut sei; falls er es doch sei, habe er diese Tatsache erfolgreich verborgen. Mit seinen Ansichten scheine er die offiziellen Vor-

240 »Note on the formation of Trade Unions in the North-Rhine Province« vom 11. 12. 1945, T.U.C., London, 943/911.

241 Citrine am 29. 1. 1946 an Minister Lawson, T.U.C., London, 943/911.

242 Vgl. Anm. 235, Report.

243 T.U.C., London, 943/911.

244 Ebda. Ob Tracey nach Hamburg ging und um welches paper, dessen Abfassung als dringlich bezeichnet wurde, es sich handelte, konnte nicht festgestellt werden.

245 Vgl. die Rezension von Beier, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz 10, 1974, S. 263 und die Erwiderung von Klein, ebda. 11, 1975, S. 141–143.

246 So Sir Vincent Tewson am 26. 7. 1976 zum Verfasser.

247 Vgl. oben, S. 78. Wäre es dominierend gewesen, hätten sie sich wohl kaum für die Einheitsgewerkschaft in Österreich und der Tschechoslowakei ausgesprochen.

stellungen der Militärbehörden widerzuspiegeln; sie zeigten keine besondere Originalität. »Was mich überrascht«, so fuhr er fort, »ist die Tatsache, daß diese T. U. C.-Delegation an keiner Stelle darauf hinweist, daß es in einem besetzten Land selbstverständlich keine wirklich gesunde Gewerkschaftsbewegung geben kann; ob eine solche Bewegung auf lokaler oder zentralistischer Basis aufgebaut wird, ist dabei vergleichsweise irrelevant«, was einen anderen Referenten zu der Bemerkung veranlaßte, er sei weniger überrascht – und im ganzen erleichtert –, daß die T. U. C.-Delegation »refrained from telling the truth«, und zwar in einer so deutlichen Art und Weise, wie das in der oben genannten Stellungnahme geschehen sei²⁴⁸.

Daß nicht alles gesagt worden war, was hätte gesagt werden müssen, war offensichtlich auch die Meinung Albin Karls. In einem vehementen Protestschreiben an Bullock, Tanner und Lawther versuchte er am 17. Dezember 1945, für die Idee der Einheitsgewerkschaft zu retten, was zu retten war. Aber es war zu spät. Sein Schreiben wurde Anfang Januar 1946 in unmißverständlicher Form beantwortet²⁴⁹.

Die Entwicklung gab auch hier der Militärregierung recht. Sie hatte schon am 17. 12. 1945 nach London berichtet, Karl und seine Freunde in der Provinz Hannover »will now find themselves out of step with developments«²⁵⁰. Was auf deutscher Seite folgte, waren lediglich Rückzugsgefechte. In den folgenden Monaten sollte sich das »Hamburger Modell« der Einzelgewerkschaften in der gesamten britischen Zone durchsetzen, wobei sich die Hamburger Gewerkschaften unter Führung von Franz Spliedt des besonderen Wohlwollens der Militärregierung erfreuten²⁵¹.

V. SCHLUSSBETRACHTUNG

Die weitere Entwicklung ist in Umrissen bekannt; als im April 1946 die Briten ihren 3-Phasen-Plan veröffentlichten, waren auch räteförmige Organisationen, wie sie von Arbeitern in Betrieben und Städten 1945 gebildet worden waren, längst abgewürgt worden²⁵². Das am 10. April 1946 verkündete Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrates²⁵³ fiel sogar hinter Positionen des Jahres 1920 zurück. Erst ein Jahr später, 1947, kam es zum Zusammenschluß der Gewerkschaften in der britischen Zone; wirkungsvolle Unterstützung blieb sowohl vom T. U. C. als auch vom Weltgewerkschaftsbund aus; und erst zwei Jahre später, 1949, kam es zum Zusammenschluß auf westzonaler Ebene, wurde der DGB gegründet. Inzwischen waren die Interzonenkonferenzen gescheitert und die Einzelgewerkschaften in die Front des Kalten Krieges eingerückt, der WGB auseinandergefallen und ein Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet, das in wichtigen Bereichen gewerkschaftliche Vorstellungen unberücksichtigt ließ.

248 Vgl. Vermerke vom 11. 12. 1945, F.O. 371/46829/C 9275/156/18.

249 Vgl. Klein, S. 312 f., und Dokumente 10 und 11, im Anhang, S. 114 ff. und 117 f.

250 »Subject: Fortnight Technical Report«. Hervorhebungen i. O. Foreign Office; F.O. 371/46829/C 10086/156/18.

251 So erhielten diese als erste und einzige am 7. 2. 1946 die Genehmigung zur Herausgabe einer Gewerkschaftszeitung (»Die Gewerkschaft«), der mit einer Startauflage von 25 000 Exemplaren überragende Bedeutung zukam. Vgl. die Rede, die Luce bei der Übergabe der Lizenz hielt und die ausdrücklich von der Wochenschau gefilmt wurde. F.O. 371/55506/C 2877/51/18.

252 Vgl. Arbeiterinitiative 1945, passim.

253 Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, S. 133 ff.

Am Ende der Entwicklung stand eine für die (west-)deutsche Gewerkschaftsbewegung negative Bilanz. Auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB der britischen Zone im Juni 1948 in Recklinghausen formulierte dies Hans vom Hoff (Vorstandsbeisitzer) in seinem Referat über Organisationsprobleme folgendermaßen: »Wir haben nach dem Zusammenbruch 1945 geglaubt, daß wir bald unsere ganze Kraft zum Aufbau der Gewerkschaften entfalten könnten. Aber wir alten Gewerkschaftsfunktionäre sind erheblich enttäuscht worden. In Rundfunksendungen wurde zwar wiederholt davon gesprochen, die Gewerkschaftsbewegung solle gefördert werden, aber als wir uns nach dem Zusammenbruch in den ersten Monaten zur Verfügung stellten, wurde uns meist nur die kalte Schulter gezeigt [...]. Der Wille zur sofortigen Aktivität wurde erheblich gehemmt. Wenn wir heute noch unter organisatorischen Schwierigkeiten der verschiedensten Art zu leiden haben, dann hat das seine Ursache darin, daß wir damals nicht arbeiten konnten, wie wir gewollt hatten und wie es auch notwendig gewesen wäre. (Zurufe: Sehr richtig)«²⁵⁴.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

1. Die Mehrheit der deutschen Gewerkschaftsführer und Arbeiter wollte zweifelsohne, daß der Neuaufbau der Gewerkschaften nach Kriegsende anders verlaufen sollte, als es dann tatsächlich geschah; anders, d. h. schneller und in einer Organisationsform, in der durch die »Zusammenfassung aller Kräfte« die Gewerkschaften zu einer wirklichen politischen Macht hätten werden können.
2. Für die Briten (Militärregierung, Labour-Regierung in London, T. U. C.) standen – aufgrund der historischen Erfahrungen verständlich – das Sicherheitsmoment und die Überlegung im Vordergrund, den Deutschen eine wirkungsvolle Lektion in Demokratie zu erteilen. Eine Einheitsgewerkschaft entsprach nicht dem britischen Verständnis vom Neuaufbau demokratischer Institutionen in Deutschland – ganz abgesehen von den potentiellen Gefahren, die eine solche Lösung implizierte (Übernahme durch Kommunisten, revolutionäre, unkontrollierbare Massenbewegung). Die Gründung von Gewerkschaften, die für Teile der Militärregierung »finstere Mächte« waren, wurde daher verzögert. Das Stichwort für den demokratischen Neuaufbau lautete dabei »from the bottom up«; von den Deutschlandplanern im Kern zweifellos richtig und wohlwollend gemeint, wurde es bald zum Alibi für restriktive Politik in Deutschland, zum »much repeated parrot-cry«, wie im Dezember 1945 einmal kritisch im Foreign Office angemerkt wurde²⁵⁵. Vom Fehlen einer »konsistenten gesellschaftlichen Konzeption« bei den Briten, wie Borsdorf meint²⁵⁶, kann man aber nur sprechen, wenn damit die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gemeint ist. Das aber war zu keinem Zeitpunkt Ziel britischer Deutschlandpolitik. Beim Aufbau demokratischer Gewerkschaften entsprechend ihren Vorstellungen waren die Briten jedenfalls außerordentlich erfolgreich: Das bestehende Gewerkschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland geht nicht zuletzt auf die Durchsetzung eben dieser Vorstellungen zurück.
3. Die britische Regierung betrieb in Potsdam eine Politik der Illusion. Fragen, die hätten gestellt werden müssen, wurden nicht gestellt, um Deutschland und der Welt das Bild von der Einigkeit der Alliierten vorzugaukeln.
4. Wachsendes Mißtrauen gegenüber den Sowjets wurde mit dem Entwurf eines Gesetzes

254 Protokoll des 1. außerordentlichen Bundeskongresses des DGB, britische Zone, vom 16. bis 18. Juni 1948 in Recklinghausen, Köln o. J., S. 88.

255 Aktennotiz vom 12. 12. 1945, F.O. 371/46910/C 9380/2069/18.

256 Vgl. Borsdorf (Anm. 1), S. 412.

betr. Bildung einer gesamtdeutschen Gewerkschaft beantwortet. Diese Gewerkschaft, der die Funktion einer gesamtdeutschen Klammer hätte zukommen können, scheiterte nicht an den Sowjets, sondern am Veto Frankreichs, das auch die Bildung gesamtdeutscher Verwaltungsstellen – wie im Potsdamer Abkommen vorgesehen – verhinderte.

5. Die britischen Gewerkschaften betrachteten einen Teil der neuen Führer der deutschen Arbeiterbewegung, die die alten Führer waren, mit Mißtrauen. Sie entwickelten kein eigenes Konzept für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften. Sie stellten sich dennoch vollständig in den Dienst der Militärregierung, als es darum ging, den deutschen Gewerkschaften einen Organisationsstreit aufzuzwingen, der diese dann über Monate und Jahre in ihrer Arbeit lähmte.

6. Die Niederlage der deutschen Gewerkschaften in der Frage der Organisation, für die allerdings neben der Besatzungsmacht auch deutsche Gewerkschafter Verantwortung tragen, war nicht nur ein Teil der gesamten politischen Niederlage, die sie, gemessen an ihren Neuordnungsvorstellungen im Jahre 1945 hinsichtlich Mitbestimmung, Bodenreform, Sozialisierung der Grundstoffindustrien, Banken und Versicherungen, hinnehmen mußten. Sie trug auch erheblich zu dieser Gesamtniederlage bei. Der Grundstein für diese Entwicklung wurde 1945/46 gelegt.

Angesichts der Situation nach Kriegsende waren deutsche Unternehmer bereit, die Gewerkschaften in umfassender Weise beim Neuaufbau der Wirtschaft als gleichgewichtigen Partner zu akzeptieren²⁵⁷. Diese Chance konnte nicht genutzt werden; sie sollte sich in dieser Form in späterer Zeit nicht mehr wiederholen. Der ehemals dem linken Gewerkschaftsflügel angehörende Pirker erhebt in diesem Zusammenhang den Vorwurf, die deutschen Gewerkschaften hätten es nach 1945 nicht verstanden, den »machtfreien Raum« in den Industriebetrieben auszufüllen. Er sieht im Fehlen eines politischen Programms mit dem Betrieb als Mittelpunkt den Anfang vom Ende, den Beginn des Scheiterns, die »Erbsünde der deutschen Arbeiterbewegung« nach dem Krieg²⁵⁸.

Dieser »historisch wohl schwerwiegendste Vorwurf«²⁵⁹ geht jedoch in dieser pauschalen Form ins Leere, da Pirker eine Prämisse nicht genügend berücksichtigt. Im Vergleich etwa zur Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg wird der entscheidende Sachverhalt übersehen, daß nämlich das Deutschland von 1918/19 nicht mit dem von 1945/46 zu vergleichen ist. Innere und äußere Bedingungen waren von völlig anderer Qualität. Zum einen war 1945/46 der Wille der Besatzungsmacht Gesetz, zum anderen konnte in der Gewerkschaftsbewegung der zweite Schritt nicht vor dem ersten getan werden. In der konkreten politischen Nachkriegssituation konnte das nur heißen, daß der organisatorische Neuaufbau der erste Schritt sein mußte. Die schon dabei auftretenden Schwierigkeiten ließen nicht auf die Realisierung eines politischen Programms hoffen, das den Intentionen der Besatzungsmacht nicht entsprochen hätte.

Die Verzögerung beim Neuaufbau führte dazu, daß Neuordnungsvorstellungen erst in der zweiten Phase ernsthaft zur Debatte stehen konnten, zu einem Zeitpunkt, als der Restaurationsprozeß bereits weit fortgeschritten war.

Als 1950 die Beseitigung des Mitbestimmungsrechts in der Montanindustrie drohte, wies Böckler – nunmehr Vorsitzender des DGB – in einer ganz vertraulichen Sitzung der DGB-

257 Vgl. etwa die Entwicklung bei Krupp oder z. B. das 12 Seiten umfassende Memorandum von H. G. Sohl »Ideas on the Economic Situation«, das am 10. 11. 1945 der Militärregierung überreicht wurde. Abschrift in T.U.C., London, 943/911.

258 Pirker, S. 117.

259 So Kleßmann/Friedmann, S. 35.

Führung noch einmal auf diesen Zusammenhang hin: Die Gewerkschaften, so meinte er, seien sich darüber im klaren, »daß wir heute einen Teil dessen nachholen, was 1945 in anderer Form geschehen wäre, wenn uns die Besatzungsmächte nicht daran gehindert hätten«, und er fügte hinzu, »wir sind bestrebt, das auf evolutionärem Weg nachzuholen, was 1945 zweifellos auf revolutionärem Weg erreicht worden wäre«²⁶⁰ – was wiederum zu bezweifeln wäre, denn für den Neuaufbau in Deutschland nach 1945 galt jene Rahmenbedingung, die ebenso treffend wie knapp in der Antwort eines Majors der Militärregierung im Ruhrgebiet zum Ausdruck kommt, mit der dieser am 15. 4. 1945 die Zechenvertreter der Gelsenkirchener Bergwerks-AG beschieden hatte: »Revolution wird nicht geduldet«²⁶¹.

260 Schmidt, S. 184.

261 Zit. in: *Arbeiterinitiative 1945*, S. 301.

Dokumentenanhang

Nr. 1 Entwurf für ein gesamtdeutsches Gewerkschaftsgesetz, Oktober/November 1945²⁶²

RESTRICTED

APPENDIX B
to CONL/P (45) 47

Allied Control Authority

Control Council

Law No. . . .

Formation, Control and Functions of Trade Unions

1. The formation of free trade unions is permitted and encouraged within the whole of Germany. With the consent of Military Government, Trade Unions will be permitted at a local level and allowed to federate and amalgamate in larger organisations.

2. The formation of Trade Unions shall be a process of democratic self-expression and initiative, proceeding from the basic levels – that is, from the workers themselves. All Trade Union Committees²⁶³ must be elected by the workers concerned by secret ballot and democratic methods.

3. It shall be the responsibility of the German Trade Unions to ensure that all officials have been elected²⁶⁴ at regular stated intervals and all their activities shall be democratically conducted.

4. No person who has been an official of the Deutsche Arbeits-Front or more than a nominal member of the Nazi Party or who is a Nazi sympathiser or militarist will be permitted to hold office.

5. Allied authorities will take no measures that will unnecessarily hamper the growth of free trade unions. They will not interfere with trade unions so long as their activities, including the holding of meetings, are not directed against the Allied authorities or their measures of control²⁶⁵, and so long as they do not produce disorder or in any other way threaten the security of the occupying forces or the accomplishments of the objects of the occupation.

6. Trade Unions may act collectively for the well-being of their members in professional, economic or social matters²⁶⁶.

In particular, trade unions may:

- (i) Assist Military Government in de-Nazification and the elimination of militarism.
- (ii) Promote education in democracy.
- (iii) Co-operate with Military Government and German authorities in the reconstruction and development of a peaceful German economy.
- (iv) Co-operate in the execution of Allied policy regarding the elimination of monopolistic practices and cartels.

262 Public Record Office, London, Foreign Office 371/46829/C 8006/156/18.

263 Im Entwurf: »Trade Union organising Committees [...]«.

264 Im Entwurf: »[have] been democratically elected [...]«.

265 Im Entwurf: »[...] or detrimental to their control [...]«.

266 Im Entwurf folgte: »[...] matters, provided that they do not transgress any law or order which forbids such action«.

- (v) Negotiate with employers or employers' associations concerning wages, hours and labour conditions consistent with Allied policies. Any agreement reached on wages must be approved by the competent German Wage Control Authority.

RESTRICTED

**Nr. 2 Vereinbarung zwischen Großbritannien, Frankreich und den USA
v. 5. 7. 1945 betr. den Aufbau von Gewerkschaften**²⁶⁷

Subject: *Policy for the Formation of Trade Unions in the British Zone*

21 AGp/32089/CA/Mil Gov

5 Jul 45.

INTRODUCTION

1. This instruction gives a broad policy on the formation of Trade Unions in the British zone and has been drawn up with the agreement of both the Americans and the French. Further details to amplify this instruction, dealing with the election of officials and representatives, will follow in due course.

General Factors

2. It is Allied Policy to create conditions in which Trade Unions and Employers' Federations can develop on democratic lines and ultimately enjoy their full powers and privileges, so long as the pursuit of this policy does not interfere with the maintenance of law and order or become a threat to security of the occupying forces.

Action to be taken by Military Government Officers

3. Negotiations on working conditions, other than the adjustment of wages and hours of work, by free discussion between workers and employers inside individual establishments are to be permitted and meetings of workpeople, for the purpose of electing representatives and spokesmen, are to be allowed.
Military Government officers will only have a general interest in these negotiations, except where a stoppage of work is threatened.
4. Parallel with action under (3) above, Military Government officers will have to deal with applications to form Trade Unions. The following paragraphs lay down the action to be taken:—
 - (a) *Application to form a Trade Union* – Persons applying for permission to hold a meeting with the object of forming a Trade Union should complete the questionnaire attached (Appendix A).
 - (b) *Permission to hold a first meeting* –
Permission should be granted provided:—
 - (i) The object of the meeting is to form a bona fide Trade Union having as its object purely industrial and *not* political or other activities.
 - (ii) That the questionnaire and Fragebogen have been completed and vetted by C. I.
 - (iii) That the sponsors are informed that Military Government may elect to have a representative attend the meeting and that the proceedings of the meeting shall be duly recorded and submitted for approval by Military Government.

²⁶⁷ Industrial Relations Directive No 1. Public Record Office, London, LAB 13/165.

5. *Permission to establish a Trade Union and to hold subsequent meetings*

Military Government will examine the proceedings of the inaugural meeting and if these proceedings do not contravene Military Government Policy permission shall be granted in writing to form a Trade Union on the form set out in Appendix B. Appendix B will NOT repeat NOT be issued until the application has been vetted by this HQ.

6. *Safeguards*

- (a) The continuing duty of Military Government officers will be to supervise effectively the operation of all Trade Unions in their area.
- (b) When it would appear that a Trade Union has transgressed or is about to transgress Military Government provisions, except when such action would appear to be a deliberate attempt to undermine the authority of Military Government, the officials and Committee should be summoned and a grave warning given. If the position is not rectified within a reasonable time the Trade Union will be broken up and notices published declaring the action taken and the reasons for having taken such action.
- (c) Industrial relations and the rebirth of Free Trade Unions in particular are matters of great importance to the long term effects of occupation. At the same time the field is one of the greatest delicacy where the most careful handling of problems, particularly in the early phases, is essential. Officers will not hesitate to use technical channels to this HQ, where the services of staff with long specialised experience on this work will be freely available. In applying for assistance no special report form is to be used, but as much information as is available should be supplied with the application.

7. *Wages Policy and Action on Industrial Disputes*

The section to be taken in dealing with wages problems in the interim period is set out in para[graph]s 96–8 of the Technical Manual for Labour Officers. Corp District will, however, keep this HQ informed of any situation or pressure which would appear to indicate the necessity for modification of this policy.

Instructions on the action to be taken in the event of industrial disputes is set out in para[graph]s 109–115 of the Technical Manual. This procedure remains in force.

(Galloway)
Major-General
Chief of Staff
21 Army Group

Appendix A

APPLICATION TO HOLD A MEETING WITH THE OBJECT OF FORMING A TRADE UNION

Name of city where application is filed, Mil. Gov. Det., Names and addresses of sponsors (attached completed Fragebogen, including details of former political and economic associations).

Names and addresses of principal speakers (attached completed Fragebogen, etc.).

Place of meeting.

Date and time of meeting.

Number and description of persons to be invited (showing plants, crafts or industries).

Are the persons attending the meeting elected representatives of a group or groups of workpeople?

If so, give details of groups and how they were elected.
State, item by item, the business proposed to be transacted.

NOTICE

Sponsors of meeting should note:

- (a) that permission to hold a meeting will *not* be granted if any of its objects transgresses Allied Military Law or the proclaimed object of Allied Occupation.
- (b) Failure to restrict the business of the meeting to that stated in the application will not be tolerated.
- (c) Permission given by Military Government to hold meetings for the purpose or in connection with the organisation of Trade Unions confers no right on that organisation to enter into collective agreements with employers concerning wages or hours of work until and except by permission of Military Government.
- (d) Political activity of any kind is forbidden.
- (e) Allied Military Government retains the right to attend all or any meeting.
- (f) In all cases a full report of the meeting, which will in particular contain the proposed programme, constitution, the names of duly elected officers and committee and the method of election, must be rendered to Military Government.

Appendix B

PERMISSION TO FORM A TRADE UNION

The organisation, details of which are given below, is permitted to organise, function and to hold meetings so long as the conditions stated below are faithfully fulfilled.

Name of Trade Union.

Classes of workers to whom membership is open.

Areas in which the organisation will operate.

Names and addresses of officers and committee.

Address of any HQ, offices or meeting place.

Conditions under which this permission is given:

1. No alteration to any area, class of workers, objects, or name of the Trade Union shall be made without specific permission being attained from Military Government. All changes in officials or membership of the Committee shall be forthwith reported to Military Government.
2. The Executive Committee and all officials of each Trade Union shall be elected by Free Vote of the members.
3. Military Government shall be notified of all meetings of the Committee and general meetings of the members. Lists of members shall be open for inspection by Military Government at all times. Proper records shall be kept of all business transacted and all contributions, levies and disbursements of funds.
4. Before this permission is made effective, Fragebogen shall be completed and cleared with CI/CIC on all officials and members of the Committee.

**Nr. 3 Schreiben Major E. A. Bramalls, Hannover, an H. Tracey, T.U.C.,
London, vom 15. September 1945²⁶⁸**

Major E. A. Bramall
229/305 (P) Det Mil Gov
Hanover Region
B.A.O.R.
15 September, 1945

Dear Mr. Tracey,

Having been here for three weeks now I felt I might send you a few lines, as you suggested that I should do, with regard to the T.U. position here. Necessarily my conclusions must be based on just the evidence which I have been able to glean during that short period and in the area for which I am responsible. I am, however, in rather a better position than I was before to obtain details on this question, because I am now at a Provincial detachment where I specialise entirely in Industrial Relations.

Our area is that of Hanover Province and the States of Oldenburg and Brunswick. The population is about 5 million and the area about half that of England without Wales. It is mainly an agricultural area, but there is a very mixed selection of industries, mainly centred on the important industrial towns of Hanover, Brunswick and Osnabruck. In addition there are the four seaport towns of Wilhelmshaven, Wesermunde, Emden and Cuxhaven.

The most striking thing about the position when I arrived here was that no progress had been made in the Trade Union question since I left at the end of May²⁶⁹. At that time we had been told that Trade Unions could be started, although a temporary restriction was imposed that organisation could not extend beyond the individual factory or work-place. During my absence it appears that the powers that be had taken fright even at these modest beginnings, because throughout the months of June and July officers had been instructed to permit no Unions to start and to disband any organisations which already existed. There is no doubt that during this time many intending organisers of Unions were, to say the least of it, severely discouraged by officers with no knowledge of Trade Unionism, but plenty of prejudice. Among the other amazing suggestions that was made in this period of chaos was that former T.U. leaders would not be allowed to take any part in organising the new Unions!

The basic cause of all this indecision was an insistence on an impossible degree of 'impetus from below'. The fact of the matter is that the leaders of the old Trade Unions, Social Democratic, Christian and Independent alike, have not been entirely wasting their time during the Nazi period. In particular they had decided that the basic cause of their pitiful weakness when it came to the test in 1933 was their division. They had been divided by politics and religion. They had been divided between industries. They had been divided between crafts and they had been divided between grades – manual workers, black coated workers and officials. In all there were in 1933 some 170 different Unions. They were therefore determined that this time they were going to make unity not merely an aim but a guiding principle from the start.

This policy, which is the cardinal principle of all those with experience in the German Trade Union movement, meets in the mass of the workers very great interest, but equally

²⁶⁸ T.U.C., London, 943/911.

²⁶⁹ Bramall war nach England zurückgekehrt, um am Wahlkampf teilzunehmen; 1946 wurde er Mitglied des Unterhauses. Vgl. auch Anm. 120.

little knowledge. The older workers only know that the old Unions of before 1933 didn't fill the bill and failed to stand up to the Nazis. The younger workers know absolutely nothing of Trade Unionism. It is therefore very natural that there is a general tendency to accept the policy of those who have thought about the matter, who have the experience and who have, in addition, in many cases, given proof of their adherence to democratic and Trade Union principles by serving terms of imprisonment and concentration camp under the Nazis.

The reaction of the British authorities to this is to say that it is domination from above and undemocratic. This objection is bound to recur because the proposal of the present German Trade Union leadership is for nothing less than one united Trade Union embracing all workers, employees and officials. The fact remains, however, that this policy is so firmly held that no responsible German will be found to organise a Union on any other lines. The opposition of the Army authorities also undoubtedly springs from exactly that reason which promotes the support of the Trade Unionists, that the united organisation, if it is at all successful, will be an enormously powerful force in the country.

The position at the moment is, however, that Trade Unions may once more be formed. In order to safeguard the democratic basis of the Unions a complicated and lengthy procedure has been laid down for their formation. Before an inaugural meeting can be held application must be made on a prescribed form to the local military government, together with a completed personal questionnaire for each speaker and sponsor of the meeting. When the meeting has been held a report has to be forwarded to military government. Sufficient meetings have to be held to cover a reasonable proportion of all the workers whom it is proposed to organise in the particular Union. When these have been held an application to form the Union has to be forwarded to military government. Within military government the application has to be forwarded through three successive levels up to the Control Commission itself. Only the Control Commission (British Element) can give permission for a Union to be formed.

It is only fair to state that these suspicions and complications are not due to the people who run the Industrial Relations section of the Control Commission. They are drawn from the conciliation staff of the Ministry of Labour and naturally have both knowledge of and sympathy with Trade Union movement. Their hands are, however, tied by the higher direction which rests mainly in the hands of the regular military element who regard Trade Unions as a sinister force²⁷⁰.

As regards the practical application of this policy I can only speak for our own Region. This Region does not contain any coal mines and is therefore not representative of other Regions where this is the main industry. Apart from this the industry here is very mixed and all classes of workers are represented.

In Hanover a Committee of former Trade Union leaders has been set up for the reconstitution of the Trade Unions. This Committee is very wide and representative. The most preponderant element is, naturally, that of the old ›Free‹ Social Democratic Unions, but it also has Communists, Catholics, representatives of the Independent Unions and officials on it. A conference²⁷¹ called by this Committee recommended unanimously the establish-

270 Balfour, S. 364, weist dagegen mit Nachdruck darauf hin, daß der Widerstand aus der vorwiegend mit Beamten des Arbeitsministeriums besetzten Manpower-Abteilung kam.

271 Bramall meint wahrscheinlich die Versammlung im Capitol am 24. 5. 1945. Vgl. Hartmann, S. 23 ff.

ment of a single Union, free from political, religious or racial tendencies, and open to all grades of workers by hand and brain, except those who had held active positions in the Nazi Party or its subsidiaries. The basic unit of this Union is to be the local branch for a town or wider area. Within this branch are to be up to 15 Industrial groups, where necessary divided into occupational sub-groups. The branch will deal with matters of common interest, i. e. finance, public relations, politics (in the widest sense of the term) and education. The groups will deal with all the purely industrial questions of wages, hours, conditions, apprenticeship etc. This dual organisation will be reproduced at Regional, Zone and, eventually, at national level. At each level as well as the general Congress, with its elected Committee and Officials, there will be Group Congresses, Committees and officials. It will in fact be a Federation of Industrial Unions, compared with the Confederation constituted by our T. U. C.

Action has been taken to put this programme into effect in about half a dozen centres in this Region. In Brunswick the movement was effectively stamped on in the period of indecision, but is expected to revive soon. The greatest progress has been made in Osnabrück. There seven meetings were held to inaugurate the five industrial groups which it is at present proposed to start in that town. The amount of interest shown will be judged by the fact that about 3,300 workers attended these seven meetings. At every one the plan for a United Union was approved. In Hanover the full 15 groups are to be formed and there is a programme of 30 meetings. At those held so far attendance have ranged from 500 to 1500. At every meeting ballot papers are issued on which the workers have the opportunity to vote a) for the type of Union they desire – General, Industrial, Craft or Company – and b) for a delegate to the final founding Committee. At no meeting have there been more than about 30 votes for any type of Union other than the general Union. I have attended the majority of them. The level of discussion varies greatly. In the heavier industries there is usually very little discussion. Among the more skilled trades, such as the Printers, it is lively. The general impression is of interest and willingness to accept guidance, rather than enthusiasm.

So far no Unions have officially come into existence. I have applied for one and am awaiting the result. There will undoubtedly be considerable opposition to allowing this large general Union to come into existence. It will probably take the form of preventing any amalgamation between the local branches. Whether such a wider organisation is wise from the point of view of the Trade Unionists is one question, but there can be no doubt in the minds of anyone who has attended these meetings that it is what the workers want. Any other form of organisation would be an artificial creation of the British authorities.

One interesting point is that while the Trade Unions have been theoretically non-existent they have in fact been carrying on, through the temporary Committee, their normal functions and have, in fact, saved a lot of trouble to military government by negotiating with a similar 'non-existent employers' organisation on such difficult questions as the purging of Nazis from the factories and the heavy redundancy of office and supervisory staffs in factories which were carrying on during the war with inflated labour forces of foreign workers.

An even more striking difference between theory and practice arises in the field of Works Councils. These are an essential part of German industrial life. The Nazis replaced them by hand-picked 'Councils of Trusted Men', which were totally unrepresentative, but at least fulfilled the function of contact between employers and workers. With the occupa-

tion in April Works Councils were elected everywhere in, as far as can be ascertained, a perfectly regular manner. In early June; however, these were all suspended until someone could decide whether they could exist and what they could be called as – it was stated – the term ›Betriebsrat‹ (Works Council) had an ›unpleasant connotation in some quarters‹. It was not, apparently, realised that this situation of no form of workers' representation was one which had never occurred, at least since 1918. Employers were as dependent as workers on the existence of some form of contact organisation and, therefore, the suspended councils merely elected one or two spokesmen who performed their functions and reported back by personal contact rather than by formal meetings. Permission has now been given to elect Councils. The notices are still on their laborious way to the factories. The procedure approved involves a miniature parliamentary election complete with nomination by eight sponsors, election of a returning officer, division of the factory into constituencies and a number of other purely English practices. The only serious flaw in the procedure is that a six months service qualification is required to vote. As about 80 % of workers in some works were foreigners up to the occupation and as their place are steadily being taken by demobilised soldiers, some 50 % of the workers are being disenfranchised by this means.

I don't know whether any of your people know our chief leader here – Albin Karl. He was President of the Factory Workers' Union before 1933. They had international connections with the T. & G. W. U.²⁷². He has had two terms of imprisonment and one short one in a concentration camp. Three times between 1933 and 1939 he left Germany to attend international conferences and returned every time.

I hope I haven't bored you with this long screed. I see from the report of Congress that some T. U. C. people are coming out here. I hope they pay Hanover a visit²⁷³. The problem has enough real difficulties – denazification, wage control, supply of labour for heavy manual work, workers' rations – but we spend most of our time legislating to set at rest the fears of those whose ignorance of Trade Unionism matches their prejudice against it. There are in Military Government only a handful of officers who know anything of what Trade Unions mean or stand for. When the Unions are formed it will only be the beginning of a new fight, because at the moment they will be prohibited from discussing wages or hours!

[...] ²⁷⁴.

Yours very sincerely,
[Ashley Bramall]

Nr. 4 Bericht der britischen Kontrollkommission für Deutschland über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften vom 20. September 1945²⁷⁵

German Trade Unions

The ambition of the trade union movements which has revealed itself in Germany up to the present moment is to establish a unified organisation embracing all classes of employees. The purpose of this comprehensive movement is said by the sponsors to be to avoid the

²⁷² Transport and General Workers' Union.

²⁷³ Diese Hoffnung erfüllt sich nicht. Vgl. oben, S. 83 und unten Anm. 302.

²⁷⁴ Es folgen einige persönliche Bemerkungen Bramalls.

²⁷⁵ Control Commission for Germany (British Element), Intelligence Bulletin No 3, 20. September 1945, »Secret«. Public Record Office, London, F.O. 371/46829/C 8256/156/18.

weakness which led to the tame capitulation to Nazism of the pre-1933 trade unions. Movements having this common aim have sprung up in widely separated parts of the British Zone, in Hannover, the Rhineland, the Ruhr, Schleswig-Holstein and Brunswick. A vagueness about details of their eventual structure is characteristic of all the movements and suggests the absence of any coordinating authority either inside or outside the Zone.

The organisers seem to have progressed very little beyond the simple idea that trade union organisation must, in the interest of unity, develop from the centre outwards. They are all agreed that each of the enormous variety of interests which they seek to shelter under the one umbrella must somehow or other receive specialist attention. Whether that is to be achieved by developing the central organisation as a Confederation of separate unions, standing on their own feet but accepting a common policy, or whether it is to be one all-embracing union, with specialist departments under common control, is not clear. The Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, which got off to such a good start in the Berlin area under Russian occupation, appears to be what it says it is, a Confederation of separate unions. Movements which have started in some parts of the British Zone under the same name suggest, as far as the sponsors' intentions are discernible, that their aim is to establish one all-embracing trade union. The movement which began in Hamburg in this way came to grief and was dissolved. A number of separate unions sprang up in its place and, for the moment, each seems to be endeavouring to establish an individual life of its own, having declared its intention of combining with the others through some form of federating machinery which has yet to be devised.

The task of building a unified trade union movement in one operation, which trade union organisers in Germany seem to have placed upon themselves, has enormous difficulties to encounter. The magnitude of the task does in fact lend an air of unreality to trade union affairs. The lofty principle of 'All for one and one for all' which is the motif of trade union speeches at the moment has a greater air of piety about it than of realism. It is almost inconceivable, human nature being what it is, that differences of interest and outlook will not make themselves apparent before the movement progresses very far. At that stage there may be a danger that the grand structure of trade unionism which the present architects have in mind will collapse at the first breath of dissension.

The political neutrality of the trade union movement seems also to be an unreal feature. The embargo on political activity which has been operative so far has facilitated this neutrality. While all animals are muzzled it is easy for the political lion to lie down with the political lamb. What is likely to happen when muzzles are removed is an interesting speculation. Is a trade union movement which is completely neutral in political matters a practical proposition? Can it be that there are amongst German trade union leaders to-day those who see in a unified trade union movement not a politically neutral organisation, but a potential political weapon of enormous strength? Those are questions which only the future can answer.

For the moment, trade unions in Germany have only just begun their task of re-building. Outside Hamburg they are little more than names, and even in Hamburg, where membership of some of them is said to number several thousands, the unions have a long road to travel before they can claim to be representative institutions. In any case, so long as they are not allowed to discuss wages, hours and conditions of work, their functions must, to our ideas, be rather shadowy.

It is doubtful whether the real voice of the German people has yet been heard on the sub-

ject of trade unions. Ignorance, diffidence and indifference have still to be overcome. Prejudices and rivalries have still to make their appearance. A clear picture may not emerge for many months and when it does it may be very different from that which is projected at this moment.

**Nr. 5 Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen H. V. Tewson
und Sir F. Leggett über die Gewerkschaftsorganisation in Deutschland.
8. Oktober 1945 ²⁷⁶**

Sir Walter [Citrine] Personal

MEMORANDUM OF INTERVIEW

8th October, 1945

Subject: Trade Union Organization Germany

Present: Sir Frederick Leggett ²⁷⁷, Mr. H. V. Tewson ²⁷⁸

Having received no replies to our letters of 13th and 31st August ²⁷⁹, I attempted to get the Minister of Labour but was unsuccessful. I then had a word with Mr. Cole, his Private Secretary, and drew his attention to our not having received a reply and asked that he should look into the matter as early as possible. This was about 2nd October. On Monday, 8th October, I again contacted Mr. Cole and said that I had not heard anything in relation to his promise to let me have some idea of what was going on in connection with this matter. He said that the matter had been passed to Sir Frederick Leggett and switched me through to that department.

Eventually I got into touch with Sir Frederick who said that he had only recently returned from Germany and, whilst the Minister would be replying to our communications, there was some background which could not be put in a letter. I therefore arranged to see him at 3 p. m.

Sir Frederick referred in some detail to his visit to Germany and explained the original differences which there had been between the Governments of Britain, America and the U.S.S.R. The Americans did not appear to be pressing on with the question of Trade Union organisation. They felt that the position could be met merely by the election of shop stewards. In the case of the U.S.S.R. and the zone for which they were responsible, they were working on the principle of organisation from the top downwards. He promised to let me have the constitution of the Free German Trade Union Movement in Berlin.

He then went on to talk of general conditions and referred to meetings which he had had in Hamburg with some Trade Union leaders there. He told them quite frankly that in Britain, and he thought he could express the view also on behalf of the British Trade Unions, there was considerable disappointment that the Trade Union Movement in Germany had not made any response to the earlier pleas made to them from 1931–1933 to resist Hitler and subsequently to prevent the German nation going to war. One leader said in regard to his trade they had authorised a strike but in view of the considerable volume of unemployment which existed in 1933, no strike had taken place. There appeared to be a good deal of complacency about the attitude of the Trade Union Movement and there was

²⁷⁶ T.U.C., London, 943/200.

²⁷⁷ Vgl. Anm. 11.

²⁷⁸ Vgl. Anm. 97.

²⁷⁹ Vgl. oben, S. 74.

no doubt that the old Trade Unionists wanted the outside world to look at the war period as a matter of past history and to shake hands and be friends as if nothing had happened. He said that he found that the Communists were far more forthcoming in regard to war guilt than any other section. (In discussion we agreed to the likely causes of this).

Sir Frederick then went on to refer to conditions in Berlin. The relations between British and Russian soldiers were not good. The British were appalled by certain events. He cited the case of where a Russian driver ran over a child, then backed his vehicle and ran over it a second time. The driver was beaten up by British soldiers. Another case reported to him was that of a Russian lorry deliberately swerving and knocking down an old man. These were instances given to him by his driver in Berlin as examples of events which were causing ill feeling. From reports he formed the opinion that German women were having a bad time.

In the British zone in Berlin they were talking of evacuating children, but the problem was that the Russians would pass over the same number of children so that the position would be no better²⁸⁰. He said that the Russians were stripping the whole of the German zone even to the plumbing in the houses. One thing which had impressed our people was the wretched condition of Russian transport. There was now some doubt as to whether the Russians had anything like as many German troops in front of them as we had been led to believe.

In regard to the general position he said that there was not a great urge for Trade Union organisation because of the general conditions which made the people apathetic and more concerned with only their immediate difficulties. Then again there was the tradition of the Trade Union Movement which led to a feeling that everything would be regulated by law.

He went on to talk of his visit to Hamburg and said that the officer who had done very good work there had been put on to other special jobs and Dawson, formerly with the W.T.A.^{280a}, was now handling the Trade Union organisation in Hamburg.

He then referred to the fact that Paul Porter and J. Keenan²⁸¹ from America appeared to be advising in regard to Trade Union organisation in the American zone.

Finally, he showed me a copy of a formula which, much to his surprise, he had now heard had been agreed by all four Governments. He was checking up on this²⁸². He also showed me a broadcast statement which was put out from the British zone in regard to Trade Union organisation²⁸³.

Finally, he promised that he would let us have a reply to our letters and would send us copies of these last two documents for information.

280 Leggett meint hier die »Operation Stork«, nach der 50 000 Kinder aus dem britischen Sektor Berlins evakuiert werden sollten. Vgl. F.O. 371/46973.

280a Workers' Travel Association (heute: Galleon Travel).

281 P. Porter, ehem. Sekretär für Gewerkschaftsfragen der Sozialistischen Partei der USA; J. Keenan, American Federation of Labor, pers. Berater General Clays.

282 Gemeint ist der Entwurf für ein gesamtdeutsches Gewerkschaftsgesetz. Vgl. oben S. 52 ff. und Dokument 1, im Anhang, S. 91 f.

283 Vgl. oben, S. 67.

Nr. 6 Bericht über das Treffen der T.U.C.-Delegation mit deutschen Gewerkschaftern am 23. November 1945 in Düsseldorf²⁸⁴

Mr. Luce²⁸⁵ was in the Chair, and in addition to the British Delegation there were present Lt. Col. Davies and officers from the Manpower Section of the North-Rhine Province Military Government Headquarters. The German Trade Unionists numbered eighteen or so, and consisted of the organizers of the various groups which it was proposed should comprise the united, general trade union they desired to establish.

The chairman introduced the British Delegates to the meeting and invited the Germans to take advantage of their presence by raising any questions on which the experience of the T.U.C. representatives could be of value. Firstly, however, he asked the British trade unionists to put to the Germans any questions they wished.

The British Delegates suggested that the proposed organisation was over-centralized. In the reply, attention was drawn to the fact that German trade union organization had formerly differed from the British in this respect; the suggested organization was a continuance of that, and, further, the task which it is required to perform calls for centralization.

Mr. Tanner asked how it was intended to ensure that the Council proposed would be responsive to the wishes of the workpeople.

Herr Böckler replied that the election of the General Council by the workers made certain that it would represent the desires of the workers.

Mr. Lawther asked how many of the Council representatives (which it was now suggested would number nineteen) would be paid and how many unpaid, and what their term of office would be.

It was stated in reply that the draft constitution especially stipulated that some of the members of the General Council would be unpaid. Of the original sixteen members suggested it was proposed that nine would be paid and seven unpaid. Each Congress, which was to take place every two years, would elect new members by a ballot of the workers.

Mr. Bullock stated that the British Delegation appreciated the difficulties facing the German trade unionists. The food shortage was common to the whole world, and especially understood by the British, who had experienced it for six years. Hope for the future in Germany, however, depended on trade unions being reestablished. The British Delegation, which was free to say whatever it wished at this meeting, desired to assist, and to this end it had examined the proposals put forward. It was hoped that any criticism offered would be taken in a friendly spirit. It appeared to the T.U.C. representatives that Herr Böckler and his colleagues were trying to build from the top. In this connection Mr. Bullock especially questioned Mr. Luce as to whether the Germans had been given facilities for contacting the workers. Unless they did this to kindle interest among them, no good start in organizing trade unions could be made.

Mr. Bullock pointed out the difference in trade union organization represented by the T.U.C. Delegates: that of Mr. Lawther was organized by industry; Mr. Tanner's was a union of general workers. Different as they were, their organizations were inspired by a common ideal.

284 Report on meeting between the British T.U.C. Delegation and German Trade Unionists in the Ruhr, held at Düsseldorf on 23rd November, 1945. T.U.C., London, 943/911.

285 R. B. Luce, Leiter der Manpower Division der britischen Zone.

It was felt that the proposed organization would equally need to have regard to the differing interests and conditions of their members, arising from their differing occupations.

The German trade unionists stated that they had experienced difficulties in contacting workers; the position varied in different localities. Despite this, they had succeeded in putting their proposals before them and examples were given of the demand which existed among workers to form the organization proposed.

Major Davies, the Labour Officer for Düsseldorf, replied to the statement that there were difficulties in the way of contact between potential trade union organizers and the workers, and stated that every assistance possible had been given to the formation of trade unions: each Detachment Commander has instructions to this effect. Assistance had to be withheld on some occasions for two main reasons: firstly because potential organizers were, on examination of their Fragebogen, found to be former Nazis; secondly, because it has been our endeavour to ensure that the desire to organize came from the workers and not from a few former trade unionists who have not been occupied for ten or twelve years in this sphere. Major Davies was certain that whenever an approach was made to Military Government Officers permission to contact workpeople had been granted – subject only to the condition that the work in progress was not interrupted.

The German representative for Düsseldorf quoted his experience. Councils formed in individual factories after the Allied occupation had set up an executive consisting of three former trade unionists, of which the speaker was one. His three years' experience of a concentration camp were an assurance of the exclusion of Nazis from his organization. Application for official sanction of the trade union was made in July to Military Government and Fragebogen were completed by the officials. Enquiries of Military Government since then were met with the reply that the Fragebogen had not yet been approved by the M. G. security authorities. Permission had, however, been given for the formal election of councils in the factories, and these were proceeding.

Mr. Lawther, in reply to the complaint about the time taken to approve applications from potential trade union organizers, pointed out that the Germans owed their liberation not to themselves but to the Allied armies. After all that we had experienced we were justified in our misgivings about certain things, and we had the sight to decide in these matters.

We wondered where were all the people who had supported the Nazis.

The Germans replied that they were still occupying high business positions. The attention of the workers was drawn at each meeting to the debt they owed for their liberation and to their dependence on the support of Military Government for their successful organization. They felt they should have made further progress towards the establishment of strong trade unions, which were necessary to counteract the agitation of the Nazis, who were going underground, to overcome the difficulties which the coming winter would place in the way of increased coal production, to represent the interests of the workers, to advise the workers what it was necessary for them to do; and to re-educate those who had favoured the Nazis.

*Mr. Foulds*²⁸⁶ was asked by Mr. Luce to deal with the allegation of delay in sanctioning applications from potential trade union organizers, with special reference to the case of Düsseldorf. Mr. Foulds pointed out that alongside the local proposal for Düsseldorf we had

287 Das Treffen fand am 28. 11. 1945 statt. Vgl. oben, S. 85.

received the request sponsored by Herr Böckler for an organization which would cover the whole of North-Rhine Province. He had discussed the general proposals at meetings attended by representatives of all the districts involved, including Düsseldorf, and was due to do so again next week²⁸⁷. In no case had we yet refused an application to form a trade union in North-Rhine Province: all the applications made must be regarded as still under consideration. It had been assumed that the interests of the Düsseldorf organizers and workers were covered by the meetings held and that their representative was in agreement with this. The Germans had undertaken to put forward proposals which would include Düsseldorf in their scope, and in view of this we had not dealt with the local application separately. It was felt that this was appreciated by the organizers concerned, and it should have been explained by them to the workers if the latter had not understood the position. *The Chairman* agreed that the matter should be investigated; and suggested that the Germans should take full advantage of the presence of the T.U.C. representatives to seek their advice by each putting a question to them.

Mr. Tanner interposed an enquiry as to the method by which the proposals in question were being put to the workers.

The reply was that, as it was not permissible for the Germans to use pamphlets, the matter was discussed at meetings of the Works Councils, which discussions had resulted in agreement to the proposals being put forward.

The first German speaker referred to the retention by Military Government of Nazis in responsible positions in industry.

Mr. Luce stated that this question had been raised by Mr. Tanner that same morning with the Military Government Commander, who had assured him that the process of denazification is continuing and is being intensified.

In reply to an enquiry as to whether it was possible to institute a stronger trade union movement among the miners, *Mr. Lawther* said he had put forward a proposal that a group of British miners should meet the German miners with a view to discussing their problems.

The need for a strong trade union, which would enable the miners to increase production, was stressed. *Mr. Lawther* pointed out that meetings had been held by the Germans to form such a union, and in reply to the reference to obstruction caused by the retention of Nazis in business said that a similar problem existed in Britain in regard to coal production, and there also it had been felt that a change in the people at the top would improve the situation, but this had not been proved to be so.

Herr Böckler intervened to ask his colleagues to raise general and not individual problems. The Chairman suggested that the German delegates might wish to ask Herr Böckler to represent their views, which suggestion was agreed to.

Herr Böckler thanked the members of the T.U.C. Delegation and the Military Government officers for coming to the meeting and for being prepared to listen and give advice. They did not need to worry that such advice would not be heeded. It would be stupid and absolutely irresponsible of the Germans not to heed it. »We know the gigantic tasks which confront us: reconstruction, rebuilding and reparation – reparation of the damage which the National Socialists have imposed on all countries in the world. And we want to do our utmost in the reparation of these damaged countries. In order to do that we need the

²⁸⁷ Das Treffen fand am 28. 11. 1945 statt. Vgl. oben, S. 85.

unification of all powers. Then we need trade union organizations. The minds of the German people must be re-educated. We want to get the youth into the trade unions. We want to get the poison out of them: what the Nazis have hammered into their heads we want to take out of their heads. We want to reach not only the old people but the young people to have great thoughts of working together in a communal life. We want to exert our influence upon industry, so that it will no longer be able to prepare for war as it has done twice within a very short time. These are tasks of such tremendous scope that we do not think the German trade unions can master them alone. It is of absolutely unbelievable necessity to get the help of Military Government and of the international trade unionists. All of us here have suffered very badly at the hands of the Nazis. We have been in concentration camps and have been tortured for twelve years. We have been so anxious, almost fever-struck, to get news from other countries – from the old, united countries: because we knew throughout the time that in Germany there was nothing but dishonesty and lies. If we wanted to listen to the news from abroad everyone of us risked prison or death. And you will probably see from this statement that there were not only Nazis in Germany. We were not able to get rid of the Nazis ourselves, because the whole disaster broke upon our heads with an unbelievable force. Therefore none of us overlooks the tremendous assistance and help which the Allied Nations' liberation has been, not only to us but to the whole world.

Now we must re-start and rebuild, and for that we need a unification of all powers and the help of all those willing, and the assembly today brings us forward in great strides. We hope that further discussions will lead us to our goal – namely the establishment of German trade unions – which is not only our wish but a necessity. I therefore ask you for assistance in our efforts. You can depend upon us. Everyone here present is and has been a force in the service of democratic ideas and ideals. Democratic, and in all circumstances, democratic, must be those trade unions which we are now attempting to form. I am grateful to the Chairman and the gentlemen here for the way they have listened to me.

Mr. Lawther: All that I want to say on behalf of my British trade union colleagues is that we are going to report back to the British T. U. C. what we have seen here and listened to. Our hope lies in the fact that there does exist, perhaps to a greater degree than we anticipated, a group of people in Germany who have an entirely different outlook to that which appeared under the Nazi regime. In our view there is no question about what is needed. We will report back to our colleagues and we will keep in touch with you: and we are very desirous that at the earliest possible moment an understanding should be reached, and we shall try, before we leave the country, to give you further views in relation to the document we have been shown²⁸⁸ and the points of view which have been expressed here this morning. My last word is this: you can be assured that there exists in the British Labour Movement as a whole a determination to see that no trace of Nazism shall be left in any form whatever: because we did regard it as the most hideous menace that the world has seen, and the British Labour Movement has not made its sacrifices to see again in twenty years a resurrection of it. This is your only chance to establish a democratic way of life.

The German railway workers' representative spoke about the destruction of bridges, etc., in the Essen railway district. The work of reconstruction very often necessitated the railway employees working twenty to thirty hours at a stretch. He asked that the railway

288 Der Organisationsplan Böcklers für die Einheitsgewerkschaft. - Dieser Plan befand sich schon vor dem Treffen in Düsseldorf in den Händen des T.U.C.

workers should be put on the same ration scale as the miners, and that canteens should be available to give them meals when they had to be away from home for such periods. They also needed new boots. They had increased the amount of goods transported from 135,802 tons in August to 208,722 tons in October, and this could only be maintained if their needs were examined and met.

The Chairman said that the statement would be brought to the notice of the appropriate branch of Military Government: it was not a matter for attention by those present at the meeting which was concerned with labour matters only.

The Secretary (interpreter) of the German delegation expressed thanks to the British Delegation and the Military Government Officers for their attention, and stressed the urgency of the task confronting his colleagues. Big decisions were being taken in the social and economic spheres and it was essential that the workers as well as the employers should be represented on any bodies which might be set up to deal with questions and difficulties arising.

**Nr. 7 Rede des Präsidenten der britischen Bergarbeitergewerkschaft,
William Lawther, am 24. November 1945, 19.15 Uhr,
über »Radio Hamburg«²⁸⁹**

I am speaking to you tonight on behalf of the British Trades Union Congress Delegation appointed at the invitation of the British Government to visit the British controlled Zone of Germany.

The purpose of the Delegation is to study the efforts which are being made for the reconstruction of the German Trade Union movement, and to discuss with the British Element of the Control Commission ways by which that reconstruction may be furthered.

We have already met representatives of the workers in the Ruhr. All of them have had many years of service in the Labour movement and many of them had suffered for years in prisons and concentration camps. They have given us assurances that they will never tolerate the foul creed of Nazism.

²⁸⁹ Manuskript in T.U.C., London, 943/911. Diese Rede war von E. A. Bell unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache ausgearbeitet worden, »that the broadcast will undoubtedly be heard also in Holland, Belgium, France etc.«. Mit diesem Hinweis hatte er Sir Walter Citrine am 15. 11. 1945 um Prüfung des Textes gebeten. Citrine änderte den Text nur an einer Stelle (siehe nächste Anm.). Bis zu diesem Zeitpunkt war über »Radio Hamburg« keine Rundfunktung in englischer Sprache ausgestrahlt worden, »in order that British control of this station should not be unduly emphasized«, wie die Militärregierung am 17. 11. 1945 nach London berichtete. Auch der für Lawther gewählte Weg – Rede in englisch mit anschließender Übersetzung – entsprach nicht dem bisher angewandten Prinzip, die britische Kontrolle mehr im Hintergrund zu halten, aber »the significance of occasion of T.U.C. visit outweighs this«. F.O. 371/46829/C 8452/156/18. – Bevor Lawther seine Rede begann, wurde er den Zuhörern vom Ansager kurz vorgestellt; dieser wies besonders auf dessen bedeutende Rolle als Präsident der Bergarbeitergewerkschaft hin, angesichts der Tatsache, daß 39 ehemalige Bergarbeiter nunmehr Mitglieder des Unterhauses und sieben Mitglieder der Regierung seien. Lawther, so der Ansager weiter, habe im übrigen die Welt gesehen; auch das verleihe seinen Worten Gewicht; vielleicht seien die Zuhörer nicht mit allem, was er nun sagen werde, einverstanden, aber eines stehe fest: »Wir können eine ganze Menge von den britischen Gewerkschaften lernen und wir können ihre Unterstützung, die sie uns anbieten, nur willkommen heißen«. Nach Lawther sprach Franz Spliedt. Text der Reden auch in F.O. 371/46856/C 8888/198/18, mit Kommentar von Franklin (F.O.).

We have also seen some of the devastation caused to your country as a result of the policy of the German nation since 1933. We realise too well that you and other nations of Europe including our own country will have to face a very grim winter. This, and the tasks of reconstruction call for the assumption of active trade union work.

The British Trade Union Movement, which is the oldest and most democratic combination of workers in the world, is desirous of seeing the German workers organised into free and democratic trade unions which will be fully alive to their responsibilities, not only to your own nationals, but also to the organized workers of the world. We are anxious to see such trade unions playing their full and responsible part in the economic, social and cultural reconstruction of the life of your people, and later in the wider sphere of international industrial relations.

To that end we, the British Trade Union Movement, are prepared to render you assistance, but here I must add a word of warning and advice. Over the last 70 years Germany has been a constant source of threat to the world peace. On two occasions within the last 20 years, the German nation has allowed itself to be dominated by those who have endeavoured by force of arms to enslave the world, forcing the peace-loving nations to sacrifice their youth and to endure untold hardship in order to defend their principles of freedom and democracy²⁹⁰. In assessing responsibilities for these crimes against civilisations the outside world can only judge by the actions of the elements inside Germany. We, the British Trade Union Movement, sought in vain for some indication of opposition to this policy of aggression and domination by Germany from German trade unionists.

The sacrifices of our people during this war have been such that there is a determination that under no circumstances will they allow a position to arise whereby Germany can again become a threat to the peace of the world. Therefore, in reorganising your trade union movement it is imperative that you bear these facts in mind, and organise your trade union activity towards an aspiration for international co-operation as distinct from national domination.

Nobody wants to oppress the German people, but everybody is determined that never again shall Germany ride roughshod over the peoples of freedom-loving states. Therefore, the Allied Governments and the Trade Unions must be careful in their efforts in building up a democratic Germany. That no-one who has been actively associated with the Nazi regime secures any post of responsibility or power.

Democracy cannot be imposed from the top. It must grow in the hearts and the souls of men. And although the British Trade Union Movement will help to re-establish free German trade unions they also have a duty to the peoples of peaceful countries that have been ravaged by Germans, to see that the desire for democracy among German trade unions is a real thing. We want to assist you through your trade union organisations to regain your place in the family of nations. How soon you will be eligible to take that place is dependent upon you yourselves.

On you devolves the duty of opening to the youth of your country the road to a great democratic future^{290a}.

290 Im Entwurf folgte hier: »On each of these occasions the action of the German nation was taken, if not by the consent of the German trade union movement, by the acquiescence of the membership of that movement«. Dieser Satz wurde von Citrine gestrichen.

290a In der deutschen Übersetzung wurde noch folgender Satz angefügt: »If you, the German workers, are willing to do your bit to saving Germany, the British workers will accord your efforts the same sympathy as the delegation on behalf of which I am speaking«.

Nr. 8 Bericht über das Treffen der T.U.C.-Delegation mit deutschen Gewerkschaftern am 24. November 1945 in Hamburg²⁹¹

*Herr Spliedt:*²⁹²

Gentlemen: I first of all want to thank our English trade union comrades for their visit. It is all the more valued because we know that we shall often need help on these lines. First of all I would like to take advantage of this opportunity to express our thanks to Major Dawson and his predecessor, Major Dwyer, for the help which they have given to us in the last six months in the building of our trade unions. I should like to repeat what he has often said, that we have been rather a bother, but in general his advice was good, and we are very glad. We have only one question, which you, as trade unionists, will be interested in, and that is the following: you have been in the Ruhr: you are now in Hamburg: and you have probably seen the quite different views on trade union policy. That is a difference of opinion which at the present time permeates the new German trade union movement and which will probably interest you considerably. The question: should we form independent trade unions or should we form a single united trade union as you have probably seen in the Ruhr? We know the view of the people there – that there should be only a single trade union. And when you get to Berlin you will have the same experience as you did in the Ruhr. We in Hamburg take the line that we want independent, separate trade unions, which will nevertheless be linked together at the top level, just as in England through the T. U. C. All the trade unions represented will be autonomous. That is a dispute which is engaging our attention very much in Germany at present. I hope, as an old trade unionist, that the Hamburg line will be the successful one: and I hope that that is also the view of the British Trade Union Delegation. We understand that the French trade unions are of a different view: I don't know. [Mr. Carthy explained that in France they have a single organization comprising Communists and Socialists, but it is an organization composed of separate unions]. We cannot believe that the trade union movement can continue to operate without separate, individual trade unions. We have, as you will see, consolidated ourselves closely together. We have only thirteen trade unions: although we have not in this district any miners, there will obviously be a fourteenth – a miners' organization^{292a}. [Mr. Carthy: He implies by that a national set-up. Mr. Harries: That will make a lucky number.]

We believe that the organization we have set up in Hamburg is a healthy one. Hamburg for decades has been the cradle of the German trade union movement, and it will be that cradle once again. What is causing us anxiety at the moment is that we can only build trade unions for each individual city: thus, we have only a trade union for Hamburg: formerly our trade unions covered the whole area of the Reich. All our efforts are now directed towards its being possible that at least we shall be able to cover the area of Schles-

291 Report on speeches of British T.U.C. Delegates and Herr Spliedt at Meeting in the Trade Union House on 24th November 1945. T.U.C., London, 943/911.

292 Zur Bedeutung Spliedts für die Entwicklung in Hamburg vgl. Christier, a.a.O. (Anm. 1), insbes. S. 59 ff., sowie ders. (Anm. 95), S. 305–329. Zur Selbsteinschätzung: Franz Spliedt, Der Neuaufbau der Hamburger Gewerkschaften (Neues Hamburg, Bd. 1) sowie ders. Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge, ihr Wiederaufbau nach 1945, Hamburg o. J. (1947).

292a Über die Struktur der Hamburger Gewerkschaften vgl. Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Hamburg. Über Wiederaufbau und Tätigkeit der Hamburger Gewerkschaften im Jahre 1945–1947, Hamburg o. J., S. 25 f.

wig-Holstein and have a single trade union movement. That is the job we are aiming to do. In conclusion, I would like to say to you that we German trade unionists want to give the German trade unions really solid pillars of support for a really new, democratic Germany. I should also like to bring to your attention Mr. Lawther's view expressed today that the British trade unionists could not entirely endorse the view that we German trade unionists had done our entire duty with regard to Hitler: that we did not oppose him sufficiently strongly²⁹³. I have said today in my answer to Mr. Lawther's broadcast that we Germans have done our duty²⁹⁴. We have done all we could before 1933 as well as after 1933: and when I look round my circle of friends here I see a whole number of them who have since spent long years in reformatories and, in part, in the concentration camps. Witness also the great number of our dead – the whole number of our best friends – the best of our trade union leaders: they met their end in the struggle against Hitler. If the question is put to us that we German trade unionists, corresponding to our former strength, have not been equal to the call, I would like to bring to your attention that the fifteen years from 1918 to 1933 were years of permanent, unceasing struggle for the future of Germany: that we were constantly shaken by the crises which we suffered during that time: the most serious of these was the world economic crisis, when the figure of our unemployed went to over seven million, and a number of those seven million were men who had been unemployed for years at a stretch. It is only too easy to understand that if a large part of the German nation, the men of Germany, in particular the young people of Germany at this time were attracted by the promises of a criminal like Hitler (that cannot pardon anything and it will not pardon anything), but we must comprehend where the causes of these difficulties lay. And we German trade unionists will do everything in our power to prevent a Hitler coming into power for a second time. I want to say to you as trade unionists that Hitlerism has never found an entrée in the circle of workers. Even though in other circles of the community that has not been the case. I would like to give you my own experience in a few words: in our workshops, when a man sat down to lunch or breakfast with another worker there was never any talk of Hitler or National Socialism: the workers could not speak against it – but they have never spoken for it. The German workers have remained in a healthy state of mind and they are still so today. I know that among our youth today there is a very grave danger, and in the last few days we have had some proof of this, and have a really tremendous job to do in order to educate these young people. [Herr Spliedt quoted the example to which he had referred: at the opening of the old Technical School there had been a demonstration by the young people present in the form of an attack of coughing: there had been similar occurrences at Universities]. But we are ready to take up this struggle. It is all the more proof that the future of Germany must be built on its trade unions, and we hope that in the not too distant time we shall be once again part of the international trade union movement. We understand that you regard us with a certain amount of mistrust – lack of confidence. We also know that that has to be overcome. Germany is the heart of Europe; and we have to look after this heart of Europe, so that Europe as a whole will return to a healthy state, and it is for that reason that we beg the British trade unions to understand this struggle, and we say once again that we have not been unfaithful: we have been the most serious sufferers in this struggle, and when in these present days you see a ravaged Germany, or in the days which are just ahead an even

293 Vgl. Dokument 7, weiter oben, S. 107.

294 Text der Rundfunkrede von Spliedt in F.O. 371/46856/C 8888/156/18.

more ravaged Germany: even then you do not know how ravaged, how destroyed we are. We know there is no people in the world and no country in the world which has ever lived through it. And we know that the reconstruction of Germany is a very difficult job of work, which can only be effected by our own efforts: but it has got to be done and we as workers will do it. Once again I thank you for coming here. I don't know if I can use the word ›friend‹. I have often been a guest with you in England, and I hope you will take this greeting to our English friends: it is perhaps a bit early to speak of friends, but I hope that we shall soon be able to greet our English friends.

Mr. Luce:

Before I call on Mr. Bullock I should just like to make one observation: had we mistrusted you as individual trade unionists, is it likely that we would have rescued you from the accommodation we saw you in in August last, and gone to great trouble to see you put in suitable accommodation which you previously occupied before 1933²⁹⁵?

[The meeting showed approval]

Mr. Bullock:

Friends, we are very glad to be able to rub shoulders with you again. We have looked upon the workpeople of Hamburg as being in the forefront of German trade unionists. It is interesting at this meeting to note that while there are many Majors in Hamburg there are very few miners. Therefore we have got Lawther very quiet. I notice with interest that the General workers are the largest group you have in your trade unions: that is quite right – because they are the best – as they are in England. I am very pleased to see that you are determined to maintain the autonomy of your individual trade unions. I also notice that, as in England, the agricultural representatives look the best fed. I can assure you that in Britain they give the authorities a good deal of trouble because they live on their products. The representative of the chemical industry told us that the British airmen had destroyed many of the factories: I want to assure you that the German airmen destroyed most of our slums – and saved us the trouble of pulling them down. There is one serious note that I want to strike: and I have promised the Chairman I won't be more than five minutes. This question of food is tied up very strongly with the problems that you have to face. It is exactly the same in Britain, and indeed all over the world. So that if you should hope for immediate amelioration you will, like us, be disappointed. You, like us, realise that without trade union organizations we are lost. And we have to build up against the better days and get a full share of the wealth we produce. There is no hope in the future for us whatever unless we get together. Now one last point: one of your colleagues said that there was a great risk of getting the sack if people organized. I am sure that you can rely upon the Military Government – especially the Ministry of Labour, which is represented here – to see that you get a square deal, to hold the scales evenly, as they do in our own country: in short to help by not hindering. Although we can only spend a short time with you on this occasion we wish you good luck and godspeed: and we hope that we shall be back to you again on a day not far distant; and the day will not be far distant when you can come across to see us and join hands together in the common ideals we hold.

Mr. Tanner:

Unlike my friend Bullock, being an engineer I am of a more serious frame of mind. I would like our friends to understand that this Delegation is here at the invitation of the Control

²⁹⁵ Gemeint ist offensichtlich die Rückgabe des ehemaligen Gewerkschaftshauses an die Hamburger Gewerkschaften.

Commission – the Military Government. The T. U. C. has naturally been interested in the developments and the possibilities of the recreation of the trade union movement in Germany: but it was on the invitation of the Military Government that we came here, and I think you can in consequence of this invitation feel confidence in the Military Government as represented by Mr. Luce and his colleagues, that they are desirous to building up the trade union movement in Germany. It is possible that in the near future a representative delegation will be coming from the newly-formed World Federation of Trade Unions, so that the representatives can see for themselves what is the position in the liberated countries and what developments have taken place. I want to say that personally I have been very impressed by this meeting. Hamburg was always looked upon as a very advanced portion of the working class movement in Europe. You have always been regarded as having an independent point of view. This is expressed, I think, in the formation of your thirteen organizations: whereas in the Ruhr we have had the point of view expressed by Herr Böckler that what is required and what is the best form of organization is of a more centralized character. I don't know whether Herr Spliedt has been a politician in his earlier days – [Herr Spliedt replied: »Always a trade unionist«] – I have known that Hamburg prior to the first world war had syndicalist tendencies [Objections: »only in small groups«]. It was here, and it was probably the only part of Germany where it impressed itself. [Objections]. I know that in the German movement there have always been theoretical differences. But it is for you to resolve those differences as far as you are able. You can rest assured that the British trade union movement is desirous of seeing – is anxious to see the creation of trade unions in Germany, so that the last remnants of Nazism can be completely abolished. As you know, we now have in England a Labour Government, and Mr. Luce is the representative of that Government, as are all the other representatives of Military Government in Germany: and therefore you can rest assured, as my friend Bullock has said, that you will have every opportunity, within the limits of military necessity, of developing your organizations. Looking round at this meeting you are practically all old men – in age, perhaps, but not in spirit: that is very prior to Hitler: you are the only men whom we can rely upon and thoroughly trust. At your age many of you would probably have thought in normal circumstances that your task was done: but it is not – it has just begun. I would like to say to you as representative of the British trade union movement to carry on the traditions and put into the next few years the utmost effort you possibly can to develop the best traditions of democratic organization among the working class.

Mr. Luce:

Before calling on Mr. Will Lawther to address you I should like to say one last word: it will be your wish to convey to Colonel Armitage, the Military Commander in Hamburg, our thanks for allowing us to meet here today, and to his capable lieutenant, Lt. Col. Luis, who does so much to help Major Dawson in his great work.

Mr. Lawther:

Might I begin by quoting to you a statement that was made by a very great English poet: he said the road to freedom was uphill all the way. What I have said earlier today in my broadcast I adhere to. Our friend here when he was speaking referred to the fact that you had seven million unemployed at a particular period. I wonder if you realise that in the same year that Hitler came to power there was another great nation – the United States, which had exactly the same problem, and the people in the United States elected not a

Hitler but a Roosevelt. And the American people did not – I am not claiming this for the British – they tackled the problem in an entirely different way from the way your nation did. Might I remind you that in 1932 we had three million unemployed out of forty million and our people did not follow the course your people followed. And may I say to you in all sincerity that when you put up claims that Germany is the heart of Europe we do not accept it. There was a period in British history – I mean in the days of my forefathers when they had to stand up against deportation and transportation, and they fought against it and handed down to my generation a democratic outlook. You have got to resolve that your future depends on the steps that you now take. It is not for me to give advice, but let me put it in this way: In Britain our movement is unique, and I speak as one who has been in the socialist movement since I was a boy. I used to look upon the German Social Democratic movement, the German trade union movement, as the greatest in Europe – when I was a boy. But you have now got to recognize that in the crucial and critical hour in the history of your movement it failed, because it did not face the realities of the problem, and reality is very simple. I believe that the success of the British trade union movement arises from the fact that we do not allow political parties to dictate to us. Even although we have now a Labour Government, and seven members of my union are in the Government – including the Minister of War, who is responsible for the Army – we as a trade union retain our independence to act on behalf of our members. I appreciate what was said by my colleague Jack Tanner, and what you said in your remarks about the youth: your young people have got to be told firmly and definitely that the youth of the United Nations that have sacrificed their lives will not allow any youth anywhere to have Fascist tendencies. And we shall support you in that to the utmost. The trade union movement in Britain in 1940 stood alone when all seemed lost: we had a faith, a belief, a knowledge, that in the long run the facts would be so overwhelming that success would follow as the result of the sacrifices. And my final words to you are these: no one more than the miners of Britain, with their colleagues, stood up against this terror. (I am proud that my name was on Hitler's black list, so that I know what would have been my fate): and therefore we are determined – the British trade union movement – to do all that lies in its power to help the democratic movements to express themselves and to organize on free, democratic lines.

We have no more love than you for dictators. We are happy when we read of their deaths – whatever form they may take. And therefore you can tell your fellows that as far as the British trade union movement goes, it goes in the direction –²⁹⁶. First of all I must say this to you: I was in Czechoslovakia a fortnight ago: I saw the terrors that those people had gone through, and therefore it makes it all the more necessary for us to tell you that anything that you can do to establish free democratic unions and say with us to any political party that we are outside, we are independent, free to help the workers by hand and brain to live a good deal happier lives than they have been living up to the moment.

Mr. Luce:

Thank you very much.

296 Im Protokoll bricht der Satz an dieser Stelle ab.

**Nr. 9 Schreiben der T.U.C.-Delegation vom 27. November 1945
an Hans Böckler²⁹⁷**

This letter fulfils the promise we made to you on Friday that we would carefully think over the discussion we had with you on that day and would write you after we had seen more of the conditions in Germany.

We are very glad that you have decided that religious, racial and political opinions shall not divide you in the future. The strength of the British Trade Union Movement would largely disappear if we in England allowed non-industrial matters of this sort to dominate and divide us. We are sure that this decision will eventually make your movement stronger and more efficient.

But we are disturbed about your desire to have one Trade Union for the North Rhine Province, even if you have separate sections for each industry. Even if this desire comes from the workers we feel it will mean in practice that all effective power will ultimately reside in a small group of men at the top. Although arrived at by a different path, this will be the same position as when the Nazis took power. Once again the rank and file will wait for orders from the centre, and it may be that once again, some time in the future, a German Government may disrupt your movement by arrests at Headquarters level.

The result of our experience, as representing the oldest Trade Union Movement in the world, is that, important as organisational structure is, the strength of Trade Unionism depends largely upon the intelligence and enthusiasm of the members in the factories and pits, and upon their active participation in all decisions. And we feel that if the workers are too far removed from the centre (as they may well be in one huge Trade Union) they will lose interest and merely obey orders.

We feel, in all sincerity, that the great weakness of the German Trade Unionists is this tendency in the German people to blindly obey instructions from Headquarters.

We, therefore, as representatives of a great Trade Union Movement, which sincerely desires to see a real democracy in Germany, ask you to modify your plan so that a small number of Unions shall have complete autonomy over the industrial affairs of their members.

In order to have one body to co-ordinate general industrial policy, we recommend that a Confederation be formed with authority to co-ordinate the policy of the Unions, negotiate with the Military Government and be generally responsible for the welfare of German Trade Unionists, without, however, having authority to interfere with the autonomy of any Union in matters affecting that Union alone.

In view of the importance of early agreement on uniform structure of Trade Union organisation in the British Zone, and ultimately throughout the whole of Germany, we have requested the British authorities to arrange at the earliest possible date a meeting between two or three representatives of the Hamburg and Ruhr groups at which the question may be fully discussed.

²⁹⁷ Abgedruckt in »Trades Union Congress. Report of T.U.C.-Delegation to Europe. Visit to Germany« (vgl. Anm. 235).

**Nr. 10 Schreiben Albin Karls, Hannover, an die T.U.C.-Delegation, London,
vom 17. Dezember 1945²⁹⁸**

Vorläufiger Vorstand der
»Allgemeinen Gewerkschaft«

Hannover, 17. Dezember 1945
Rathenau-Platz 3
Fernruf: 2 58 95 K/K
2 56 97

An die
Herren Lawther, Tanner u. Bollock [sic!]
Delegation des Engl. Gewerkschaftskongresses
zum Studium der Gewerkschaftsbewegung
Werte Herren und Kollegen!

Ihr Brief vom 27. 11. 45, gerichtet an Herrn Hans Böckler und seine Kollegen, nötigt uns, Ihnen unsere Auffassung über die für die deutschen Verhältnisse richtige Gewerkschaftsform zu übermitteln. Es handelt sich ja dabei nicht um ein Problem, das nur die Kollegen in Hamburg und der Nord-Rheinprovinz direkt angeht, sondern *alle gewerkschaftlich interessierten Schaffenden* in Deutschland.

Wir erweisen der Englischen Gewerkschaftsbewegung unsere aufrichtig empfundene Reverenz und sind dankbar für das Bestreben unserer englischen Kollegen, gestützt auf ihre reichlichen Erfahrungen, uns bei dem Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu beraten. Diese Wertschätzung darf uns aber nicht davon abhalten, Ihnen ganz offen zu bekunden, dass wir Ihre in dem Brief an die Kollegen der Nord-Rheinprovinz dargelegte Meinung und auch die eingehaltene Methode für unrichtig halten.

Auch wir vertreten die Auffassung, dass die richtige Gewerkschaftsform die Allgemeine oder die Einheitsgewerkschaft, also *eine* Gewerkschaft, jedoch unterteilt in Wirtschafts- und Berufsgruppen ist. Das ist also die gleiche Gewerkschaftsform, wie sie in der Nord-Rheinprovinz bestand und über die Sie *beunruhigt* sind. Ihre Beunruhigung begründen Sie mit dem Hinweis, dass »*alle wirkliche Macht* letzten Endes in den Händen einer kleinen Gruppe an der Spitze der Bewegung liegen wird«. *Das aber ist ein Trugschluss!* Der Organisationsplan für die Bildung der Einheitsgewerkschaft für die Nord-Rheinprovinz sieht vor, dass sich das Arbeitsgebiet der *einzelnen Fachgruppen* erstreckt auf das »Lohn- und Tarifwesen, Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, Rechtssicherung und Rechtspflege, Berufs- und Nachwuchsförderung«. Zur Sicherung der Eigenmächtigkeit der einzelnen Fachgruppen auf diesen Gebieten ist in diesem Organisationsplan vorgesehen: »Die Finanzierung der Fachgruppen erfolgt durch die Hauptkasse an Hand eines Zuteilungsschlüssels. Den durch die Schlüsselung errechneten Beträgen treten bei jenen Fachgruppen, deren Verfassung einen das allgemeine Mass übersteigenden Aufwand erfordern, in jedem Einzelfall festzulegende und jeweils für eine zweijährige Periode geltende Zuschläge hinzu«. Die einzelnen Fachgruppen haben also in ihren eigenen Angelegenheiten *eigene* finanziell gesicherte Machtbefugnisse, sie sind da also nicht ungünstiger gestellt, als wenn die Fachgruppen vollkommen selbständige Organisationen wären. Sie haben ihre in demokratischem Verfahren selbst gewählten Vertrauensleute und angestellten Funktionäre, auch wie selbständige Einzelverbände, und die Macht für dieses den Fachgruppen eigene Arbeitsgebiet liegt in den In-

²⁹⁸ T.U.C., London 943/911. Hervorhebung i. O. Das Schreiben wurde dem T.U.C. von Major Bramall in London übergeben.

stanzen der Fachgruppe selbst. Diese Macht aber ist keineswegs geringer als bei Einzelgewerkschaften, sondern *sie ist gesteigert* durch die enge Verbundenheit mit den übrigen Fachgruppen in der Einheitsgewerkschaft und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten.

Nach Ihrem Vorschlag sollen die von Ihnen empfohlenen Einzelgewerkschaften in einer Konföderation zur »Koordinierung der gemeinsamen industriellen Politik« zusammengefasst werden. Also doch für die gemeinsamen Aufgaben Zusammenschluss – nach Ihrer Meinung in föderalistischer, nach unserer in zentralistischer Art. Weil diese allgemeinen gewerkschaftlichen Aufgaben mit der wachsenden Bedeutung der Sozialpolitik und dem notwendigen und dazu auch grundsätzlichen wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands immer grössere Bedeutung erlangen, halten wir die durch den festen zentralistischen Zusammenschluss sich ergebende Einheitsgewerkschaft für *zweckmässiger* und einflussreicher. In der Einheitsgewerkschaft ist es aber auch leichter möglich, die Interessen der schwächeren Fachgruppen durch geschulte angestellte Funktionäre wahrnehmen zu lassen, als bei einer nur föderativen Verbindung. Während bei nur föderativer Zusammenfassung in der Spitze es schwächeren Einzelverbänden nicht möglich ist, ihren an Zahl geringen Mitgliedschaften in den Orten und auch teils recht grossen Bezirken gewerkschaftliche Betreuung durch angestellte Funktionäre angedeihen zu lassen, ist das der Einheitsgewerkschaft möglich, weil sie ja *alle* Gewerkschaftler erfasst und gestützt auf die Gesamtzahl dieser Mitglieder das ganze Land besser mit angestellten Funktionären und Büros durchsetzen kann; und damit bringen wir gerade den schutzbedürftigsten Schaffenden den gewerkschaftlichen Schutz in verstärkter Form *näher*, als das der Einzelgewerkschaft möglich wäre. Das einzelne Gewerkschaftsmitglied, auch der kleinen und verstreuten Fachgruppen, kommt also in bessere Verbindung mit einem Gewerkschaftsangestellten und damit auch zur Spitze der Gewerkschaft. Und gerade dadurch ergibt sich die Möglichkeit einer stärkeren Belebung der Gewerkschaftsbewegung in den kleinen Orten, vor allem aber auch auf dem Lande. Und wie notwendig dort die stärkere Belebung der Gewerkschaftsbewegung und damit die Stärkung der Demokratie ist, hat die Tatsache gezeigt, dass im besonders starken Ausmass das flache Land vor 1933 als Unterschlupf und Sammelstätte für die Schläger- und Sturmkolonnen der Nazis diente.

Die gewerkschaftliche und demokratische Schulung können durch die geschulten Funktionäre der Einheitsgewerkschaft viel besser als bei anderen Gewerkschaften an *alle* Kreise der Schaffenden getragen und vertieft werden. Dem von den einzelnen Mitgliedern ausgehenden demokratischen Aufbau der Einheitsgewerkschaft, gestützt auf die demokratische Funktion der Fach- bzw. Wirtschaftsgruppen bis in die höchsten Spitzen, gibt die »Intelligenz und Begeisterung« der Mitglieder fortlaufend neue Anregung und Wirkungsmöglichkeit. Auch da ergibt sich bestimmt ein Plus für die Einheitsgewerkschaft.

Auch können wir nicht beipflichten Ihrer Argumentation: »Obwohl der Weg ein anderer ist, würde die Lage dieselbe sein wie unter der nazistischen Machtergreifung. Wieder einmal würde die grosse Masse der Mitgliedschaft auf Befehle von oben warten, und es mag sein, dass nach einiger Zeit wieder einmal die deutsche Regierung die Bewegung zerstören kann durch Verhaftungen an der Spitze der Bewegung«. Gerade eine solche Überlegung muss dazu führen, die Gewerkschaftsbewegung in eine *andere* Form als vor 1933 zu bringen, und zwar für eine *stärkere Verankerung* auch unterhalb der Spitzen, also in den Wurzeln zu sorgen. Bis zum Zusammenbruch 1933 hatten wir aber Einzelgewerkschaften. – Die Einheits- bzw. Allgemeine Gewerkschaft bietet eine bessere Verankerung in den Wurzeln. Trotz »Verhaftungen an der Spitze der Bewegung« bliebe bei richtigem demokratischen

Aufbau und Gliederung und lebendigem demokratischen Funktionieren die Bewegung noch aktionsfähig.

Es gibt noch weitere Gründe, die für die Einheits- bzw. Allgemeine Gewerkschaft sprechen, doch auf deren Benennung soll hier nicht eingegangen werden, da wir uns möglichst eng an Ihre Ausführungen halten wollen.

Und nun kommen wir zu der von Ihnen beliebten Methode der Beratung und Beeinflussung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Betont sei ausdrücklich; wir verkennen nicht Ihre wohlgemeinte Absicht und verübeln Ihnen nicht grundsätzlich den Versuch der Beratung und der kollegialen Beeinflussung, sondern wir wünschen und schätzen jede Mithilfe bei der Lösung unserer schwierigen Aufgaben. Eine Tatsache hätte Ihnen beim Studium des gegenwärtigen Standes der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland auffallen und zur besonderen Überlegung Anlass geben müssen, und zwar die Tatsache: Nicht nur in der Nord-Rheinprovinz, auch in *Westfalen*, in *Niedersachsen* (Hannover–Braunschweig–Oldenburg), in dem gesamten *amerikanisch* besetzten, im *französisch* besetzten, im *russisch* besetzten Gebiet, überall in ganz Deutschland also hat das Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft Ausdruck gefunden. Dies geschah unter führender Beteiligung alter Gewerkschaftler mit langjährigen Erfahrungen *vor* 1933 und beeindruckt mit Erfahrungen bei und nach dem Zusammenbruch der früheren, föderalistisch verbundenen Einzelgewerkschaften. Auch in Hamburg hatte man anfangs eine Einheitsgewerkschaft gegründet und nur durch die infolge nicht in den gewerkschaftlichen Aufgabenkreis fallenden Vorkommnisse wurde der Hamburger Einheitsgewerkschaft die Spitze genommen, so dass die untergeteilten Wirtschaftsgruppen als Einzelgewerkschaften stehen blieben. Soweit wir übersehen können, war bis zur Zeit Ihres Besuches in ganz Deutschland in demokratischer Weise durch die gewerkschaftlich interessierten Schaffenden als Mehrheitswille die Einheitsgewerkschaft gefordert worden. Besonders betont sei dazu, dass dieser Gedanke für die Einheitsgewerkschaft in den einzelnen Gebieten *unabhängig voneinander* ausgelöst worden ist. Die Form der Gewerkschaft ist überall gleich, wenn auch mit unterschiedlichen Benennungen (Einheitsgewerkschaft, Allgemeine Gewerkschaft u. ä.) und inneren Nuancierungen. Dafür mussten doch Ihre Feststellungen in Düsseldorf, Köln, Hamburg und Berlin Anhaltspunkte liefern. Das Problem heisst ja nicht: »Gewerkschaftsform für die *Nord-Rheinprovinz* und *Hamburg*«, sondern »Gewerkschaftsform für Deutschland«. Soll darüber in einer Konferenz Hamburg–Köln befunden werden? Haben die mit Ihnen konferierenden Kollegen in Hamburg nicht auf diese Problemstellung und eine geeignete Methode zur Klärung hingewiesen? Haben die Sie mitberatenden deutschen Freunde nicht davon abgeraten, *vor* der Klärung des Problems die Kollegen in der Nord-Rheinprovinz zu einer neuen Entscheidung zu verleiten? Bei dieser gegebenen Sachlage bedeutet die *Veröffentlichung* Ihres Briefes an unseren Kollegen Böckler²⁹⁹, Ihre Stellungnahme im Rundfunk³⁰⁰ und die Beeinflussung der Kollegen in der Nord-Rheinprovinz eine zwar unbeabsichtigte, aber doch tatsächliche Störung des sich jetzt überall im Fluss befindlichen gewerkschaftlichen Aufbaues. Der einfache Gewerkschaftsmann stellt nun die Frage an uns: Warum denn erst im demokratischen Verfahren unsere Befragung und die Feststellung unserer Meinung, wenn diese dann doch nicht berücksichtigt werden soll? Der Kern unserer Gewerkschaftler ist auch durch die Nazizeit hindurch demokratisch geblieben und kann diese Methode nicht verstehen.

299 Vgl. Dokument 9, weiter oben, S. 113. Der Brief wurde nur in Auszügen veröffentlicht; vgl. »Neuer Hannoverscher Kurier« vom 4. 12. 1945 und *Hartmann*, S. 67.

300 Vgl. Dokument 7, weiter oben, S. 106 f.

Vorläufige Gewerkschaftsvorstände und Gewerkschaftsausschüsse haben uns auch wissen lassen, dass sie kein Verständnis dafür haben, dass eine für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland so wichtige Angelegenheit nur in einer Konferenz Hamburg-Rheinprovinz geklärt werden soll und wünschen Beteiligung. Aber diese Wünsche dürften ja wohl gegenstandslos geworden sein, da ja die Konferenz durch die neu angeregte und herbeigeführte Entscheidung der Kollegen in Düsseldorf überholt ist. Wenn wir Ihnen doch diese Wünsche zur Kenntnis bringen, so vor allem deshalb, um Ihnen auch dadurch zu zeigen, welche starken Interessen dem Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung entgegengebracht werden.

Gestützt auch auf Ihr bekundetes starkes Interesse gestatten wir uns die Bitte um eine Beantwortung dieses Briefes und entbieten Ihnen unsere

kollegialen Grüße
Vorläufiger Vorstand der
»Allgemeinen Gewerkschaft«
i. A.
[Albin Karl]

**Nr. 11 Entwurf eines Schreibens E. P. Harris', T.U.C., an Albin Karl,
Hannover, vom 8. Januar 1946³⁰¹**

Dear Herr Karl,

STRUCTURE OF GERMAN TRADE UNION MOVEMENT

Major Bramall has handed to me your letter of 17 December, 1945, and I have put it before a meeting of the Delegation to Germany which was held today to consider the final draft of their report.

First of all, we are very sorry that we did not have time to visit Hanover, but we lost two days at the beginning of our visit through bad weather. Also, it was not possible to fly while in Germany, so we had to travel in Germany by road and consequently we had to cut out some of the engagements we wanted to keep, including Hanover³⁰².

My Delegation wish me to say that they have studied your letter with great care but, as they feel very strongly that the primary need of Germany is the development of a real democracy, they cannot agree that one Trade Union for Germany is the best way to commence. They appreciate the difficulties at the present time and realise that just at the moment one Trade Union for a relatively small area would allow the more experienced Trade Union officials to serve all sections of industry. But, taking the long view, in their experience a heavily centralised organisation inevitably becomes bureaucracy. The British Trades Union Congress fought bureaucracy in this country during the war and succeeded, to some extent, in breaking down centralized direction into regional organisation in order to widen the basis of consultation and discussion.

The General Council of the British Trades Union Congress agree that there are too many Unions in Great Britain at the present time, but they would strenuously resist any attempt

³⁰¹ T.U.C., London, 943/911. Die Endfassung wurde Karl von Major Bramall in Hannover übergeben.

³⁰² Diese Behauptung ist unzutreffend. Von Anfang an war nicht vorgesehen, in Hannover Station zu machen, wo Major Bramall am 7. November 1945 die Einheitsgewerkschaft genehmigt hatte.

to create one Trade Union from the organisations at present affiliated to Congress. And however much you may differ, the fact undoubtedly remains that if one centralised organisation handles all finance then those who have control of the funds will dictate policy, and can lead³⁰³ to bureaucracy.

We have to be quite frank with you, because the future peace of Europe may depend upon it. There is apparently in the German character a feeling of comfort if they are ordered to do things. For example, we understand that you have never had the same system of local government with autonomous Town Councils, County Councils, etc. that we have in this country³⁰⁴. Paid officials have done most of the administration³⁰⁵. And so the German rank and file officer has been deprived of the valuable administrative experience the British colleague often secures. And it is this trait in the German character, which makes the people amenable to orders, which has made it possible for the Nazis not only to take control but, having secured control, to stifle all popular feeling against their outrageous policies and instructions. It will be a long time before the people of Europe will forgive the German people and it will be just as long a time before they will trust the German people. So you are not starting the formation of a Trade Union Movement in Germany without a history. No one desires to break up the German Trade Union Movement unduly and we welcome very sincerely the decision not to restart organisations based upon religious or ideological grounds. That is a very real advance.

At the same time, we feel that you must start to train the promising young people in each industry to look after their own affairs. They can have had little or no experience of doing so because the leaders whom we met in Germany were in the main men who were in office before the Hitler-gang came to power.

Another factor which we have to bear in mind is the difference in temperament of the groups that we met. For example, we were by no means impressed by the attitude or policy of the Berlin Trade Union leaders³⁰⁶.

So, as far as we are concerned, I am afraid that we must reiterate the substance of our previous letter to Herr Böckler because we cannot forget the history of the German people during the past twenty years.

Yours faithfully
[E. P. Harris]³⁰⁷

303 Ursprünglich: »This means«.

304 Hier wurde ein unvollständiger Satz eingefügt: »The effect of the participation of large numbers of people in Britain in the machinery of local government is to. . .«.

305 Ursprünglich: »ruling«.

306 An dieser Stelle folgte: »they banged the table and shouted, as if they were stormtroopers«. Dieser Satz wurde, unabhängig voneinander, von zwei T.U.C.-Funktionären gestrichen. Es war nicht mehr festzustellen, um wen es sich bei den genannten Gewerkschaftern gehandelt hat.

307 Am Schluß dieses Briefentwurfes befinden sich folgende Fragen Sir Walter Citrines: »Was the letter to Böckler a disturbance? What was the result?« Dies läßt wohl darauf schließen, daß Citrine über die Vorgänge in der britischen Zone im einzelnen nicht vollständig unterrichtet war.